



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Demokratie und Postdemokratie –
Eine diskursanalytische Schulbuchuntersuchung“

verfasst von / submitted by

Christian Hackl, BA.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Deutsch UF Geschichte, Sozialkunde &
Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Zahlmann, MA.

Danksagung

Sowohl körperliche als auch geistige Arbeit ist in erster Linie ein kollektiver Prozess, und auch bei dieser Arbeit hatten mehrere Personen Anteil an ihrer Fertigstellung, die berücksichtigt werden sollen.

Zuerst möchte ich mich selbstverständlich bei Stefan Zahlmann bedanken, für die unkomplizierte Art der Betreuung, weiterführender Hinweise zur und konstruktiver Kritik am Konzept der Arbeit, die geholfen haben, unnötige Probleme zu vermeiden. Für letzteres (die Hinweise, nicht die Probleme) möchte ich mich auch bei den Kollegen Martin Tschiggerl und Thomas Walach bedanken.

Weiters muss ich mich bei meiner wundervollen Frau Joana bedanken, die mit ihrer Geduld und Sanftmut mich ermutigte und mehr als einmal Trost spendete, die mich auch sonst im Alltag unterstützte und ohne die diese Arbeit wahrscheinlich nie fertiggestellt worden wäre. Zudem möchte ich mich auch bei unserem kleinen Sohn Marlon bedanken, bei dem man aufgrund seines Alters annehmen könnte, dass er noch nichts geleistet hat in seinem Leben, der mich aber auf seine eigene Art und Weise zu einer zeitgerechten Fertigstellung der Arbeit animierte, ja beinahe drängte.

Zuletzt bedanke ich mich bei dem Rest der Familie und bei meinen Freund_innen für ihre vielfältige Unterstützung und so manche Anregungen in spätnächtlichen Diskussionen in verrauchten Pubs, die, wenn sie schon nicht hilfreich für den Produktionsprozess waren, doch einige interessante Punkte zutage förderten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Quellenauswahl und Methodik	7
3. Demokratietheorie	11
3.1 Das kurze <i>Ende der Geschichte</i> – Demokratie und Liberalismus heute	15
3.2 Bedeutung der attischen zur amerikanischen Demokratie für zeitgenössische Demokratiekonzepte	20
3.3 Sozialismus und Demokratie	26
3.4 Postdemokratie, liberale bzw. konstitutionelle Oligarchie, autoritärer Etatismus? Einleitendes zur aktuellen linken Demokratietheorie	31
4. Krisentheorien der Demokratie	32
4.1 Postdemokratie bei Crouch und Ranciere	34
4.2 Strukturelle Krise des Spätkapitalismus – Die Krisentheorien der Siebzigerjahre	42
4.3 Partizipation und Direktdemokratie	50
4.4 Resümee des Theorieteils	52
5. Empirischer Teil: Die Schulbuchanalyse	54
5.1 Der formelle Demokratie-Diskurs	56
5.2 Der substanzielle Demokratie-Diskurs	65
5.3 Der Diskurs zur Postdemokratie	78
5.4 Weitere relevante nicht-zuordenbare Diskursfragmente	80
6. Resümee	84
7. Anhang	87
8. Literaturverzeichnis	88
9. Abstract	94

1. Einleitung

„Was ist schon ein Demokrat, ich bitte Sie? Dieser Begriff ist vage, banal, ohne klare Bedeutung, ein Gummibegriff.“¹

Demokratie ist einer jener politischen Begriffe, die scheinbar selbsterklärend für sich stehen, und dennoch von so ziemlich jedem politischen Regime (abgesehen von den faschistischen) in Anspruch genommen wurden bzw. werden. Sie ist populär wie nie und dennoch substanzärmer als je zuvor. Manche gehen davon aus, dass gerade ihre Inhaltslosigkeit und Beliebigkeit ein Grund für ihre Popularität ist, alle können an sie ihre Hoffnungen und Träume knüpfen.² Es ist gar nicht nötig, an dieser Stelle Churchill zu zitieren, denn tatsächlich will keine Bewegung der Welt, die sich selbst als progressiv oder emanzipativ versteht, etwas anderes als Demokratie, es wird immer in ihrem Wahrzeichen gegen etwas gekämpft,³ das als undemokratisch charakterisiert wird, ob es die politische, ökonomische oder ideologische Ebene betrifft. Und dennoch breitet sich Unbehagen aus (auch) in den westlichen politischen Systemen, nationalistische und (rechts-)populistische Parteien gewinnen an Zulauf und kommen in Regierungsverantwortung. Manche sprechen gar von einem Notstand der Demokratie,⁴ viele sprechen zumindest von einer Krise der Demokratie, in Form von einer Krise der Repräsentation, einer Krise des Sozialstaats, etc.

Dieser aktuelleren Krisentheorie der liberalen Demokratie, also der politischen Seite der Krise, die als multidimensional begriffen werden kann,⁵ soll in der vorliegenden Arbeit auf der Ebene des Schulbuchs nachgegangen werden. Um einen adäquaten Krisenbegriff zu finden, braucht es aber zuerst eine Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie an sich.

Es geht also darum, ob und wie grundlegende und auch aktuellere demokratietheoretische Überlegungen im Unterricht in Geschichte und politischer Bildung in der österreichischen Sekundarstufe II durch Schulbücher thematisiert werden.

Dazu soll, nach einer kurzen Darstellung der Quellenauswahl, einigen Gedanken zur schulbuchbezogenen Forschung und der im empirischen Teil verwendeten Methodik, im theoretischen Teil der Arbeit zuerst eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Konzepten von Demokratie erfolgen und daran anschließend eine Darstellung der demokratietheoretischen Auseinandersetzungen seit den 70er Jahren erarbeitet werden, mit den Schwerpunkten der aktuelleren Problemlagen, die derzeit v.a. unter dem Stichwort *Postdemokratie* im öffentlichen und

1 Blanqui, in: Ross 2012, S. 96.

2 Vgl. Brown 2012, S. 55.

3 Vgl. Badiou 2012, S. 13.

4 Vgl. Schmitthenner 2008, S. 7.

5 Vgl. bspw. Fotopoulos 2003, S. 144ff.

wissenschaftlichen Diskurs präsent sind und den dahinter stehenden Definitionen und Konzepten von Demokratie. Die 70er Jahre sind dabei nicht willkürlich gewählt, sondern ergaben sich als Ansatzpunkt aus der vorläufigen Lektüre, die insbesondere im Bereich der aktuellen Problemlagen ergeben hat, dass viele der angesprochenen Probleme (v.a. bei Crouch) bereits ausführlich zu jener Zeit thematisiert und diskutiert wurden. Interessanterweise kamen auch andere Autor_innen, die Literaturarbeit zum Thema Demokratie machten, zu dem Schluss, dass die 70er Jahre einen vorläufigen Höhepunkt demokratiethoretischer Auseinandersetzungen bildeten und bis heute kaum wesentlich Neues dazu erarbeitet worden ist.⁶ Dies mag an jenem Sieg der Demokratie vor sich selbst nach den Umbrüchen von 1989 liegen, die uns mit Ranciere noch im theoretischen Teil der Arbeit beschäftigen werden. Zudem sind die 70er Jahre auch die Entstehungszeit der sog. Neuen sozialen Bewegungen (NSB), denen im demokratischen Prozess bis heute je nach Ansatz eine mehr oder weniger bedeutende Rolle für die Partizipation der Bürger_innen zugeschrieben wird, von der damaligen Ökologie- und Frauenbewegung bis zu den Zapatist_innen und der damit im Zusammenhang stehenden Alterglobalisierungsbewegung heute.

Aus den Ergebnissen des theoretischen Teils sollen deduktiv in einem ersten Schritt die wesentlichen Kategorien abgeleitet werden, anhand derer im empirischen Teil eine erste grobe Strukturanalyse der zu untersuchenden Schulbücher durchgeführt wird. Diese qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring im praktischen Teil soll unterstützend mithilfe des Kategorienrasters angewandt werden, um quantifizierbare Ergebnisse zu liefern, die Aussagen über die allgemeine Qualität des Schulbuchs im untersuchten Themenbereich zulassen. Daran anschließend folgt eine kritische Feinanalyse des Diskursstranges Demokratie auf der Diskursebene Schulbuch nach Jäger, bei dem die einzelnen identifizierten Diskursfragmente aus jedem Schulbuch genauer untersucht werden sollen.

Die zentralen Fragestellungen der Arbeit lassen sich folgendermaßen aufgliedern:

- Welches Konzept bzw. welche Konzepte von Demokratie werden vermittelt, sowohl aktuell als auch im historischen Verlauf? Was wird als das Wesen von Demokratie in den Mittelpunkt gestellt?
- Welche Voraussetzungen für das Funktionieren einer Demokratie werden vermittelt?
- Auf welche gegenwärtige Problemlagen der repräsentativen Demokratie wird im Schulbuch eingegangen?

6 Vgl. bspw. Demirovic 2007, S. 15.

Alle diese Fragestellungen zielen auf die Inhaltsdimension sowie auf die Frage, ob die auch vom Lehrplan geforderte Multiperspektivität umgesetzt wird, und beinhalten das Element der Ideologiekritik. Insbesondere die letzte Fragestellung bezieht sich zudem auf die wissenschaftliche Aktualität.

Die untergeordneten Fragestellungen der Arbeit werden folgende sein:

- Welche Formen von Partizipation werden abseits vom Wahlakt behandelt, wie bspw. politischer bzw. zivilgesellschaftlicher Protest, wird dieser als vitales Element der Demokratie vermittelt?
- Inwiefern werden andere Akteure als Parteien im demokratischen Prozess behandelt, bspw. Interessensvertretungen, Lobby-Gruppen, zivilgesellschaftliche Initiativen, soziale Bewegungen oder NGOs?
- Welche Konzeption von Volk wird vermittelt und welche Rolle spielt dieses im Machtkonzept?

Folgende vorläufige Hypothesen sollen in der Arbeit empirisch überprüft werden:

- Demokratie wird in den Quellen im Wesentlichen auf den Wahlakt reduziert, eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Konzepten von Demokratie findet nicht statt.
- Als wesentliche Akteure in Demokratien werden Parteien genannt, andere Akteure werden nicht direkt als relevant für das Funktionieren von Demokratien hervorgehoben.
- Gegenwärtige Problemlagen von Demokratien werden nicht angesprochen.

Anhand der Fragestellungen wird bereits klar, dass der Fokus der Arbeit auf der theoretisch-inhaltlichen Ebene mit dem im Schulbuch vermittelten Wissen über Demokratie liegt, und nicht auf der didaktischen Ebene, wie dieses Wissen bestmöglich vermittelt werden könnte. Da der Begriff der Ideologiekritik bereits gefallen ist, hier in aller Kürze noch einige Gedanken zum Ideologiebegriff.

Ich beziehe mich an dieser Stelle auf die Arbeiten von Nicos Poulantzas, die auch im theoretischen Teil der Arbeit eine Rolle spielen werden. Ausgangspunkt sind hier die Produktionsverhältnisse einer Gesellschaft, die sich in Machtbeziehungen von Klassen ausdrücken. Diese Machtbeziehungen hängen zusammen mit den politischen und ideologischen Beziehungen, die erstere sanktionieren und legitimieren. Sie wirken dabei allerdings nicht erst nachträglich, sind also

nicht einfach Teil der Sphäre des Überbaus, sondern entfalten ihre Wirkung bereits in der Konstitution der Produktionsverhältnisse, also der Basis. Der Staat ist dabei die

„Konzentration, Verdichtung, Materialisierung und Verkörperung der der politisch-ideologischen Beziehungen“⁷

Ideologie besteht daher nicht alleine aus Ideen und Vorstellungen, sondern auch materiellen Praktiken. Zur Legitimation und Herstellung eines Konsenses mit bestimmten beherrschten Klassen und Fraktionen greift der Staat auf die Ideologie zurück, sie ist somit immer Klassenideologie. Sie verkörpert sich in den sog. Staatsapparaten, die für die Ausarbeitung, Indoktrination und Reproduktion der Ideologie sorgen. Bestimmte Staatsapparate füllen diese Rolle besonders aus, darunter der schulische Apparat.⁸ Insofern liegt hier die Rechtfertigung des Fokus der vorliegenden Arbeit auf die Analyse der staatlich geförderten Diskurse im Schulbuch.

Im Sinne der guten wissenschaftlichen Praxis muss an dieser Stelle noch betont werden, dass die Auswahl der theoretischen Arbeiten zum Themenbereich Demokratie natürlich keineswegs einen Anspruch auf Vollständigkeit hat, sondern im Gegenteil eine subjektive Auswahl des Verfassers darstellt, die zudem eine gesellschafts- und bzw. oder wirtschaftspolitisch als links einzuordnende Richtung des politischen Spektrums abbildet. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen ist bei einem derart weitläufigen Thema, zu dem es Unmengen an Literatur gibt, bei einer Literaturliste notwendigerweise eine Auswahl zu treffen, die immer subjektiv ist. Weiters ergibt sich aus dem Fokus auf Krisentheorie der Demokratie eine inhaltliche Beschränkung, die demokratiekritische Ansätze begünstigt. Zu guter Letzt finden sich unter diesen demokratiekritischen Ansätzen jene, die auf eine Erweiterung demokratischer Konzepte zielen und auf der linken Seite des politischen Spektrums zu verorten sind, während rechte Demokratiekritik üblicherweise für die Einschränkung demokratischer Konzepte und Methoden plädiert, mit der neueren Ausnahme plebiszitärer Methoden. Sowohl auf die rechte Demokratiekritik als auch auf den Plebiszit als sogenannte direktdemokratische Methode wird im theoretischen Teil der Arbeit aber dennoch in gebotener Kürze eingegangen werden.

Nun kann aus wissenschaftstheoretischer Sicht noch immer die subjektive Auswahl an sich bemängelt werden. Dieser Einwand bezieht sich auf den Anspruch an Objektivität und Wertfreiheit, die an die Geisteswissenschaften herangetragen werden, auch um sie, aus Sicht des Autors

7 Poulantzas 2002, S. 55ff.

8 Ebda. S. 57ff.

grundsätzlich zu diskreditieren. Die Geisteswissenschaften befinden sich nunmehr seit beinahe einem Jahrhundert im Schatten der scheinbar objektiven Naturwissenschaften und viele Wissenschaftler_innen suchen einen Ausweg darin, die Methodik letzterer nachzuahmen und mit Verweis auf qualitative und vor allem quantitative Forschung und den daraus resultierenden Zahlen ein ebensolches Level von vermeintlicher Objektivität und auch Verwertbarkeit zu erlangen. Darauf sind verschiedene Antworten zu geben. Die einfachste und naheliegendste stammt von einem Vertreter jener quantitativen und qualitativen Sozialwissenschaften, Phillip Mayring. Dieser hob hervor, dass die Hermeneutik auch bei den scheinbar objektiven Verfahren der Sozialwissenschaften weiterhin eine gewichtige Rolle spielt, da Zahlen nun einmal nicht für sich selbst sprechen, sondern weiterhin interpretiert werden müssen.⁹ Auch Jäger, auf dessen Methodik in dieser Arbeit Bezug genommen wird, meinte zu der Thematik

„dass man auch als Wissenschaftler immer Position bezieht, auch wenn man sich dessen nicht bewusst ist, hat Leitlinie aller Wissenschaft (...) zu sein.“¹⁰

Die Forderung nach wissenschaftlicher Objektivität wurde aber bereits im deutschen Positivismusstreit der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts weitgehend erörtert, bei dem trotz widerstreitender Positionen zwischen Popper und Adorno doch der Konsens erzielt wurde, dass Objektivität entweder nicht wünschenswert (aus Sicht von Adorno) oder nicht möglich (aus Sicht von Popper) wäre.¹¹ Neben diesem wissenschaftstheoretisch unhaltbaren Postulat der Wertfreiheit und Objektivität ergibt sich daraus aber ein noch fundamentaleres Problem an der Kritik an den Geisteswissenschaften, die darauf abzielt, ihr die Wissenschaftlichkeit abzusprechen. In den Worten von Negt:

„Technische Rationalität ist kein wertfreier Zusammenhang, der allen in gleicher Weise verfügbar ist. Wo Wissen den Horizont naturwissenschaftlich-technischer oder betriebswissenschaftlich-ökonomischer Erkenntnis nicht überschreitet, ist die Umsetzungsqualität (...) nur technisch zu definieren. Wo kritische Denkweise, politische Urteilskraft, Deutungswissen ins Spiel kommen, versagen alle möglichen rein technischen Lösungen der Probleme. (...) Der öffentliche Diskurs über das, was wertvolles Wissen und auf nicht-ökonomische Zwecke gerichtetes Handeln ist, kann unter Bedingungen, dass aufklärerische Vernunft zu einer Nebensache degradiert wird, überhaupt keinen sozialen Raum mehr finden.“¹²

9 Vgl. Mayring 2010, S. 32.

10 Jäger 2015, S. 10.

11 Vgl. bspw. Adorno 1971, S. 36.

12 Negt 2011, S. 191-193.

Diese Kritik trifft sowohl zu auf den Positivismus als auch auf ein radikales Verständnis des Postmodernismus zu, der auf seine Weise dazu beitrug, umfassende Kritik an den Verhältnissen als unwissenschaftlich auszugrenzen, indem er das Ende der *großen Erzählungen*, die alles erreichen wollten, einläutete, durch eine verabsolutierte Kontingenz ersetzen will, und sich hier mit dem Positivismus in dem Bestreben trifft, eine neue Bescheidenheit zu etablieren, die nur noch Theorien *mittlerer Reichweite* als wissenschaftlich zulässig betrachtet.¹³ Es scheint, dass damit das erste Element des Begehrens der Philosophie, das Badiou vorschlägt, jenes der Revolte, die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, ausgetilgt werden soll, weil uns die Welt präsentiert wird als die objektiv bestmögliche aller Welten, die nur graduell der Änderungen, kleiner Reformen, die in technischem Stil auf objektive Gesetzmäßigkeiten reagieren, bedarf;¹⁴ der Wunsch, eine radikal andere Welt zu denken, wird entweder in den Bereich der Utopien und Spekulationen verbannt, oder mit Verweis auf die Erfahrungen des Totalitarismus des vergangenen Jahrhunderts gar als gefährliche Dystopie gemalt.

Das von positivistischer und postmoderner Seite postulierte Ende der *Mythen*, insbesondere jenes des Klassenkonflikts, dieser rigide *Anti-Utopismus*, der das Denken befallen hat,¹⁵ wird uns später noch im theoretischen Teil der Arbeit beschäftigen.

Aus einem kritischen Wissenschaftsverständnis heraus ist Parteilichkeit somit nicht nur unvermeidbar, sondern sogar notwendig. In den Worten des frühen Max Horkheimers zu den Aufgaben einer kritischen Gesellschaftswissenschaft, denen eine gewisse Aktualität nicht abzusprechen sein wird:

„Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen, Militarisierung, terroristische Regierungen, der ganze Zustand der Massen ist nicht etwa in den geringen technischen Möglichkeiten begründet, wie es in früheren Epochen der Fall sein mochte, sondern in den der Gegenwart nicht mehr angemessenen Verhältnissen, unter denen produziert wird. Das kritische Denken hat demnach der Idee einer zukünftigen Gesellschaft als der Gemeinschaft freier Menschen, wie sie bei den vorhandenen technischen Mitteln möglich ist, (...) die Treue zu wahren.“¹⁶

Noch einige wenige Anmerkungen zum Formalen: Die Rechtschreibung wird in den Zitaten aus dem Original beibehalten, etwaige Fehler (abgesehen von veralteter Rechtschreibung) werden in gängiger Form markiert. In der Arbeit wird in Bezug auf *gender* eine Schreibweise aus der *queer theory* verwendet, die durch einen Unterstrich die Lücke für das biologische Geschlecht im

13 Vgl. bspw. Poulantzas 2002, S. 51ff.

14 Vgl. Badiou 2010, S. 8; S. 17.

15 Vgl. bspw. Negt 2011, S. 488f.

16 Horkheimer 1968, Bd. 2, S. 162, S. 166; in: Deppe 2003, S. 342.

Wesentlichen frei lässt, abgesehen von Stellen, die sich tatsächlich rein auf männliche Personen (-gruppen) beziehen.

Im folgenden Kapitel werden nun zuerst die Quellenauswahl begründet, ein paar Gedanken zur Schulbuchanalyse an sich geäußert und genauer auf die verwendete Methode im empirischen Teil eingegangen.

2. Quellenauswahl und Methodik

Als Quellen werden die Schulbücher der Sekundarstufe II *Zeitbilder* und *Geschichte Oberstufe* für alle vier Jahrgänge verwendet, da diese Schulbücher nach Auskunft des Bundesministeriums für Bildung zu den meistbestellten und damit beim Lehrkörper in Österreich in der Sekundarstufe II zu den beliebtesten gehören. Eine weitere Quelle bildet der aktuelle Lehrplan der AHS-Oberstufe.

Schulbücher haben aufgrund ihrer Transferfunktion die Aufgabe, neuere Entwicklungen der geschichts- und politikwissenschaftlichen Forschung abzubilden.¹⁷ Weiters sollten wissenschaftskritische Elemente vorhanden sein und die Schulbücher sowohl sprachlich als auch inhaltlich multiperspektivisch angelegt sein, um nicht doktrinär zu wirken und um zu vermeiden, narrative Texte in scheinbar allgemeingültige Zustandsbeschreibungen umzuwandeln.¹⁸ Der Stand der bisherigen Schulbuchforschung ergab hinsichtlich der narrativen und normativen Ausrichtung österreichischer Schulbücher, dass diese den Schüler_innen nur wenig Raum geben, den Konstruktionscharakter von Geschichte zu hinterfragen und zu eigenen Urteilsfindungen zu gelangen.¹⁹

Die Forderung nach Multiperspektivität findet sich auch explizit im Lehrplan der AHS-Oberstufe:

„Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, ist auch im Unterricht kontrovers darzustellen. Unterschiedliche Standpunkte, verschiedene Optionen und Alternativen sind sichtbar zu machen und zu erörtern.“²⁰

Weitere Punkte im Lehrplan sind die Befähigung der SchülerInnen, ein „an Menschenrechten orientiertes Politik- und Demokratieverständnis zu erarbeiten“²¹ und weiters:

17 Vgl. Handro/Schönemann 2011, S. 5.

18 Vgl. Pandel 2011, S. 22; Stein 2003, S. 26.

19 Vgl. Mitnik/Kühberger 2015, S. 12.

20 Fachdidaktikzentrum Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung, auf: <http://www.geschichtsdidaktik.eu/index.php?id=88&L=0>

21 Ebda.

„Es soll Interesse an Politik und politischer Beteiligung geweckt und die Identifikation mit grundlegenden Werten der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechtsstaates sichergestellt werden.“²²

Das im Schulbuch vermittelte Wissen nimmt vielleicht nicht unbedingt einen privilegierten Platz ein im sozialen Leben der Schüler_innen und seine Bedeutung nimmt durch neue soziale Medien in Zukunft möglicherweise ab, dennoch zeigt Schulbuchwissen gut jenes Wissen auf, das im staatlich geförderten Diskurs eine privilegierte Stelle einnimmt.²³ Dies passiert nicht alleine durch das Verfahren der Approbation, sondern es kann davon ausgegangen werden, dass in Schulbüchern zum einen hegemoniales Deutungswissen abgebildet wird, aber auch Rückschlüsse auf gesellschaftliche Kontroversen ermöglicht werden.²⁴ Natürlich spielt aber auch das staatliche Bildungsmonopol eine gewichtige Rolle, da durch den Staat die Regeln festgesetzt werden, unter denen Schulbücher in Österreich entstehen.²⁵ Empirisch ist die ungebrochen große Relevanz des Schulbuches im Unterricht bestätigt.²⁶ Seine Geltung als sog. heimlicher Lehrplan im deutschsprachigen Raum²⁷ rechtfertigt gemeinsam mit den bereits genannten Gründen eine eingehende wissenschaftliche und ideologiekritische Beschäftigung auf der Inhaltsebene.

Dabei ist nicht alleine ausschlaggebend, was inhaltlich im Schulbuch explizit vorkommt, da nicht nur mit dem jungen Umberto Eco davon ausgegangen werden kann, dass der Sinn eines Textes erst beim Lesen entsteht und die Schüler_innen darüber entscheiden, wie sie den Text lesen.²⁸ Diese Einsicht korrespondiert auch mit dem Kommunikationsmodell von Stuart Hall, wonach der Sender der Nachricht kaum Einfluss darauf hat, wie der Empfänger die Nachricht liest.²⁹ Die Deutungsmöglichkeiten sind dabei allerdings selbstverständlich nicht beliebig, sondern abhängig von den im Text angebotenen Inhalten. Es geht also auch darum, was weggelassen wurde und welches Masternarrativ sich daraus ergibt. Um beim Thema der Arbeit zu bleiben: Es ist nicht nur relevant, was als Inhalte und Voraussetzungen von Demokratie ins Zentrum gestellt werden, wie bspw. Wahlen, sondern auch, was weggelassen wurde, wie bspw. Losverfahren. Daraus lässt sich das ableiten, das, abhängig von der theoretischen Tradition, als Plot, Narrativ oder Rahmen bezeichnet wird.³⁰ Das an den angegebenen Quellen zum Diskursstrang Demokratie

22 Fachdidaktikzentrum Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung, auf: <http://www.geschichtsdidaktik.eu/index.php?id=88&L=0>

23 Vgl. Kühberger 2015, S. 57; Windischbauer 2015, S. 74.

24 Vgl. Christophe 2015, S. 43.

25 Vgl. Vandersitt 2015, S. 178.

26 Vgl. Mitnik 2015, S. 107.

27 Vgl. Nitsche 2015, S. 158.

28 Vgl. Christophe 2015, S. 44.

29 Vgl. Hall, in: Bromley et al. 1999.

30 Vgl. Christophe 2015, S. 46.

herauszuarbeiten, ist das Ziel dieser Arbeit.

Hierfür wird im Rahmen dieser Arbeit methodisch in einem ersten Schritt auf die strukturierte qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring zurückgegriffen, um mittels einer groben Strukturanalyse, durchgeführt anhand von Kategorien, die aus dem theoretischen Teil der Arbeit abgeleitet werden, auch quantitative Aussagen zu den untersuchten Schulbüchern machen zu können. In einem ersten Schritt werden die Strukturierungsdimensionen aus der Fragestellung abgeleitet und dem theoretischen Teil begründet, Definitionen werden formuliert und Ankerbeispiele für die einzelnen Kategorien angegeben. Anschließend wird das Kategoriensystem auf das Material angewandt und die Ergebnisse zusammengefasst.³¹ Die Analyse enthält somit sowohl quantitative als auch qualitative Bestandteile, das Kategoriensystem soll in Anwendung bei qualitativen Analysen die intersubjektivität der Analyse erhöhen.³² Das hierfür aufgestellte Kategoriensystem, mit dem das empirische Material bearbeitet wird, findet sich im Anhang der Arbeit.

In einem zweiten Schritt werden die dadurch identifizierten Diskursfragmente schließlich mittels einer kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Jäger untersucht. Jäger sieht die KDA in der marxistischen Theorietradition verortet, wenn er sie als materialistische Analyse benennt. Er orientiert sich dabei an dem Diskursbegriff von Foucault, wonach Diskurse nicht einfach die Wirklichkeit widerspiegeln (weder naturwissenschaftliche, noch andere Diskurse, die immer eine Art Eigenleben führen), sondern Realität vermittelt über ihre Träger, die Subjekte (und in ihrer Gesamtheit gedacht, die Gesellschaft), determinieren. Diskurse sind nach dieser Sichtweise keineswegs einfach Ideologien im orthodox-marxistischen Sinne (als sog. falsches Bewusstsein), sondern haben Materialität ersten Ranges.³³ Nicht das Subjekt macht den Diskurs, vielmehr ist nach Jäger eher das Gegenteil der Fall, das Subjekt handelt im Diskurs und mithilfe des von den Diskursen bereitgestellten Wissens, das als Grundlage zur Deutung der Wirklichkeit dient.

Das Subjekt scheint hier an dieser Stelle im Diskurs zu verschwinden. Tatsächlich ist es so, dass Foucault neben dem ökonomischen Determinismus auch das autonome Subjekt einer Kritik unterzieht und zu einer Genealogie desselben gelangen will:

„Man muss sich vom konstituierenden Subjekt, vom Subjekt selbst befreien, d.h. zu einer Geschichtsanalyse gelangen, die die Konstitution des Subjekts im geschichtlichen Zusammenhang zu klären vermag. Und genau das würde ich Genealogie nennen, d.h. eine Form der Geschichte, die von der

31 Vgl. Mayring 2010, S. 66, S. 92.

32 Ebda. S. 49.

33 Vgl. Jäger 2015, S. 33-35. Poulantzas hingegen spricht von Ideologien ersten Grades nur bei den sog. ersten, spontanen Ideologien, die von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung produziert werden, bspw. Individualisierung, während die konkret erarbeitete und von Intellektuellen formulierte Ideologie nur eine zweiten Grades ist, vgl. Poulantzas 2002, S. 93.

Konstitution von Wissen, von Wissen, von Gegenstandsfeldern usw. berichtet, ohne sich auf ein Subjekt beziehen zu müssen, das das Feld der Ereignisse transzendiert und es mit seiner leeren Identität die ganze Geschichte hindurch besetzt.“³⁴

Der Begriff des Wissens bezeichnet nach Foucault jene Erkenntnisverfahren und -wirkungen, die abhängig von Ort und Zeit als akzeptabel gelten. Entgegen der platonischen Tradition sieht er keineswegs eine Entgegensetzung von Wissen und Macht, sondern vielmehr eine innige Verflechtung der beiden:

„Denn nichts kann als Wissenselement auftreten, wenn es nicht mit einem System spezifischer Regeln und Zwänge konform geht (...). Umgekehrt kann nichts als Machtmechanismus funktionieren, wenn es sich nicht in Prozeduren und Mittel-Zweckbeziehungen entfaltet, welche in Wissenssystemen fundiert sind.“³⁵

Der Machtbegriff wiederum bei Foucault meint eine Vielfalt von Kräfteverhältnissen, die mit- oder gegeneinander arbeiten können und in unzähligen Mikrosituationen wirken. Macht wird nicht in der Hand einiger weniger Subjekte oder Institutionen gesehen, sondern als komplexe strategische Situation. Macht wird also netzwerkartig aufgefasst, analog dazu auch Widerstand. Widerstand hat nach Foucault also keinen privilegierten Ort (eine Anschauung, die sich auch bei postmarxistischen Strömungen durchgesetzt hat), sondern bildet das notwendige Gegenüber der vielfältigen Machtbeziehungen.³⁶

Diskurse üben also Macht aus durch den Transport von bestimmtem Wissen, während anderes marginalisiert wird.³⁷ Ziel einer Diskursanalyse ist also, herauszuarbeiten, welche Aussagen an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit zu einem Thema getroffen werden können, was also zu einem gegebenen Zeitpunkt und Ort sagbar ist und auch, was nicht sagbar ist.³⁸

Unter Aussagen versteht Foucault im Gegensatz zur Äußerung auch nicht-sprachliches Wissen, das in den sprachlichen Äußerungen zu entdecken ist.³⁹ Da die vorliegende Arbeit sich allerdings ausschließlich mit konkreten Texten und somit vorwiegend der sprachlichen Ebene beschäftigen wird, sind diese Überlegungen, die am Übergang der Diskurs- zur Dispositivanalyse stehen, hier nicht weiter von Relevanz. Kritik an der rein sprachlich-symbolischen Analyse eines Diskursstranges ist zwar sicher berechtigt,⁴⁰ allerdings würde eine Dispositivanalyse, erweitert um

34 Foucault 1978b, S. 32; in: Jäger 2015, S. 44.

35 Foucault 1992, S. 33; in: Jäger 2015, S. 39.

36 Ebda. S. 41-43. Für eine Kritik an Foucaults Machtbegriff vgl. Poulantzas 2002, S. 65, S. 73ff., S. 105-108.

37 Vgl. Jäger 2015, S. 40; S. 73.

38 Ebda. S. 170.

39 Ebda. S. 50.

40 Vgl. hierzu Jäger 2015, S. 49.

nicht-diskursive Praxen, eindeutig den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Im anschließenden theoretischen Teil der Arbeit folgt nun eine kurze Auseinandersetzung mit demokratietheoretischen Überlegungen und den Krisenerscheinungen der derzeitigen liberalen Demokratie.

3. Demokratietheorie

„»Immerhin ein Vorteil, die Freiheit hier«, sagte Djura. »In einem totalitären Lande könnten wir nicht so sitzen bleiben, wir würden uns verdächtig machen. Die bürgerliche Demokratie erlaubt den Menschen, nach eigener Fassung unglücklich zu sein.«⁴¹

Nach der anfänglich herrschenden Euphorie über die vermeintlich universale Durchsetzung des Modells der liberalen repräsentativen Demokratie nach den Umbrüchen von 1989 kam Ende der 90er Jahre wieder Bewegung ins Spiel, bspw. in Form der Alterglobalisierungsbewegung⁴², innerhalb derer wieder Kritik an der liberalen bzw. neoliberalen Form des bestehenden Zustandes, der als liberale Demokratie benannt wird, artikuliert wurde, also insbesondere das global sich durchsetzende Produktions- und Akkumulationsregime, gemeinhin Marktwirtschaft oder auch wieder Kapitalismus genannt, zumindest in seiner neoliberalen Form, teilweise auch grundsätzlich kritisiert wurde.⁴³ Spätestens mit dem Ausbruch der globalen ökonomischen Krise, die insbesondere aus linker Perspektive als verlängerte Krise der 70er Jahre betrachtet wird, als eine dem Kapitalismus inhärente Krise, zum Teil auch als endemische Krise,⁴⁴ wurde auch in Teilen der westlichen Welt die Triebkraft der moralischen Empörung durch jene der unmittelbar wieder notwendig gewordenen Interessensvertretung ersetzt bzw. ergänzt, und die Kritik an der ökonomischen Entwicklung auf eine polit-ökonomische Kritik ausgeweitet, welche die gängige Form der repräsentativen liberalen Demokratie auf den Prüfstand stellen will, angesichts der inhaltlichen Annäherung aller tragenden Parteien und ihrer Transformation hin zu Volksparteien als Parteien der Mitte,⁴⁵ und der scheinbaren Alternativlosigkeit zu dem seit den 70er Jahren umgesetzten wirtschaftspolitischen Kurs und der Unterwerfung aller gesellschaftlicher Entwicklung

41 Sperber 1976, S. 451.

42 Der hier verwendete Begriff einer „anderen Globalisierung“ beschreibt besser die Ziele jener Bewegung, die sich nicht grundsätzlich gegen Globalisierung wendet, sondern gegen eine Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen, und grenzt sich somit auch gegen nationalistische Parolen der rechten Globalisierungskritik ab

43 Vgl. bspw. Demirovic/Hirsch/Jessop 2002, S. 29.

44 Vgl. Agnoli 1986, S. 184.

45 Vgl. Agnoli 1967, S. 39ff.

unter die ehernen Marktgesetze, dem Terror der Ökonomie,⁴⁶ sowie der erlebten Bedeutungslosigkeit des *citoyens* als vermeintlichem Souverän, vergleichbar mit einem Monarchen in einer konstitutionellen Monarchie.⁴⁷

Die Diskussionen über neue Formen sozialer und bzw. oder partizipativer Demokratie und die damit verbundene Kritik an der gängigen Form von (parlamentarischer) Repräsentation finden aber auch hier verstärkt statt, und diese Diskussionsprozesse innerhalb von sozialen Bewegungen und Wissenschaft gilt es genauer zu betrachten.

So vage der Begriff Demokratie auch ist, wurde er grundsätzlich zuerst einmal von ihren Gegnern verwendet, um den ihr inhärenten Skandal zu beschreiben, dass jede/r Beliebige, unabhängig von Stand, Eigentum oder Bildung, Urteile das Gemeinwohl betreffend fällen kann:

„Darin liegt der Skandal: ein Skandal für die `besseren` Menschen, die nicht zulassen können, dass ihre Geburt, ihr Alter oder ihr Wissen sich dem Gesetz des Zufalls beugen sollen. Ein Skandal auch für die Männer Gottes, die natürlich wollen, dass wir Demokraten sind, allerdings nur dann, wenn wir anerkennen, dass wir dafür einen Vater oder Hirten töten mussten, dass wir also unendlich schuldig sind (...).“⁴⁸

Dieser Skandal beschäftigte bereits die antiken Philosophen, später sowohl Konservative als auch Liberale, bis hin zu jenen, die sich heute der (geistigen und/oder materiellen) Elite zuordnen. Der Vorwurf, dass das Volk die Zusammenhänge nicht verstehe und somit nicht in der Lage sei, tatsächlich autonom zu handeln und sich selbst zu regieren, kann als das politische Äquivalent zum Vorwurf der Besitzenden in der Sphäre der Ökonomie, dass die Arbeiter von Natur aus faul seien oder zumindest nicht genügend arbeiten würden, gesehen werden.

Später wurde der Begriff umgedeutet, um eine spezifische Herrschaftsform zu beschreiben, die wir heute als repräsentative Demokratie oder liberale Demokratie kennen, nicht ohne relevante Unterschiede zu ihrer antiken Form, wie in Kapitel 3.2 herausgearbeitet werden soll. Sie blieb seitdem bis heute in unterschiedlicher Intensität ein umkämpfter Begriff, der sowohl die bestehende Ordnung beschreiben als auch darüber hinausweisen kann. Es konnte historisch zwischen einer liberalen Fassung der Demokratie, und einer aus der marxistischen Kritik an ihr entstandenen radikalen⁴⁹ Fassung unterschieden werden. Als Reaktion auf diese Kritik erarbeiteten bürgerliche

46 Vgl. Forrester, in: Negt 2011, S. 163.

47 Vgl. Žižek 2012, S. 117.

48 Rancière 2012, S. 50.

49 Dieser allgemeine Begriff ist nicht mit der ab den 70er Jahren enger gefassten Konzept der „radikalen Demokratie“ gleichzusetzen, wie er z.B. von Habermas oder Mouffe & Laclau etc. vertreten wird, sondern beinhaltet

Theoretiker wie Michels und Pareto, die eine klare Verbindung zum später aufkommenden Faschismus haben⁵⁰, jene realpolitische Konzeption der Elitentheorie, die dann von Schumpeter und Weber in eine Theorie der Massendemokratie integriert wurde.⁵¹ Hier erfolgte, in den Worten von Polanyi, jener Pendelausschlag nach rechts,⁵² in Zuge dessen der alte Idealismus der Aufklärung explizit fallengelassen wurde und Demokratie fortan nicht einmal mehr als Ideal der realen Beteiligung möglichst aller an den sie betreffenden Entscheidungen verstanden wurde (unabhängig von der praktischen Umsetzbarkeit dieses Anspruches in einer Klassengesellschaft), sondern als realpolitisches Konzept von Herrschaft einer gewählten Elite, die jene Massen vertreten sollte, und der Methode ihrer Wahl.⁵³

„Wir können seit mehr als hundert Jahren den Zynismus eines sich selbst gleichsam dementierenden bürgerlichen Bewusstseins beobachten: in der Philosophie, in einem durch Kulturpessimismus bestimmten Zeitbewusstsein und in der politischen Theorie.“⁵⁴

Habermas streicht heraus, wie sich als Reaktion auf die marxistische Kritik an der bürgerlichen Form von Demokratie jene Elitentheorie herausbildete, die, von einer neuen Generation von Theoretikern übernommen, als die einfache Alternative zum Totalitarismus in den modernen Massendemokratien präsentiert wurde, und innerhalb derer der Inhalt von Demokratie, nach Habermas als Ausdruck verallgemeinerungsfähiger Interessen, ersetzt wurde durch die Methode zur Legitimation von Herrschaft. Der Pluralismus der Interessen wird darin aufgegeben zugunsten eines Kompromisses der herrschenden Eliten, eines Elitenpluralismus.⁵⁵

Auch Agnoli meinte schon einige Jahre vor Habermas, dass mit der Modernisierung des Staates und der Herrschaftsmittel im Allgemeinen bereits ein zaghaftes Zugeständnis zur Anerkennung der historischen Rolle des Faschismus bei dieser Modernisierung enthalten sei, und dass von Sozial- und Politikwissenschaftlern, die sich in den Dienst des Verfassungsstaates stellten, erneut Vorschläge und Kategorien reproduziert werden, die an der Schwelle des Übergangs vom alten liberalen zum faschistischen Staat von antidemokratischen Theoretikern wie eben beispielsweise

verschiedene Konzepte insbesondere der sozialistischen Bewegung, und bezieht sich auf die Kritik an der Klassenstruktur der Gesellschaft, die als Ursache von ökonomischer und daraus resultierender politischer Ungleichheit ausgemacht wird

50 Pareto, dem „Marx der Bourgeoisie“, ging es v.a. um Elitenherrschaft bei Beibehaltung des Parlaments, er verlagerte nur seine Hoffnungen von den Führern der 2. Internationale auf die Faschisten Mussolinis zur Verwirklichung eines starken Staates (vgl. Agnoli 1986, S. 148)

51 Vgl. bspw. Pateman 1970, S. 1ff.

52 Das Bild geschichtlicher Entwicklung in Pendelschlägen stammt von Polanyi 1978.

53 Vgl. Habermas 1973, S. 169.

54 Ebda. S. 168.

55 Ebda. S. 169.

Pareto vorgebracht wurden:

„Freilich scheint ihnen unbekannt zu sein, dass es Pareto (dem `Marx der Bourgeoisie´) auf ein streng elitär-autoritäres System ankam, dass mit der Ornamentik parlamentarisch-demokratischer Einrichtungen und Gepflogenheiten nur ausstaffiert bleiben sollte.“⁵⁶

Auch Pateman unterstreicht die Bedeutung der Herausbildung einer empirisch orientierten politischen Soziologie einerseits, wo sie neben den bereits erwähnten Michels insbesondere Mosca hervorhebt, und den Erfahrungen mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts andererseits, die das Ideal von Demokratie als möglichst umfassende Beteiligung der Massen zumindest als unrealistisch wenn nicht gar als gefährlich anmuten ließen.⁵⁷

Die Reaktion auf die marxistische Kritik an der liberalen Demokratie, dass in einer Klassengesellschaft die politische Gleichheit nur formell, die ökonomische Ungleichheit aber real ist (hierzu ausführlicher in Kapitel 3.3), war also im Wesentlichen die Anerkennung dieser Kritik und die Schrumpfung und Anpassung des Demokratie-Begriffs an den real existierenden Zustand.

Und neuerdings, nachdem sie die Funktion der Abgrenzung zu staatswirtschaftlichen Experimenten mit der Transformation der autoritären Regime in marktwirtschaftlich-demokratische, also mit einer in regelmäßigen Abständen gewählten Führung, eingebüßt hat, wird auch von ihren ehemaligen Verteidigern als jenen, die den Status Quo unangetastet lassen wollen, wieder Kritik an ihr selbst, also an ihrer Orientierung an der (zumindest politischen) Gleichheit wieder laut, auch im Zusammenhang mit erneuten Bestrebungen von unten, den Begriff aus emanzipatorischer Sicht neu zu besetzen, nach dem vorübergehenden Sieg der Demokratie vor sich selbst nach 1989.⁵⁸

Im Folgenden wird nun kurz auf die historische Entwicklung des Demokratie-Begriffs und der Demokratie-Theorie aus sozialistischer Sicht⁵⁹ und Kritik an ihrer liberalen Form eingegangen, ausgehend bei dem noch aktuelleren Beispiel vom von Fukuyama postulierten *Ende der Geschichte*, welches die Kritik von Habermas an der Entleerung des Demokratiebegriffs in der liberalen Tradition eindrucksvoll bestätigt, über die Unterschiede zwischen attischer und amerikanischer Demokratie und ihre Rolle für die Demokratietheorie der Neuzeit, der sozialistischen Kritik an der entstehenden liberalen Demokratie-Konzeption, und das Kapitel schließt mit der aktuelleren Demokratiekrisentheorie aus linker Perspektive.

⁵⁶ Agnoli 1967, S. 17.

⁵⁷ Vgl. Pateman 1970, S. 2.

⁵⁸ Vgl. Ranciere 2010, S. 120.

⁵⁹ Ebenso wie der Begriff Liberalismus wird auch der Begriff Sozialismus als Sammelbegriff für teils sehr unterschiedliche und oft verfeindete Strömungen verwendet. Der in dieser Arbeit verwendete Begriff Sozialismus umfasst in der gesamten Zeitspanne recht unterschiedliche Strömungen des orthodoxen Marxismus, diversen Spielarten des Neomarxismus oder des Anarchismus etc.

3.1 Das kurze „Ende der Geschichte“ – Liberalismus & Demokratie heute

„Angst vor den Massen und Ordnungsliebe, dies ist der Boden der liberalen Ideologie, für die der Begriff der Demokratie im Grunde nur das Feigenblatt des Marktdespotismus und seines unverfälschten Wettbewerbs darstellt.“⁶⁰

Ein kurzer Rückblick: Im Sommer 1989 veröffentlichte Francis Fukuyama seine gewagte These über das „Ende der Geschichte“, dem Siegeszug des ökonomischen und politischen Liberalismus, für ihn evident durch das Versagen der systemischen Alternativen zum westlichen Liberalismus, durch die weltweite Verbreitung des westlichen Konsummodells und der Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als endgültige Form der menschlichen Regierung.⁶¹ In Hegel'scher Tradition und mit Rückgriff auf die Hegel-Interpretation des russisch-französischen Philosophen Kojève wäre das *Ende der Geschichte* erreicht in einem System, in dem die Ungerechtigkeit erfolgreich abgeschafft ist⁶², und damit meinte Fukuyama im Wesentlichen ein liberal-demokratisches System, in dem keine blutigen Kriege und Revolutionen mehr stattfänden, und der Mensch absinkt in den Rang eines Tieres, eines satten, zufriedenen Hundes.⁶³

Schon damals stellte sich Derrida die Frage, warum diese naive und inkonsistente philosophische Abhandlung derartige Aufmerksamkeit erregt hat in „allen ideologischen Supermärkten eines verängstigten Okzidents“, gerade zu einer Zeit, wo dieser „Triumph (des Kapitalismus, Anm. d. Verf.) noch nie so kritisch, so zerbrechlich, so bedroht, sogar in gewisser Hinsicht noch nie so katastrophisch, so voller Trauer gewesen ist wie heute?“⁶⁴ Und dies alles noch mehr als zehn Jahre vor der großen Banken- und Finanzkrise.

Marchart verglich Fukuyama gar mit einem kapitalistischen Ceaucescu in Bezug auf seine verbreitete Wahrnehmung des endgültigen Sieges des Kapitalismus, unfähig, dessen Brüche überhaupt zu erkennen.⁶⁵

Aber nicht nur Fukuyamas Selbstgefälligkeit in Bezug auf den Triumph von Kapitalismus und liberaler Demokratie, sondern auch seine unkritische Verwendung vom Begriff Demokratie, ohne

60 Bensaid 2012, S. 23.

61 Vgl. Fukuyama 1989, S. 1.

62 Was nach Kojève durch den Egalitarismus im modernen Amerika, der in der Essenz die von Marx angestrebte klassenlose Gesellschaft verwirklicht habe, erreicht wurde (vgl. Fukuyama 1989, S. 7)

63 Vgl. Fukuyama 1992, S. 204, S. 231, S. 254ff.

64 Derrida 1995, S. 114.

65 Vgl. Marchart 2010, S. 8.

die unterschiedlichen dahinter stehenden Konzepte zu analysieren, oder seinen naiven Glauben daran, dass das Hauptproblem in einer nachhistorischen Welt in Langeweile bestünde, wurden kritisiert. Überhaupt versäumte es Fukuyama, die weitere Funktionsfähigkeit der liberalen Demokratie in der heutigen Ära, die ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen gegenübersteht, zu untersuchen, und Fukuyamas Geschichtsauffassung war auch nicht fähig, bestimmte Grenzen moderner Gesellschaften, und insbesondere Grenzen der liberalen Demokratie, wie die beschränkte Art demokratischer Partizipation, zu erfassen.⁶⁶

Um auf die Frage von Derrida zurückzukommen, drückte Fukuyama in populärwissenschaftlicher Form zum einen die Siegesgewissheit der westlichen Eliten nach den Umbrüchen von 1989 aus, den Sozialismus (den real nicht existierenden Sozialismus, wie es Bensaid polemisch formulierte⁶⁷) ein für alle Mal auf den Müllhaufen der Geschichte losgeworden zu sein, zum anderen den Schock der Linken, auch jener, die sich niemals positiv auf diese östliche Variante der etatistischen Sozialdemokratie bezogen haben, auf

„Gesellschaftsordnungen, deren Zusammenbruch ein demokratischer Sozialist nur in einem Punkt mit Tränen begleiten kann, nämlich dass zu viele Opfer nötig waren, um zu dieser praktischen Klarheit zu gelangen.“⁶⁸

Die sozialistische Utopie, die nie als die Verteilung der Armut unter der autoritären Führung einer Partei oder von Einzelpersonen konzipiert war, sondern als soziale, substanzielle Demokratie, schien nicht nur als Begriff, sondern auch als Inhalt dauerhaft diskreditiert zu sein.

Es ging also im Wesentlichen um den Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus als *telos* der geschichtlichen Entwicklung, als Gestalt, dem die Zukunft gehören sollte, und nicht um den Sieg der Demokratie über den Autoritarismus. Den enormen Gewinn, den die westlichen Regierungen daraus ziehen konnten, den Begriff Demokratie dem des Kommunismus gegenüberzustellen, seine vollkommene Integration in ein umfassendes gesamtgesellschaftliches Konzept von marktwirtschaftlicher, liberaler Demokratie, und der damit verbundene Verlust von früheren bzw. anderen emanzipatorischen demokratischen Konzepten, ist dabei nicht zu unterschätzen.⁶⁹

Die Vorstellung von *Demokratie als Staatsform oder liberaler Regierung*, verbunden mit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsweise in ihrer neoliberalen Form, befreit von staatlichen Regulierungen aus den Zeiten des sozialdemokratischen Konsens, wurde zu einem hegemonialen

66 Vgl. Held 1993, S. 295ff.

67 Vgl. Bensaid 2012, S. 24.

68 Negt 2011, S. 525.

69 Vgl. Ross 2012, S. 113; Canfora 2006, S. 355.

Konzept, der Begriff selbst schien tatsächlich zu einem Ende seiner Geschichte gekommen zu sein, als letztgültiger universaler Zustand, der verbunden mit dem ökonomischen Dogma des unbegrenzten Wachstums Schritt für Schritt alle Regionen der Erde sich erschließen und befrieden sollte. Andere Interpretationen von *Demokratie als Prozess von unten*, als eine Vision des Kampfes um immer umfangreichere Teilhabe und Partizipation, um eine Ausweitung des Öffentlichen, das auch tatsächlich allen offen stehen sollte, wurden zumindest marginalisiert.

Überhaupt zeigt das Beispiel von Fukuyama, wie Liberalismus als politische Strömung und wirtschaftliche Ordnung mit Demokratie gleichgesetzt wird, und Demokratie im Wesentlichen als Funktionieren von Institutionen und als Methode definiert wird, ohne dahinterstehenden divergierenden Konzepten und Idealen, als eine elitistische bzw. minimalistische Demokratietheorie, in der die tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten der Menschen keine Rolle spielen bzw. diese auch immer schon bewusst eingeschränkt wurden, um zu verhindern, dass zu große Eingriffe insbesondere in das Heiligtum der Liberalen, dem Eigentum, gemacht werden können. Sie bestätigt die Aktualität der damaligen Kritik von Habermas am liberalen Demokratiebegriff.

In den letzten Jahrzehnten wurde dieser Trend wieder massiv verstärkt, Demokratie als den Status Quo aufzufassen, also liberale Demokratie als die einzig mögliche Form darzustellen, und den Ausschluss breiter Bevölkerungsteile von den sie eigentlich betreffenden Entscheidungen gleichsam als etwas Natürliches, also scheinbar Unveränderliches (so wie den bürgerlichen Staat, das damit verbundene Konstrukt der Nation, oder den sogenannten freien Markt als alleingültiges Mittel zur Distribution von Gütern und Allokation von Ressourcen) aufzufassen. Schnell kamen wieder Argumente der alten Liberalen und Konservativen des 19. Jahrhunderts auf, wonach die breite Masse zu einfältig, zu ungebildet sei, um die für sie richtigen Entscheidungen zu treffen, und somit eine elitäre Form von Demokratie gerechtfertigt bzw. Demokratie auf bestimmte Funktionen reduziert, also die Definition von Demokratie minimalistisch gefasst wurde.

Als Beispiel hierfür, das diesem Theoriestrang entspricht, kann man auch auf den deutschen Philosophen Karl Popper verweisen. Poppers Demokratie-Definition ist eine höchst formale, in der die Frage nach Herrschaft (Wer soll regieren?) durch die Frage nach der Beschaffenheit der Institutionen ersetzt wurde, und Demokratie im Wesentlichen als jenen

„Typ politischer Herrschaft definiert, der ohne Gewaltanwendung ersetzt werden kann oder in dessen Rahmen die Regierung ohne Blutvergießen ersetzt werden kann.“⁷⁰

Während diese Definition dem Umstand Rechnung trägt, dass ein demokratisches Gebilde sanft oder auch abrupt in ein autoritäres transformiert werden kann, sagt sie dennoch nichts, wie Losurdo bemerkt, über die Möglichkeit eines friedlichen Wechsels zu einem real andersartigen als dem derzeit vorherrschenden aus, insbesondere wenn in diesem Prozess die derzeitigen Eigentumsverhältnisse zur Disposition gestellt würden. Politische Rechte, von materiellen ganz zu schweigen, aber auch zivile Rechte kommen in dieser Definition nicht vor, da diese in der westlichen Welt ohnehin weitgehend verwirklicht seien. Dieses Urteil wird auch nicht revidiert nach dem einsetzenden polit-ökonomischen Wechsel, in dem hohe Löhne und Vollbeschäftigung als politisch definierte Ziele durch Standortwettbewerb ersetzt wurden und ein Anwachsen der sowohl arbeitslosen als auch beschäftigten Armen in der westlichen Welt registriert werden konnte und auch von Liberalen wie Dahrendorf registriert wurde.⁷¹ Stattdessen attackiert Popper jene „verantwortungslosen Intellektuellen“, die es „fertiggebracht haben, in unserer westlichen Welt nur das Schlechte zu sehen“.⁷² Losurdo sieht in der Aggressivität der Sprache ein Äquivalent zu dem des derzeitigen De-Emanzipationsprozesses. Grundsätzlich sieht auch er eine theoretische Neudimensionierung der Demokratie durch liberale Theoretiker des späten 20. Jahrhunderts, die, angesichts nicht eingehaltener Versprechen von Ausweitung materieller Rechte als auch jenen der politischen Teilhabe, den neuen Rahmen der Wirklichkeit anpassen.⁷³

Diese Form der liberalen Neudefinierung der Demokratie ist zwar nicht die einzige, Gegentendenzen dazu sind aber nach Losurdo eher schwach. Als Beispiel hierfür wäre etwa der bereits genannte Dahrendorf anzuführen, der, nachdem er seinen Optimismus der 50er Jahre in Bezug auf die zukünftige Entwicklung in der westlichen Welt revidierte, explizit soziale und wirtschaftliche Rechte als Bestandteil einer Definition von Demokratie benennt:

„Gleichheit vor dem Gesetz hat wenig Sinn ohne allgemeines Wahlrecht und andere Chancen der politischen Teilnahme. Teilnahmechancen bleiben ein leeres Versprechen, wenn Menschen nicht die soziale und wirtschaftliche Stellung haben, die sie in die Lage versetzt, von dem, was ihre Gesetze oder Verfassungen ihnen versprechen, Gebrauch zu machen.“⁷⁴

70 Popper 1972, in: Losurdo 2008, S. 314.

71 Vgl. Dahrendorf 1987, in: Losurdo 2008, S. 316.

72 Popper 1992, in: Losurdo 2008, S. 317.

73 Vgl. Losurdo 2008, S. 323.

74 Dahrendorf 1987, in: Losurdo 2008, S. 322.

Als weiteres aktuelles Beispiel in diesem Zusammenhang, der die Schwäche der Gegenteilstendenzen zeigt, wäre noch Otfried Höffe anzuführen. Dieser betont einerseits die Wichtigkeit des sozialen Begriffs der Demokratie, um sie im selben Atemzug zu begrenzen, indem er meint, dass für politisch mündige Bürger ein materielles Minimum ausreichend sei, dieses Minimum wird dabei nicht näher definiert.⁷⁵ Seine Argumentation in Bezug auf den Abbau sozialer Sicherungen erinnert an die rechte Sozialstaatskritik der Unregierbarkeitstheoretiker der 70er Jahre, wenn er auf das Subsidiaritätsprinzip zurückgreift und die wachsenden Ansprüche kritisiert, um den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung im sozialen Bereich zu rechtfertigen.⁷⁶ Zudem sei „ein zufriedenstellendes Existenzminimum, für viele sogar ein gutes finanzielles Auskommen“ gegeben, und der soziale Friede „trotz gelegentlicher Streiks und anderer Proteste“ in den entwickelten Demokratien von Nordamerika und Europa nicht gefährdet.⁷⁷

Diese reaktionäre Umdeutung bzw. theoretische Anpassung des Begriffs Demokratie an die realen Verhältnisse ist aber keine neue Angelegenheit des späten 20. Jahrhunderts, sondern beginnt eigentlich mit der amerikanischen Revolution, wonach Demokratie von ihrem sozialen Inhalt, den sie aus der antiken griechischen Konzeption noch hatte, gereinigt werden musste, um von den Liberalen als Konzept überhaupt in Betracht gezogen werden zu können. Anders sind die bis dahin geführten Attacken, nicht allein von konservativer Seite, gegen die Demokratie als politisches System nicht zu erklären. Auch die Liberalen hatten Angst vor einer ausufernden Demokratie, gut zu beobachten bei dem Kampf ums allgemeine Wahlrecht, der v.a. von sozialistischer Seite und der entstehenden Frauenbewegung geführt wurde.⁷⁸ Deshalb wird im Folgenden kurz auf die attische Demokratie, ihre Bedeutung und den Unterschied zur jetzigen Form eingegangen.

75 Vgl. Höffe 2009, S. 84.

76 Ebda. S. 116.

77 Ebda. S. 311.

78 Vgl. bspw. Losurdo 2008, S. 64ff.

3.2 Bedeutung der attischen und amerikanischen Demokratie für zeitgenössische Demokratiekonzepte

„Ämterrotation, Losverfahren, Entscheidungsfindung nach Beratung der gesamten Bürgerschaft, Wahlen, Volksgerichte beruhten nicht nur auf dem Postulat der gleichen Befähigung aller, die öffentlichen Aufgaben wahrzunehmen: Sie waren Bestandteile eines politischen Erziehungsprozesses, einer aktiven paideia, die darauf abzielte, bei allen die entsprechenden Fähigkeiten zu entwickeln und einzuüben und dadurch das Postulat politischer Gleichheit der vorhandenen Realität so weit wie möglich anzunähern.“⁷⁹

Das demokratische Athen wird gemeinhin als der vermeintliche theoretische Vorläufer unserer heutigen Demokratie gesehen. Grundsätzlich scheint es nicht selbstverständlich, dass linke Theoretiker_innen sich positiv auf diese Gesellschaftsordnung beziehen, die sich zumindest in Teilen durch Sklavenarbeit reproduzierte und in der sowohl Frauen, Sklav_innen als auch Metök_innen von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen waren. So meinte schon Constant, als er gegen die Jakobiner polemisierte, dass diese die Basis der antiken Demokratie, auf die sie vorgeben sich zu beziehen, außer Acht lassen würden, nämlich die Sklaverei. Dasselbe Phänomen schien jedoch bei der Betrachtung der amerikanischen Demokratie für ihn und beispielsweise Tocqueville⁸⁰ keine Relevanz zu besitzen.⁸¹

Es ist insofern problematisch, die Basis der attischen Demokratie in der Sklaverei zu sehen, da diese zum einen nicht die überwiegende Form der Produktion des Reichtums darstellte, und es zum anderen nicht die daraus resultierende Trennung zwischen einer produzierenden und unterdrückten, ausgebeuteten Klasse einerseits, und einer herrschenden, sich das Mehrprodukt aneignenden Klasse andererseits gab. Bereits Marx hob die Bedeutung der freien Bauern und Handwerker als wirtschaftliche Basis der griechischen *polis* hervor.⁸² Der Status der freien Arbeit in Athen wurde bei der historischen Betrachtung durch den der Sklaverei beinahe vollständig verdeckt. Dabei ist es genau der Status der freien Arbeit, der die attische Demokratie zu jenem Vorbild für linke Ansätze macht, da dort ein nie da gewesenes Maß an Freiheit für Bauern und Handwerker vorherrschte. Der Bauernbürger, wie ihn Woods bezeichnet, war einerseits frei von direktem ökonomischen Zwang durch Staat oder Grundherrn, und genoss andererseits volle rechtliche und politische Freiheit, ein zuvor unbekannter und seitdem wohl unerreichter dauerhafter Status der freien Arbeit in einem politischen System, während unfreie Arbeit in irgendeiner Form überall und immer existierte.⁸³

79 Castoriadis 2006, S. 57ff.

80 Canfora widerspricht in diesem Punkt Losurdo, da insbesondere aus Tocquevilles Notizen klar hervorgehe, dass dieser den Makel der Sklaverei in Bezug auf die amerikanische Demokratie klar erkennt (vgl. Canfora 2006, S. 32)

81 Vgl. Constant 1980, in: Losurdo 2008, S. 34.

82 Vgl. Marx, in: Fotopoulos 2003, S. 199.

83 Vgl. Woods 2010, S. 185-189.

Durch diese Möglichkeiten der politischen Einflussnahme der Bauernbürger in einer Zeit, als die politische Sphäre noch nicht abgetrennt von einer ökonomischen Sphäre war und die Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts im Wesentlichen durch außerökonomische Zwänge wie Pacht, Steuern etc. entweder direkt durch die Landbesitzer oder vermittelt durch einen der unterworfenen Gemeinschaft übergestülpten Herrschaftsapparat passierte, konnten sie sich erfolgreich gegen ihre Ausbeutung wehren, und als Mehrheit der freien Bevölkerung somit Deemanzipationsprozesse, die ihre politische und somit auch ökonomische Lage verschlechtert hätten, verhindern, aber auch tatsächlich Einfluss auf die Verwendung des gesellschaftlich produzierten Mehrproduktes nehmen. In diesem Sinne sieht Woods die attische Demokratie nicht bloß als formale, sondern als substantielle Demokratie.⁸⁴

“Politische und ökonomische Freiheit hingen direkt zusammen, als doppelte Freiheit des gemeinen Volkes oder der Armen, des *demos* sowohl in seiner Bedeutung als politischem Status wie als gesellschaftlicher Klasse, bei der die politische Gleichheit nicht einfach nur neben der sozioökonomischen Ungleichheit koexistierte, sondern sie auch substantiell modifizierte.“⁸⁵

Der Mechanismus, mit dem der produzierte Mehrwert verteilt wurde, war also im Wesentlichen kein wirtschaftlicher, sondern ein politischer. Somit war auch der Konflikt über dessen Verteilung ein politischer, zwischen Oligarchen, die sich aus den oberen Einkommensschichten und Aristokraten zusammensetzten, und den Demokraten, deren Basis die unteren Einkommensschichten waren.⁸⁶ Es kann bei der attischen Demokratie auch von einer wirtschaftlichen Demokratie im engeren Sinne gesprochen werden, durch die direkte Möglichkeit der Bürger, ohne deren Trennung vom politischen und wirtschaftlichen Prozess durch die Institution eines Staates am wirtschaftlichen Überschuss teilzuhaben, und durch die Institutionalisierung von demotischem Besitz an den Produktionsmitteln.⁸⁷ Diese sowohl soziale als auch partizipatorische Komponente der attischen Demokratie liefert den eigentlichen Bezugspunkt für emanzipatorische Ansätze der Demokratietheorie bis heute.

Im Unterschied zum attischen Vorbild ging es in der amerikanischen Verfassungsdebatte eben nicht darum, dem Volk als *demos* diese Einflussmöglichkeiten zu sichern, sondern im Gegenteil darum, den Einfluss des (mittellosen) Volkes weitgehend zu begrenzen und zu neutralisieren.⁸⁸ Dieser Vorgang wird von Woods treffend als Neudefinition der Demokratie bezeichnet in einer Situation,

84 Woods 2010, S. 215.

85 Ebda.

86 Vgl. Fotopoulos 2003, S. 199ff.

87 Ebda. S. 198, S. 200.

88 Vgl. Salomon 2012, S. 41.

wo das Eigentum nicht mehr als Ausdruck für außerökonomische Privilegien stand und die Besitzenden sich zusätzlich einer durch die Revolution aktiven politisierten Öffentlichkeit gegenübersehen,⁸⁹ wodurch ein offener Deemanzipationsprozess wie die Rückkehr zu einem allgemeinen Zensuswahlrecht kaum möglich gewesen wäre. So wurde von den siegreichen Antidemokraten einerseits die Ausschließung externalisiert und betraf neben Frauen und den von offener Vernichtung betroffenen indigenen Völkern v.a. die schwarze Bevölkerung, die noch sehr lange vom allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben sollte in jener Demokratie, die uns zum Vorbild wurde. Losurdo spricht dabei vom Wiederauftauchen des Zensuswahlrechts durch ethnische und Rassendiskriminierung, die sich in jener Form als sehr viel hartnäckiger erwies als diesseits des Atlantiks,⁹⁰ und auch heute wieder eine wichtige Rolle spielt bei dem Ausschluss von illegalisierten ImmigrantInnen, einem mittlerweile bedeutenden Teil der sich neu zusammensetzenden Arbeiterklasse in den westlichen politischen Systemen.

Aber auch die weiße Bevölkerungsmehrheit musste von den eigentlichen Machtzentren ferngehalten werden, dies geschah durch das geschichtliche Novum einer Definition von repräsentativer Demokratie und der sozialen Entleerung und Neudefinition des Begriffs *Volk*. Die Prinzipien dieser repräsentativen Demokratie drücken sich bei Alexander Hamilton in der klassisch liberalen Vorstellung aus, dass die einfache arbeitende Bevölkerung scheinbar natürlich dahin tendiert, sozial Höhergestellte als ihre Repräsentanten zu wählen, da diese die nötigen erworbenen Fertigkeiten hätten, um in einer beratenden Versammlung als die natürlichen Repräsentanten der arbeitenden Massen zu fungieren.⁹¹ Interessant dabei ist die Anmerkung Woods, dass nicht die Größe des Bundesstaates als Notwendigkeit für Repräsentation, sondern umgekehrt ein großer Bundesstaat als wünschenswert dargestellt wurde, um Repräsentation unvermeidlich werden zu lassen. Hier entstand die Idee der Repräsentation als Filterfunktion, in der nicht Schuster und Schmiede politische Urteile fällen konnten wie in der attischen Demokratie, beschrieben in Platons Protagoras-Dialog als *isegoria*,⁹² sondern im Gegenteil diese darauf zu verzichten hatten, sie sozial Höhergestellten zu übertragen hatten und sich somit von der politischen Macht entfremdeten. Dabei geht es für Woods nicht so sehr um eine scheinbare Gegenüberstellung von direkter und repräsentativer Demokratie, sondern um die spezifische Konzeption repräsentativer Demokratie der Föderalisten als Mittel, das Volk von der Politik fernzuhalten und als Ziel, die besitzende Klasse zu begünstigen und letztlich deren Eigentum und ihre Verfügungsgewalt darüber zu schützen. Nicht

89 Vgl. Woods 2010, S. 216ff.

90 Vgl. Losurdo 2008, S. 29.

91 Vgl. Hamilton, in: Woods 2010, S. 217.

92 Vgl. Platon, in: Woods 2010, S. 196ff.

umsonst werden Wahlen als das einer Demokratie nach amerikanischer Definition angemessene Mittel oder gar als dessen Wesen bis heute gesehen, während sie in der antiken griechischen Konzeption eher kritisch betrachtet wurden, eben weil dadurch sozial Höherstehende begünstigt werden.⁹³

Rancière schreibt in diesem Zusammenhang, dass der der Demokratie eigentümliche Herrschaftstitel jener ist, *von den Göttern geliebt* zu werden, wie es Platon formulierte, ein Titel der in Gegensatz zu jenen Titeln der Abstammung und Ordnung der sozialen Beziehungen steht, also das Regieren in Abwesenheit jedes Herrschaftstitels.⁹⁴ Wir haben uns heute von der Vorstellung entfremdet, dem Zufall jenen Raum einzuräumen, den er in der attischen Demokratie einnahm, weil uns vermittelt wird, dass unsere modernen Gesellschaften nicht von Menschen regiert werden können, die per Los ausgewählt werden und nicht hinreichend Ahnung über das Funktionieren unserer komplexen Gesellschaften haben:

„Wir haben für die Demokratie geeignetere Prinzipien und Mittel gefunden: die Vertretung des souveränen Volkes durch seine gewählten Repräsentanten, die Symbiose zwischen der Elite der Gewählten und der Elite derjenigen, die unsere Schulen und Universitäten dazu ausgebildet haben, das Funktionssystem unserer Gesellschaften zu durchschauen.“⁹⁵

Dabei wird jedoch vergessen, was die eigentliche Bedeutung von Demokratie ist, und warum selbst bei aristokratischen Denkern, die sich wenig Gedanken über allgemeine Gleichheit machten, dem Losverfahren ein gewisser Raum zugestanden wurde; das Losverfahren bevorzugt nicht die Unfähigen vor den Fähigen, aber auch wenn die Sorge vor einer Regierung der Unfähigen besteht, ist sie doch jener vorzuziehen, die den Willen zur Macht hat, ganz im Sinne des Machtprinzips der Gelehrten, wonach diejenige Regierung gut ist, die nicht regieren will. Darin sieht Rancière auch den eigentlichen Grund, warum es für uns heutzutage undenkbar geworden ist, dem Zufall die Entscheidung zu überlassen, wer herrschen soll, weil wir es heute als ganz natürlich ansehen, dass der Wille zur Macht der entscheidende Titel ist für die Auswahl derjenigen, die herrschen sollen.⁹⁶

Der Begriff *Volk* wiederum musste seines sozialen Gehaltes entleert werden, den er in der antiken Konzeption hatte, und später wieder in unterschiedlichen Strömungen der revolutionären Tradition bekam, nämlich dass Demokratie eine Herrschaft der Armen ist, welche die Mehrheit darstellen,

93 Vgl Woods 2010, S. 219ff.

94 Vgl. Rancière 2012, S. 50.

95 Ebda. S. 52.

96 Ebda. S. 50.

also Ausdruck einer kollektiven Macht, die auch aktiv ausgeübt wird. Unabhängig davon, ob nun die Mehrheitsregel oder die Herrschaft der Armen im Vordergrund der Demokratie-Definition⁹⁷ stand, war in der antiken Konzeption doch klar, dass der Rang keine Rolle spielen dürfe und Armut kein Ausschlussgrund von öffentlichen Ämtern sei. Das *Volk* hatte somit doppelte Bedeutung, war sowohl staatsbürgerlicher Status als auch soziale Kategorie.⁹⁸

Die neuzeitliche Konzeption von Demokratie hingegen legte das Hauptaugenmerk auf den passiven Genuss demokratischer Rechte, woher auch ihre Zwangsheirat mit dem Liberalismus herrührt neben der Ersetzung des *demos* als aktive Bürgergemeinschaft durch eine scheinbar zusammenhangslose Menge privater Individuen, allein vereint durch den Besitz derselben Staatsbürgerschaft, während sie gleichzeitig das aktive Element der Beteiligung an die Bessergestellten verwies. Sie war bzw. wurde zum einen zwar inklusiver und universeller als die klassische Konzeption, zum anderen aber auch abstrakter und passiver, wurde doch eine größere Distanz zwischen der Bürgerschaft und der politischen Handlungssphäre geschaffen, im amerikanischen Beispiel nicht nur durch den bereits erwähnten Repräsentationsfilter, sondern auch durch die Verlagerung der Entscheidungsebene von lokalen zu föderalen Einheiten. Woods weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die amerikanische Neudefinition der Demokratie sehr viel mehr mit Rom (sowohl dem republikanischen als auch dem imperialen) zu tun hat als mit Athen.⁹⁹ Zugleich wurde Politik monopolisiert, deren Ausübung auf das Parlament beschränkt und versucht, je inklusiver und universeller die Kategorie *Volk* wurde, die soziale Welt außerhalb des Parlaments zu entpolitisieren und jegliche Form außerparlamentarischer Politik zu delegitimieren,¹⁰⁰ etwas, das von sozialen Bewegungen von unten immer wieder in Frage gestellt wurde bzw. wird, aber auch weiterhin unseren Erfahrungshorizont bestimmt, jedes Mal wenn der (Rechts-)Staat versucht, aufkeimenden Protest in geregelte politische Bahnen zu kanalisieren oder zu kriminalisieren und so unter Kontrolle zu bringen.

Auch Rancière spricht im Zusammenhang mit der scheinbaren Beseitigung der Hypothek einer *realen Demokratie* von dem heutigen Verzicht der Demokratie darauf, sich als Macht des Volkes zu

97 Aristoteles schlägt in seiner Beschreibung der idealen Polis eine soziale Unterscheidung zwischen Demokratie und Oligarchie vor, indem er von notwendigen Bedingungen und integrale Bestandteilen spricht. Somit gäbe es notwendige Menschen (egal ob Freie oder Unfreie), welche die Polis versorgen, aber nicht organischer Teil des Ganzen sind, also Anteillose, wie es Rancière formuliert. Die Männer des Eigentums hingegen sind die integralen Bestandteile der Polis, also jene, die zur Bürgerschaft gezählt werden. (vgl. Woods 2010, S. 222)

98 Vgl. Woods 2010, S. 228.

99 Ebda. S. 220.

100 Ebda. S. 208.

setzen.¹⁰¹ Wir werden noch genauer auf Rancière's Begriff des Volkes eingehen, die scheinbare Beseitigung von dessen *Mythos* und doppelter Gestalt, und dessen Rückkehr in seiner archaischesten Form, der ethnischen Form in Kapitel 4.1

An dieser Stelle muss noch in Bezug auf die attische Demokratie angemerkt werden, dass die tatsächliche Macht der Bauernbürger aus der Sicht von Rancière nicht so uneingeschränkt war wie von Woods dargestellt, und dass auch bereits bei Aristoteles die bäuerliche Demokratie deshalb favorisiert wurde, da sie aufgrund der räumlichen Trennung und dem Zwang zur Arbeit zur Aufrechterhaltung der eigenen Subsistenz den *demos* daran hindern sollte, den Ort seiner Macht tatsächlich zu besetzen, also eine Gemeinschaft, die den *demos* zwar enthält, aber nicht an seinem Streit leiden sollte, was nach Rancière gedanklich durchaus als Vorbild für die amerikanische Demokratie, und in kleinerem Maßstab auch für das heutige Europa gelten kann.¹⁰²

Zudem spielte selbstverständlich auch die Sklaverei eine negative Rolle bei der Entwicklung der Demokratie, insbesondere bei der ungleichen Verteilung der freien Zeit zur Ausübung der Bürgerrechte. Sklaverei und Patriarchat lieferten den zeitlichen Rahmen für die männlichen Bürger, und somit hatten auch im demokratischen Athen reiche Bürger mit mehr Sklaven auch mehr Zeit zur Ausübung ihrer Bürgerrechte.¹⁰³

Aber auch Rancière sieht die amerikanische Verfassung als klassisches Beispiel für jene Kritik der Demokratie, verstanden im ursprünglichen Sinn als Herrschaft des Volkes, die zwar nicht (mehr) am Existenzrecht dieser zweifelte, jedoch versuchte, sie in ihre Schranken zu verweisen, also das Beste aus der demokratischen Tatsache zu machen, um sowohl eine Regierung der Besten als auch die bestehende Besitzordnung zu verteidigen, was, wie bereits gezeigt, als synonym aufgefasst wird. Diese in die Praxis umgesetzte Kritik galt darauf folgend der sozialistischen Bewegung als Angriffspunkt für ihre Kritik der Demokratie, als Kritik an dem Schein der formellen Demokratie, die zugleich Instrument der Macht der bürgerlichen Klasse ist.¹⁰⁴

Und es bleibt der Inhalt dieser Neudefinition von Demokratie bis heute wesentlich und kann als ein gemeinsamer Standpunkt linker Theorie, sowohl aus marxistischer als auch post-marxistischer Sicht, gelten:

101 Vgl. Rancière 2010, S. 121.

102 Vgl. Rancière 2010, S. 86.

103 Vgl. Fotopoulos 2003, S. 205.

104 Vgl. Rancière 2012, S. 9.

“Die bürgerlich-liberale Demokratie, die sich in den Vereinigten Staaten durchzusetzen begann, etablierte somit einen Begriff von Demokratie, der diese (erstmal in der Geschichte) nicht als *Kampfordnung*¹⁰⁵ verstand, in der den unteren Klassen realer Einfluss auf die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse garantiert wurde, sondern als *asymmetrische Friedensordnung*, in der die Interessen subalternen Klassen zwar im Sinne einer bürgerlich bestimmten ‘Gemeinwohlorientierung’ *berücksichtigt* werden konnten, jedoch kein *authentischer* Anspruch dieser Klassen auf eine effektive *Mitbestimmung* oder auch nur eine *Selbstvertretung* anerkannt wurde.“¹⁰⁶

3.3 Sozialismus & Demokratie

„*Theoretical Democrats ignore the fact that vast inequalities of wealth and status, resulting in vast inequalities of education, power and control of environment, are necessarily fatal to any real democracy, wheter in politics or any other sphere.*“¹⁰⁷

Nun lässt sich natürlich eine scharfe Trennlinie zwischen liberaler und sozialistischer Demokratietheorie nicht aufrechterhalten, es gab immer wieder auch wechselseitige Beeinflussungen beider Strömungen in vergangenen Zeiten normativer Theoriebildung, bedingt v.a. durch die in der Praxis teilweise gemeinsam geführten Kämpfe gegen das *ancien regime*, zu den Hochzeiten der bürgerlichen Revolutionen in Europa, die wir mit dem Jahr 1848 in Verbindung bringen, wo Teile des fortschrittlichen Bürgertums und die entstehende ArbeiterInnenklasse sich oft auf denselben Seiten der Barrikaden wiederfanden. Beispielsweise wurden die Theorien von Rousseau für beide Strömungen adaptiert und relevant, und Theoretiker wie J.S. Mill, die sich an Rousseau orientierten und seine Theorien in den Kontext moderner Industriegesellschaften stellten, übernahmen in ihr liberales Theoriegebäude sozialistische Ideen¹⁰⁸, während Teile der sozialistischen Bewegung die liberal-demokratischen Ideen der Freiheits- und Menschenrechte übernahmen und auf die Situation des vierten Standes zuspitzten.

Die wesentliche Trennlinie zwischen den realen Bewegungen verlief, stark verkürzt, entlang der sozialen Dimension von Demokratie, also ob eine solche überhaupt als relevant für Demokratie gesehen wird, oder gar als schädlicher Eingriff in die Freiheitsrechte des Individuums, wozu das

105 Alle Hervorhebungen in diesem Zitat im Original

106 Salomon 2012, S. 42.

107 G.D.H. Cole 1913, in: Pateman 1970, S. 31.

108 Mill ging es allerdings im Wesentlichen um die edukative Funktion von Partizipation, insbesondere auf lokaler Ebene, und somit sympathisierte er auch nur mit frühsozialistischen Ansätzen, die freiwillige Vereinbarung im kleinen Rahmen hervorhoben, um die Würde der Arbeit zu heben und die ArbeiterInnenklasse in das bestehende System zu integrieren (vgl. Pateman 1970, S. 30ff.)

Eigentumsrecht zählt, interpretiert wird. Es war ein Konflikt zwischen unterschiedlichen Konzeptionen von Demokratie, von liberaler oder eben sozialer Natur. Stark verkürzt ist diese Sichtweise insofern, da auch innerhalb der liberalen Bewegung ein Teil eine soziale Form von Demokratie etablieren wollte, in der Form eines Klassenkompromisses, der die Produktionsmittel in den Händen der alten Eigentümer belassen sollte, aber den werktätigen Massen ein Auskommen sichern sollte. Es entwickelte sich also auch in der liberalen Form von Demokratie ein soziales Element, das den Klassenkompromiss suchte und wurde später sogar die dominante Form, die so die Integration der sozialistischen Parteien leistete, insbesondere als Absicherung gegen weitergehende kommunistische Bestrebungen. Rosenberg sieht beispielsweise Jefferson neben Robespierre als einen Vertreter einer sozialen Form von Demokratie,¹⁰⁹ und mit der Durchsetzung des sozialdemokratischen Konsens nach dem 2. Weltkrieg war jener Klassenkompromiss, beispielsweise in Form von Roosevelts *New Deal*, aber insbesondere in seiner europäischen Form des Korporatismus, eigentlich eine der wesentlichsten Kontinuitäten der faschistischen Systeme, die im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft nicht leugneten, sondern vielmehr den Klassenkonflikt institutionalisierten,¹¹⁰ ein zentrales Element jener sozialen Demokratie und des Sozialstaates, die manchen heute mit deren zunehmender Demontage als Inbegriff von Demokratie schlechthin gelten.

Das Eingangszitat von G.D.H. Cole zu diesem Kapitel bringt die Kritik von links an der liberalen Demokratiekonzeption sehr gut auf den Punkt. Der Historiker Rosenberg datiert jene Trennung bzw. Neudefinition von Demokratie als liberale Demokratie, die wir im Gefolge der amerikanischen Revolution bereits besprochen haben, für Europa zu jener Zeit um 1848, verkörpert durch die beiden republikanischen Zeitungen von Paris, dem *National* und der *Reforme*, erfolgt eben v.a. durch die unterschiedliche Auffassung der *sozialen Frage*, und auch der Taktik in Bezug auf Kooperation mit der monarchistischen Opposition um Thiers.¹¹¹

Rosenberg selbst stellt sich ideologisch in eine klassisch parteimarxistische Linie, die den sozialen Charakter der Demokratie in der Eroberung der Herrschaft in einem Staat durch die Repräsentanten der demokratischen politischen Bewegung, vornehmlich die sozialistischen Parteien, zu verwirklichen sieht.¹¹² Diese Linie wurde mit dem Anwachsen der sozialistischen Parteien in den meisten Ländern die dominante Strömung und hielt sich zumindest ideologisch bis zur Zäsur von

109 Vgl. Rosenberg 1962, S. 16.

110 Vgl. Agnoli 1997, S. 142.

111 Vgl. Rosenberg 1962, S. 43.

112 Ebda. S. 302.

1989. Heutzutage erscheint auch für viele Marxist_innen jene Tradition des Jakobinismus und des späteren Leninismus kaum noch tauglich als Anknüpfungspunkt für eine demokratische linke Bewegung, und so wurde anderen Interpretationen von Marx' Theorien, insbesondere zum Staat, zur Demokratie und zur Revolutionstheorie neu betrachtet. Es ging bereits damals, aber noch viel mehr heute also nicht allein um den sozialen Charakter der Demokratie, sondern auch um die realen Möglichkeiten der Partizipation der Massen und die möglichen gesellschaftlichen Formen, innerhalb derer sie verwirklicht werden kann.

Der amerikanische Marxist Michael Harrington beispielsweise lieferte in seinem Text *Marxism and Democracy* eine Interpretation von Marx' Demokratietheorie, die sich scharf von auf Marx folgende marxistisch-leninistischen Interpretationen abgrenzt und die relevanten Unterschiede im Denken von Marx, und später beziehungsweise auf Rosa Luxemburg einerseits, und Lenin andererseits hervorhebt. Sie wird hier als beispielhaft für eine undogmatische marxistische Interpretation der Rolle und Bedeutung von Demokratie herangezogen, da sie im Gegensatz zu diversen leninistischen Spielarten des Marxismus nicht darauf abzielt, mittels einer Partei die Macht im Staate zu erobern und den Staat als Instrument zur Verwirklichung einer Diktatur des Proletariats zu benutzen, bis jener nach dieser nicht zeitlich begrenzten Phase scheinbar von selbst absterben solle, was in der Praxis dann auch nie so passierte.

Marx dachte vor den Ereignissen von 1848, wie viele seiner Zeitgenossen und auch spätere Generationen der Sozialdemokratie, dass mit der Durchsetzung des freien Wahlrechts sich die direkte oder indirekte politische Herrschaft der ArbeiterInnenklasse, jene sich herausbildende Klasse, die über kurz oder lang in jedem industrialisierten Land die Mehrheit der Bevölkerung stellen würde, als Konsequenz entwickeln würde, und trat für eine Eingliederung der sozialistischen Bewegung in die wesentlich größere demokratische Bewegung ein, um das gemeinsame Ziel einer demokratischen Republik mit allgemeinem Wahlrecht zu erreichen, als Vorbedingung für weitergehende kommunistische Bestrebungen.¹¹³ Andere sozialistische Strömungen behielten eine Distanz zur demokratischen Bewegung, da sie sich nichts davon versprachen, auf dem Parkett der parlamentarischen Politik Veränderungen zu erreichen; frühsozialistische Ansätze setzten auf direkte Errichtung der sozialistischen Utopien an konkreten Orten im Kleinen, und die proudhonistische Strömung orientierte sich an Konzepten des Genossenschaftswesens oder der *Volksbank*, um die konkrete Situation der unteren Klasse zu verändern, beide standen außerhalb der Politik und ignorierten dementsprechend die Entwicklung der Demokratie als Bewegung.

¹¹³ Vgl. Harrington 1981, S. 4ff.

Aber auch viele Liberale wandten sich gegen ein umfassendes allgemeines Wahlrecht aus Angst eben vor jener sozialen oder *totalitären* Demokratie, wie sie später einer der Gründerväter des Neoliberalismus, Hayek, bezeichnen wird.¹¹⁴ Und Tocqueville sah jene Revolution von 1848 gar als eine, die von Beginn an außerhalb der Bourgeoisie und gegen sie gemacht wurde, mit seiner Klasse als einzigem Verlierer.¹¹⁵

Nach den revolutionären Ereignissen von 1848-1849 nahm Marx, desillusioniert von der Rolle des Kleinbürgertums, das zwar bereit war, das Proletariat für seine Ziele zu benutzen, sich jedoch jeden weitergehenden Forderungen dieser entgegenstellte, den blanquistischen Slogan von der *Diktatur des Proletariats* auf.¹¹⁶ Diese Parole, die später als Rechtfertigung für staatliche Unterdrückung jedweder links- oder rechtsabweichlerischen Opposition gegen die Herrschaft einer sich verselbständigenden Bürokratie in den sog. realsozialistischen Regimes diente, sollte ursprünglich keinen politischen Forderungen, sondern vielmehr einem sozialen Inhalt Ausdruck verleihen. Während die liberale Demokratie, mit ihrer Verbannung der Menschen- und Freiheitsrechte auf eine abstrakte Ebene und der realen Unterdrückung der Massen im ökonomischen Bereich¹¹⁷, dem Herrschaftsbereich der Bourgeoisie, eine Diktatur ebendieser darstellt, in der das demokratische Leben den Zielen einer kleinen gesellschaftlichen Elite untergeordnet ist, wäre die soziale Demokratie eine Diktatur des Proletariats, der Mehrheit der Bevölkerung, die als Mehrheit über die politische Herrschaft sich der Produktionsmitteln bemächtigen soll, um letztlich die dem Gedanken der Demokratie innewohnende Gleichheit und Freiheit jedes Einzelnen auch materiell zu verwirklichen.

„Die Gesetze und Institutionen der formalen Demokratie sind sowohl der Schein, hinter dem die Macht der bürgerlichen Klasse ausgeübt wird, als auch ihr Instrument. Der Kampf gegen diesen Schein war der Weg hin zu einer `realen´ Demokratie, in der die Freiheit und Gleichheit nicht mehr von den Institutionen und Gesetzen des Staates repräsentiert, sondern in den Formen des materiellen Lebens und der sinnlichen Erfahrung verkörpert würden.“¹¹⁸

Keine dieser ihrem sozialen Charakter nach genannten Diktaturen sollte ohne Organisations-, Presse- oder Redefreiheit auskommen, woran später Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an Lenin anknüpft. Während sich die marxistische Kritik an Demokratie als Konzept des Liberalismus nach

114 Vgl. Hayek 1969, in: Losurdo 2008, S. 303.

115 Vgl. Tocqueville 1951, in: Losurdo 2008, S. 65.

116 Vgl. Harrington 1981, S. 11.

117 “The heavenly equality of equal political rights served to mask the earthly inequality of the social classes.” Marx, in Harrington 1981, S. 15)

118 Ranciere 2012, S. 9.

1848 verschärfte bis hin zu antidemokratischen Positionen in den entstehenden Kommunistischen Parteien des 20. Jahrhunderts, benutzte Marx den bereits erwähnten Begriff der *Diktatur des Proletariats* 1871 zur Charakterisierung der *Pariser Commune* in einem ultrademokratischen Sinn, als Beschreibung einer politischen Herrschaftsform mit gewählten Delegierten, die an ein imperatives Mandat gebunden sind, die Commune also als eine gefundene politisch-demokratische Form der sozialen *Diktatur des Proletariats*.

“Marx and Engels were critically of bourgeois democracy, not because it was democratic, but because it was bourgeois, and they proposed to effect their critique in practice by utilizing the space provided by bourgeois democracy for the achievement of socialist democracy.”¹¹⁹

Wie bereits gezeigt wurde, bildete die reale Möglichkeit der Partizipation aller Beteiligten, unabhängig von Stand, Eigentum und Bildung, das wichtigste Merkmal in den Interpretationen der antiken Tradition aus linker Perspektive. Für die neu entstehende Arbeiter_innenklasse und ihre Vertreter_innen spielte im Zeitalter der sich durchsetzenden Industrialisierung nun v.a. die soziale Dimension von Demokratie (gemeinhin auch die *soziale Frage* genannt, wenn sie von oben her betrachtet wird und auch eine Form von Lösung oder vielmehr Befriedung von oben her passieren soll) die entscheidende Rolle, es ging darum, die Kluft zwischen dem Anspruch von umfassender Partizipation im politischen Leben als Versprechen, und der real existierenden Diktatur der Fabriken aufzuzeigen und zu verändern. Somit bezeichnet eine substantielle Demokratie aus linker Sicht die Möglichkeiten der aktiven Einflussnahme des Volkes im Sinne seines sozialen Gehalts in die sie betreffenden Entscheidungen nicht allein auf einer politischen Ebene im engen Sinn, sondern umfassend als gesellschaftlich verstanden, was auch gerade Eingriffe im ökonomischen Bereich als Ort der Reproduktion einer Gesellschaft impliziert, die im Kapitalismus als getrennte Sphäre mit eigenen Gesetzmäßigkeiten existiert, wo nach Marx „Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“¹²⁰ herrschen.

Die Kritik am Liberalismus machte sich also keineswegs an der freien Entwicklung des Individuums fest, wenn es auch natürlich in unterschiedlichen sozialistischen Konzeptionen ein Spannungsfeld zwischen Individuum und Kollektiv gab; die Kritik zielte vielmehr auf die liberale Demokratie als Konzeption einer Gesellschaft ab, die mit gesellschaftlicher Konkurrenz, Freihandel und parlamentarischer Legalität alle Konflikte auf scheinbar friedlichem Weg zu beseitigen behauptete.¹²¹ Beides, sowohl der soziale Charakter einer Konzeption von Demokratie, als auch die

119 Harrington 1981, S. 5.

120 Vgl. Marx 1972, S. 189ff.

121 Vgl. Rosenberg 1962, S. 308.

Möglichkeiten tatsächlicher Partizipation der Betroffenen, spielt auch für heutige soziale Bewegungen und Theoretiker_innen und ihren Bezug auf bzw. Kritik an der real existierenden Demokratie und dem Thema der Repräsentation wieder eine herausragende Rolle.

3.4 Postdemokratie, liberale bzw. konstitutionelle Oligarchie, autoritärer Etatismus?

Einleitendes zur aktuellen linken Demokratietheorie

Im Jahre 2003 veröffentlichte der britische Soziologe Colin Crouch seinen Essay (auf Deutsch 2008, Anm. d. Verf.), in dem er den Übergang von der Demokratie zur Postdemokratie behauptete. Sein Zugang war, aus einer linken Perspektive die bestehenden Zustände zu kritisieren, mit einem positiven Bezug auf die *ideale* Demokratie. Wir wären mittlerweile über dem Punkt hinaus, an dem wir uns an dem demokratischen Ideal orientierten, und uns nun davon wegbewegten. Postdemokratie soll als Begriff diesen Zustand beschreiben, auch als Kritik an dem vorherrschenden politikwissenschaftlichen Verständnis von Demokratie als einer real existierenden Form ohne normativen Inhalt und als ihrer Festsetzung in Form von liberaler Demokratie.¹²² Vor allem die globalen Veränderungen seit den 70er Jahren, die gemeinhin unter den Schlagworten *Neoliberalismus* und *Globalisierung* zusammengefasst werden, hätten uns vom demokratischen Augenblick immer weiter entfernt.

Colin Crouch beschreibe in seinem Buch die Entwicklungen „nicht neu, aber treffend“,¹²³ wie der Soziologe Claus Offe meint. Dieser selbst kommt, wie auch Habermas, Agnoli und Poulantzas, auf die in dieser Arbeit in unterschiedlichem Ausmaß Bezug genommen wird, aus jener neomarxistischen Theorietradition, die in den 70er Jahren bereits Legitimationsprobleme für die spätkapitalistische Demokratie ausmachten, da als Preis für die Entschärfung des Klassenkonfliktes und der ökonomischen Krisen ebenjene Krisen auf die Ebene der Politik verlagert werden.

Crouch's vermeintlich neuer Begriff von Postdemokratie wurde allerdings schon etliche Jahre vor seiner Veröffentlichung von Jacques Rancière in der französischen Diskussion zur Demokratietheorie verwendet, jedoch weichen Inhalt und Verständnis von Demokratie sowie Postdemokratie in diesen beiden Konzepten erheblich voneinander ab.

¹²² Vgl. Crouch 2008, S. 10.

¹²³ Offe, in: FAZ 22.09.2008.

Neben diesen Theoretikern wird zudem auf den aus dem Umfeld der kritischen Theorie stammende ehemalige Schüler von Habermas, Oskar Negt, der, ähnlich wie bereits in den 70ern Carol Pateman, in seinem aktuellen Werk die Bedeutung von Demokratie als Lernprozess und die damit verbundene Notwendigkeit von Partizipation hervorhebt, Bezug genommen, um die demokratietheoretische Auseinandersetzung nicht nur entlang den Konfliktlinien formell VS substantiell, sondern auch repräsentativ VS partizipativ nachzeichnen zu können.

4. KRISENTHEORIEN DER DEMOKRATIE

*„Democracy has a twofold secret. First, it only functions as long as society remains democratic. Secondly, nobody really minds this tautology.“*¹²⁴

Wenn Demokratie als ein Prozess aufgefasst wird, also als *reale* demokratische Bewegung, die uns immer mehr in Richtung des demokratischen Ideals führt, in Richtung umfassender Freiheit des Individuums im Sinne von realen Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten von politisierten Lebensbereichen, und Gleichheit, nicht nur vor dem Gesetz im Sinne von Rechtsstaatlichkeit als formale Gleichheit, sondern als substantielle Gleichheit, dann ist grundsätzlich auf ideologischer Ebene die Krise der Demokratie darin zu finden, dass dieser Prozess in dieser Form nicht stattfindet als fortschreitende Annäherung, sondern wir uns im Gegenteil von diesem unerreichten Ideal wieder erlebbar entfernen, unabhängig davon, ob wir einen evolutionären Blick auf Geschichtsentwicklung haben mit einem mehr oder weniger linearen Verlauf, oder sie als Kampf von Gegensätzen betrachten, mit Prozessen von Emanzipation und De-Emanzipation; und dass, so wie die mechanistisch-materialistische Geschichtsauffassung der Sozialdemokratie spätestens 1989, und die liberale im Sinne der Aufklärung mit dem Aufkommen der Totalitarismen der 20er und 30er Jahre des letzten Jahrhunderts, also mit dem vermeintlichen Wegfallen linear-teleologischer Geschichtsauffassungen, die eigentlich ihre Ersetzung durch einen sogenannten umgedrehten Marxismus ist,¹²⁵ der die wirtschaftliche Notwendigkeit des Wachstums anstelle des Übergangs vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit¹²⁶ setzt, ein erneuter Bedeutungsverlust der politischen Sphäre konstatiert wird. Demnach bleibt dem Staat und seinen Institutionen nur ein geringer Spielraum auf dem Parkett der internationalisierten Marktwirtschaft, dennoch seien die Institutionen nicht nutzlos, da das Handeln in diesem geringen Spielraum den Unterschied zwischen

124 Dauvé/Nesic 2008, S. 26.

125 Vgl. Ranciere 2010, S. 146.

126 Vgl. Marx 1972, S. 828.

Wachstum und Elend ausmache.¹²⁷

Zudem spielen Wahlen als das zentrale Merkmal unserer repräsentativen Demokratie eine immer geringere Rolle. Zum einen ist dies so aufgrund der inhaltlichen Annäherung der Volksparteien,¹²⁸ oder in anderen Worten dem Konsens der Eliten,¹²⁹ zum anderen aufgrund des verstärkten Rückgriffs auf Experten, also eines starken technokratischen Elements, mit dem wir uns insbesondere seit dem Ausbruch der Finanzkrise konfrontiert sehen.¹³⁰

Und nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die Entstehung neuer supranationaler Ebenen, die entweder nur schwach demokratisch legitimiert sind, alleine schon aufgrund der Distanz zu einem Souverän, der in dieser einheitlichen Form noch gar nicht existiert, wie das Europäische Parlament (neben den bereits erwähnten Problemen, die auch auf nationalstaatlicher Ebene eine Rolle spielen), oder überhaupt nur indirekt demokratisch legitimiert sind, da gewählte Eliten daran teilnehmen, wie die Europäische Kommission, oder eben einfach keine demokratische Legitimität besitzen, wie die Institutionen beispielsweise der Weltbank und des IWF. Letztere sind zwar streng genommen auch keine politischen Institutionen, womit der Vorwurf fehlender demokratischer Legitimität ins Leere laufen könnte, würde uns dieser Umstand nicht viel mehr über die Krise des Politischen verraten, da diese Institutionen zum Teil die Rahmenbedingungen vorgeben, innerhalb derer sich gewählte Regierungen bewegen können, wie uns das Krisenmanagement an Beispielen wie Griechenland verdeutlichte.

Das nur scheinbar Paradoxe an der aktuelleren Situation ist, dass sich die Demokratie als Staatsform, als *formelle* Demokratie zwar weltweit ausbreitete, deren Institutionen, insbesondere die des Parlaments, jedoch keine Aufwertung erfuhren, sondern eher das Gegenteil eintrat. Wie wir sehen werden, spielt dieses Paradox bei Crouch eine zentrale Rolle, während es bei Ranciere eine untergeordnete Rolle annimmt, da darauf bereits eine Antwort gefunden wurde. Und bei Agnoli wiederum liegt vielmehr in der vordergründigen Insignifikanz deren versteckte politische Bedeutung, wie er es in Bezug auf den Wahlkampf formulierte.¹³¹

Krise bezeichnet nun einen kritischen Zustand, in dem eine Entscheidung zur Überwindung dieses Zustandes herbeigeführt werden soll, eine Entscheidung für oder gegen etwas sich einander Ausschließendes. Wie Höffe richtig hervorhebt, können es sowohl Katastrophen- als auch

127 Vgl. Ranciere 2010, S. 146.

128 Vgl. Agnoli 1967, S. 40ff.

129 Vgl. Ranciere 2012, S. 91ff.

130 Vgl. bspw. Ross 2012, S. 102f.

131 Vgl. Agnoli 1986, S. 136.

Hoffnungszeiten sein, wobei seine Bezeichnung von *neutraler Sichtweise* auf den Begriff Krise unglücklich gewählt ist,¹³² da in der Perspektive der Lösung der Krise entweder eine Vision von Befreiung oder von Restauration liegt, also durchaus ein normativer Inhalt im Begriff selbst liegt.¹³³

4.1 Postdemokratie bei Crouch und Ranciere

„Wenn es nicht tatsächlich zu jener massiven Eskalation des Protests und des Widerstands kommt, (...) was könnte den globalen Unternehmen dann eine solche Angst um ihre Gewinne einjagen, dass ihre Vertreter an den Verhandlungstisch zurückkehren?“¹³⁴

„Die absolute Identifikation des Politischen mit der Verwaltung des Kapitals ist nicht mehr das schändliche Geheimnis, das von den `Formen` der Demokratie verhüllt wäre. Sie ist vielmehr die erklärte Wahrheit, die unseren Regierungen zu ihrer Rechtfertigung dient.“¹³⁵

Crouch nähert sich seinem Gegenstand der Kritik, der real existierenden Demokratie bzw. *Postdemokratie* in seinen Begrifflichkeiten, über dem klassisch normativen Demokratieverständnis an, wonach die breite Masse der BürgerInnen sich an der Gestaltung des öffentlichen Lebens beteiligen kann und auch tatsächlich beteiligt – durch Diskussionsprozesse an der Basis und Einflussnahme auf den politischen Prozess durch unabhängige Organisationen. Dieses Ideal dient, unabhängig von den Möglichkeiten seiner tatsächlichen Verwirklichung, doch als Maßstab, an dem heutiges und zukünftiges Handeln sich orientieren und optimieren kann.¹³⁶ Demgegenüber steht das *realistische* oder *liberale* Demokratieverständnis, dass Demokratie auf die demokratische Methode, durch freien Wettbewerb die Stimmen der Wähler zu gewinnen und so zu politischen Entscheidungen zu kommen, reduziert,¹³⁷ in dem die tatsächliche Beteiligung der BürgerInnen an der politischen Gestaltung des Gemeinwesens nur eine marginale Rolle spielt bzw. ihm explizit enge Grenzen setzt, und in dem neuerdings die Politik weitestgehend auf Interventionen in die ökonomische Sphäre zu verzichten habe.

Ebenjenes Verständnis, dass den Maßstab auf die real vorgefundenen Bedingungen reduziert und zugleich Demokratie als liberale Demokratie festschreibt, lässt uns blind werden für die aktuellen Probleme und Gefahren, für dieses nach Crouch neuartige Phänomen, dass er als *Postdemokratie*

132 Vgl. Höffe 2009, S. 159.

133 Vgl. Habermas 1973, S. 10.

134 Crouch 2008, S. 157.

135 Ranciere 2010, S. 147.

136 Vgl. Crouch 2008, S. 9.

137 Vgl. Schumpeter 1976, S. 9.

bezeichnet. Dieses Phänomen bezieht sich auf Gemeinwesen, in dem weiterhin Wahlen stattfinden und diese auch zu Regierungswechseln führen können, wie vom realistischen Ansatz der Demokratietheorie als Bedingung, um von Demokratie zu sprechen, gefordert wird, die Wahlkämpfe jedoch bloßes Spektakel ohne Inhalte sind, auf einzelne Personen reduziert mit austauschbaren Botschaften, geleitet von professionellen PR-Teams, denen gegenüber eine apathische Masse steht, die nur noch auf die zuvor bereits sorgfältig ausgewählten Probleme, die als Signale dienen, reagiert. Die tatsächliche Politik findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit, zwischen den gewählten politischen Eliten und den ökonomischen Eliten statt.¹³⁸

Der Begriff *Postdemokratie* hilft nach Crouch die gegenwärtige Situation zu beschreiben, zwischen einem bereits vergangenen Moment der Demokratie und einem nicht-demokratischen Zustand, im Gegensatz zur klassischen Unterscheidung von Demokratie und Nicht-Demokratie, welche der Diskussion um den Zustand des gegenwärtigen Systems engere Grenzen setze. Dass heißt, dass wir uns weiterhin in einem demokratischen System befinden, uns jedoch von dem idealtypischen Zustand der Demokratie immer weiter wegbewegen anstatt darauf zu. Wir befinden uns, so konstatiert Crouch, am anderen Ende der Parabel der demokratischen Entwicklung.¹³⁹ Crouch hält dieses Bild einer Parabel als geeignet für die Beschreibung der Geschichte der Demokratie, wobei es scheint, dass er es allgemein als entwicklungsgeschichtlichen Verlauf, der Aufstieg und Niedergang nachzeichnet, verwendet; so spricht er auch von der *Parabel des politischen Einflusses der Arbeiterklasse*, deren Niedergang ebenso ein wichtiger Aspekt des demokratischen Niedergangs ist.¹⁴⁰ Unabhängig von der tatsächlichen Anwendbarkeit für die Erklärung historischer Prozesse ist die Anmerkung Crouchs interessant, dass am anderen Ende der Parabel typische Merkmale des Beginns der Parabel wieder auftauchen, also in diesem Zusammenhang Merkmale der vordemokratischen Phase. Als Beispiel führt er die Rückentwicklung der Demokratie in den USA an, für ihn ehemals Vorreiter der demokratischen Entwicklung (eine Einschätzung, die wie bereits gezeigt, von einem Großteil der linken Theoretiker_innen nicht geteilt wird), durch den dort am radikalsten vollzogenen Ausschluss der Armen aus der Politik durch Wahlabstinenz.¹⁴¹

Somit sind wir scheinbar über einen Punkt, den Crouch als *Augenblick der Demokratie* bezeichnet, hinaus. Diesen Punkt, der dem idealtypischen Modell der Demokratie am nächsten komme, sieht Crouch allgemein kurz nach der Einführung eines neuen politischen Systems bzw. Phasen der

138 Vgl. Crouch 2008, S. 10.

139 Ebda. S. 30.

140 Ebda. S. 12ff.

141 Ebda. S. 34.

notwendigen grundlegenden Erneuerung, also in oder eher kurz nach krisenhaften Phasen, in denen zum einen die politische Partizipation ungewöhnlich hoch ist und Masseninteressen durch diese starke Basisbeteiligung relativ unverfälscht vertreten oder sogar direkt verfolgt werden, und andererseits sich die mächtigen Interessensgruppen des *ancien régime* in der Defensive befinden, und das politische System sich noch nicht in der Lage befindet, die neu artikulierten oder tatsächlich neuen Interessen hinreichend zu manipulieren, um sie mit der Aufrechterhaltung des Status Quo zu vereinbaren.¹⁴²

Praktisch sieht Crouch diesen Augenblick verwirklicht in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts im Großteil der damals bereits industrialisierten Welt, nach der Niederlage des Nationalsozialismus und des Faschismus als antidemokratische Bewegungen mit Ausstrahlungskraft. Er sieht diesen idealtypischen Moment verbunden mit der fordistischen Produktionsweise von Massenproduktion und –konsum, dem wirtschaftspolitischen Keynesianismus, und dem damals geschlossenen Klassenkompromiss, der zur Eindämmung kommunistischen Potentials den Mächtigen Beschränkungen ihrer Macht auferlegte.¹⁴³

Während das hohe Niveau der politischen Beteiligung im demokratischen Gemeinwesen zurückging und die Eliten lernten, die Massen unter veränderten Bedingungen zu manipulieren, blieb die nach Crouch demokratische Ökonomie bis zur einsetzenden Ölkrise der Siebziger Jahre „(...) die wichtigste politische Triebfeder des demokratischen Augenblicks.“¹⁴⁴

Danach folgten Entwicklungen wie der Aufstieg der Dienstleistungsökonomie und damit verbunden der politische Einflussverlust der klassischen IndustriearbeiterInnenschaft bzw. deren Sachwalter, sozialistische bzw. kommunistische Parteien und Gewerkschaften; die Verlagerung der wirtschaftlichen Dynamik vom Massenkonsum auf die Aktienmärkte, politisch ermöglicht durch die Deregulierung der Finanzmärkte; und nicht zuletzt der Aufstieg der Neuen Konservativen unter Reagan und Thatcher, die gestaltenden Einfluss auf die neuen politischen Rahmenbedingungen nahmen und richtungsweisend auch für ihnen folgende Regierungen waren.¹⁴⁵ Der Niedergang des *demokratischen Augenblicks* nach Crouch lässt sich also vereinfacht gesagt auf den Aufstieg des Neoliberalismus beziehen. Nebenbei merkt Crouch noch an, dass unabhängig davon, inwieweit die Folgen der Globalisierung tatsächlich für alle negativen polit-ökonomischen Erscheinungen verantwortlich gemacht werden können, sie durchaus zu den heutigen Problemen der Demokratie

142 Crouch 2008, S. 14.

143 Ebda. S. 15.

144 Ebda. S. 17.

145 Ebda. Ausgedrückt wurde hier in klarster Form die Sachzwanglogik, die das politische Handlungsvermögen insbesondere in wirtschaftlichen Belangen ausdrückt, in jenem Slogan, der Thatcher zugeschrieben wird: TINA – There is no alternative!

beiträgt, da diese in nationalstaatlich verfassten Gebilden besser funktioniere als „in größeren geographischen oder politischen Räumen.“¹⁴⁶

Die drei Kernprobleme der heutigen Demokratie bzw. Postdemokratie sieht Crouch zum einen in einer starken Machtverschiebung von der Politik hin zur Ökonomie, insbesondere da Kapital auf globaler Ebene handelt, Regierungen und BürgerInnen vornehmlich auf nationaler Ebene. Das zweite Problem betrifft die Auflösung bzw. Fragmentierung kollektiver Identitäten der sozio-ökonomisch schwachen Gruppen, die durch diese Individualisierung nur schwer eine politische Agenda definieren, kollektive Aktionen durchführen oder neue Organisationen bilden können. Das dritte Problem liegt in einer zunehmenden Abschottung der Politik von der allgemeinen Bevölkerung und ihrer Verflechtung mit Wirtschaftsinteressen, wodurch Parteien ihre Vermittlungsfunktion verlieren, politische Inhalte durch Marketingstrategien ersetzt werden, und Wahlen für Wählermobilisierung und Ämterverteilung durchgeführt werden. Crouch spricht direkt von einer politischen Klasse als Teil der Politik- und Wirtschaftseliten.¹⁴⁷

Genauer geht Crouch in seiner Folgearbeit über den Neoliberalismus noch auf jenen Akteur ein, der durch die neoliberalen Weichenstellungen entstand und dessen ökonomische Machtakkumulation aus verschiedenen Gründen in politische Macht übersetzt werden kann, dem international agierenden Großkonzern.¹⁴⁸ Auch hier greift der Autor ein Thema auf, dass, durch die Alterglobalisierungsbewegung befördert, (gerade noch) modisch ist, aber insbesondere innerhalb der Linken nicht mehr neu.

Rancière hingegen drückt mit seinem Begriff von Postdemokratie eben genau nicht einen Zustand aus, der zeitlich nach der Demokratie entstand, insbesondere da er diesen Begriff zu einer Zeit prägte, in der die Hoffnungen vieler Menschen nach der Befreiung vom Parteienstaat im Osten nach 1989 im Begriff der Demokratie kulminierten. Er meint damit einen Wandel, im Zuge dessen die demokratischen Leidenschaften zum Verschwinden gebracht werden sollen, und Demokratie als positive Legitimation der Regierungsweise dienen soll.¹⁴⁹

Diesen Wandel stellt er in eine Beziehung mit den Umbrüchen nach 1989, dem Zusammenbruch der totalitären Regime des Ostens. Dieser Zusammenbruch wurde gemeinhin als Sieg der Demokratie

146 Crouch 2008, S. 50.

147 Vgl. Crouch 4/2008, S.4f.

148 Vgl. Crouch 2011, S. 72, S. 79, S. 180.

149 Vgl. Rancière 2010, S. 119.

über den Totalitarismus wahrgenommen, aber dieser Sieg manifestierte sich nun auf zwei Arten. Zum einen eben als Sieg der Demokratie über ihre Gegner, der das demokratische System sowohl als das gerechteste als auch das wirkungsvollste erscheinen ließ und mit zusätzlicher Legitimität ausstattete, denn das Versagen des Totalitarismus lag in erster Linie an dem uneingelösten Versprechen von Effizienz und materiellem Wohlstand für die breite Masse. Zum anderen handelte es sich aber auch um einen Sieg der Demokratie vor sich selbst bzw. ihren demokratischen Kritikern, die fortwährend den Unterschied zwischen formaler und realer Demokratie, zwischen formalen und materiellen Rechten hervorhoben.¹⁵⁰

Diese Kritiken konnten nun mit dem Verweis auf die einzig real existierende Form von Demokratie vom Verhandlungstisch gefegt werden oder im Bezug auf uneingelöste Versprechen von Gleichheit auf die totalitaristische Erfahrung verwiesen werden:

„Der Zusammenbruch der totalitären Systeme scheint nun endlich die Hypothek einer `realen´ Demokratie zu beseitigen, die den fortwährenden Verdacht nährte. Es scheint, dass es von nun an möglich ist, ohne Hintergedanken die Formen der Demokratie aufzuwerten, Demokratie einfach mit dem Rechtsstaat gleichzusetzen, den Rechtsstaat mit dem Liberalismus, auf diese Weise die Demokratie als ideale Form der Verwirklichung der *physis* des tätigen und begehrenden Menschen im gemeinschaftlichen *nomos* anerkennend.“¹⁵¹

Dies hängt nach Rancière eng mit der Aufgabe einer zweiten Hypothek der Demokratie zusammen, mit der Aufgabe von Demokratie als Verkörperung der Macht des Volkes. Nicht mehr das Volk als Souverän im Rousseau'schen Sinn oder als Proletariat, das den Weg vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit beschreitet im marxistischen Sinn, sondern der Rechtsstaat als Ausdruck des wahren politischen Vertrages regelt die Übereinkünfte der Gruppen und Individuen.¹⁵²

Ein Paradox der heutigen Situation, der Postdemokratie, sieht Rancière darin, dass mit dem Zusammenbruch der beiden Mythen *reale Demokratie* und *Volk* eigentlich die formelle Demokratie und ihre Institutionen, insbesondere die der parlamentarischen Repräsentation, eine Aufwertung erfahren müssten, jedoch umgekehrt deren Verfall eintritt, indem politische Macht an nicht demokratisch legitimierte Instanzen delegiert wird, charismatische Personenpolitik betrieben wird, und die Aufwertung von Führungspositionen umgesetzt wird.¹⁵³

Diese Zustandsbeschreibung ähnelt nun wieder sehr der von Crouchs Begriff der Postdemokratie, ist aber nicht der Kern von Rancières Kritik, da auf dieses Paradox bereits eine Antwort formuliert

150 Vgl. Rancière 2010, S. 120.

151 Ebda. S. 121.

152 Ebda.

153 Ebda. S. 122.

wurde. Der Zeitgeist meint, dass eben nicht die demokratischen Leidenschaften, die Überwachung der Institutionen im Vordergrund stehen, die als Vertretung des Volkes dessen Macht sichern sollen, wie es vorher auch durch ihre erklärten Feinde von linker Seite geschah. Vielmehr wird in der heutigen liberalen Ordnung durch eine Art unterwürfigen Marxismus formuliert, dass Politik die Anpassung an die Optimierungsberechnungen im gesellschaftlichen Körper sei, dessen substanzieller Inhalt die Entwicklung der Produktivkräfte sind, die alte orthodox-marxistische Losung von der Entwicklung der Produktivkräfte als Grundlage für den Übergang ins Reich der Freiheit wird problemlos in den neoliberalen Diskurs integriert.¹⁵⁴

Dies führt dazu, dass bei Rancière das Paradox eine andere Form annimmt als bei Crouch. Es geht um die Entleerung der demokratischen Leidenschaften, um die Gleichgültigkeit gegenüber den Repräsentationsformen, und daraus resultierend, auch um das Problem der Wiederkehr des Volkes, nicht in seiner Rousseau'schen oder marxistischen, sondern in der Rückkehr seiner archaischsten, der ethnischen Form, die sich fast überall als der eine Körper durchsetzt und das Andere ausschließt.¹⁵⁵

Da sich im Kern jener Paradoxa die Frage nach den Formen der Demokratie aufdrängt, kommen wir nun zu Rancières Demokratieverständnis. Gleich vorweg stellt er klar, dass für ihn Demokratie weder mit Rechtsstaat oder Parlamentarismus gleichzusetzen ist, noch als eine Regierungsweise oder eine Gesamtheit von Institutionen zu definieren ist, auch wenn diese natürlich nicht bedeutungslos sind.¹⁵⁶

Grundlegend für das Demokratie-Verständnis von Rancière sind dessen Begriffe von *Polizey* und *Politik*, die er einander gegenüberstellt.

„Allgemein benennt man mit dem Namen der Politik die Gesamtheit der Vorgänge, durch welche sich die Vereinigung und die Übereinstimmung der Gemeinschaften, die Organisation der Mächte, die Verteilung der Plätze und Funktionen und das System der Legitimierung dieser Verteilung vollziehen. Ich schlage vor, dieser Verteilung und dem System dieser Legitimierungen einen anderen Namen zu geben. Ich schlage vor, sie *Polizei* zu nennen.“¹⁵⁷

Mit ersterem meint er also nicht die gängige Assoziation mit Polizei als Gummiknüppel und Tränengas zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die *niedere* Polizei in jenen

¹⁵⁴ Vgl. Ranciere 2010, S. 123.

¹⁵⁵ Ebda. S. 124.

¹⁵⁶ Ebda.

¹⁵⁷ Ranciere 2002, S. 39ff.

Begrifflichkeiten, die er Foucault entlehnt, sondern die etablierte Ordnung selbst. Eine Ordnung, die sich zu ihrer eigenen Aufrechterhaltung vermehrt auf die niedere Polizei stützen muss, legt eher einen Ausdruck von Schwäche als von Stärke dar.¹⁵⁸

Politik hingegen existiert, wenn diese Ordnung der Herrschaft, als Herrschaft der Reichen, unterbrochen wird, und zwar durch die Konstituierung eines Anteils der Anteillosen, eines Teils oder einer Partei der Armen. Den Begriff des Anteils der Anteillosen entlehnt Rancière ebenso wie das Prinzip der Politik, als Kampf der Armen gegen die Reichen, von den alten Philosophen, in dem Fall von Aristoteles, der damit eben jene meinte, die nicht Anteil haben an der Regierung der eigentlich gemeinsamen Sache.¹⁵⁹

„Die Partei der Armen verkörpert nichts anderes als die Politik selbst als Einrichtung eines Anteils der Anteillosen. In symmetrischer Weise verkörpert die Partei der Reichen nichts anderes als die Antipolitik. Vom Athen des 5. Jahrhunderts vor Christus bis zu unseren Regierungen hat die Partei der Reichen immer nur eine einzige Sache gesagt: *es gibt keinen Anteil der Anteillosen*.“¹⁶⁰

Demokratie ist für Rancière nun der Name dieser Unterbrechung der *polizey*, jener Ordnung die allen Körpern ihren fixen Platz in der Gemeinschaft zuteilt, durch die *Politik*, als Subjektivierungsweise der *Politik*. Dafür braucht es einen bestimmten Raum für Äußerung und Erklärung jenes Subjekts, eine Erscheinungssphäre für das, was im Fall der athenischen Versammlung als Erscheinungssphäre *demos* genannt wurde und bei uns mit Volk übersetzt wird. Dieses Volks-Subjekt ist nun aber nicht als Volk in seiner ethnisch verstandenen Form zu begreifen, sondern als ein von sich selbst unterschiedenes, unberechenbares (im Sinne von nicht zählbares) Subjekt. Der *demos* wurde von seinen Gegnern mit dem *ochlos* gleichgesetzt, dem Pöbel. Es handelt sich in deren Augen um eine Usurpation, in der die Armen sich mit der Gemeinschaft gleichsetzen, von der sie doch nur einen Teil bilden.¹⁶¹ Claude Lefort nannte das die Unbestimmbarkeit der Demokratie. Während dieser sie als Konsequenz der Entkörperlichung des *doppelten Körpers* des Königs sieht, als Auflösung der christlichen Verdopplung von himmlischem und irdischem Körper und dem Ende der Monarchie von Gottes Gnaden,¹⁶² und mit der tatsächlichen Entkörperlichung durch seine reale Enthauptung verbindet, um so Terror und Totalitarismus als reale Möglichkeiten der symbolischen Katastrophe erscheinen zu lassen, ist es bei Rancière das Volk, dass diese Verdopplung aufweist, nämlich in Form eines Gesellschaftskörpers

158 Vgl. Rancière 2002, S. 40.

159 Ebda. S. 24, S. 88.

160 Ebda. S. 26ff.

161 Vgl. Rancière 2010, S. 126.

162 Vgl. Hubatschke 2012, S. 22, S. 27.

und eines anderen, der nicht darin aufgeht und nicht damit ident gesetzt werden kann. Dieser Teil, der *demos*, die Partei der Armen, setzt sich aber nicht nur mit der Gemeinschaft gleich, sondern tut dies weiter im Namen eines an ihm begangenen Unrechts.¹⁶³

Er bezeichnet den gegenwärtigen herrschenden Konsens, der sich nach dem Zusammenbrechen der vermeintlichen systemischen Alternative nach 1989 im Osten in verstärkter Form vollzog, als eine spezifische Form der demokratischen Involution, die sich nach den Erfahrungen mit der Gleichsetzung des Proletariats als wahren Körper des Volkes, als eine Art von vernünftiger Demokratie ausgeben konnte, die den Frieden verspricht, und das Subjekt Volk ersetzt durch einen minimalisierten Gesellschaftsvertrag, ein Vertrag der konsensuellen Delegation von Macht an jene, die für fähig gehalten werden,

„den unendlich kleinen Spielraum zu verwalten, den die Notwendigkeit anbietet, um die gemeinschaftliche Produktion des Reichtums und die Möglichkeit eines jeden, darin `seinen´ Teil zu ergreifen, zu optimieren. Der einzige Preis, der für diese Optimierung zu zahlen sei, ist die Auslöschung der Namen und Orte des Politischen.“¹⁶⁴

Er legt daran anschließend dar, dass eine solche Ordnung eben nicht Demokratie, sondern vielmehr eine Oligarchie mit Adjektiven, nämlich aufgeklärt oder kontrolliert, genannt werden kann, und dass es überhaupt nicht um die Gegenüberstellung zwischen dieser kontrollierten Oligarchie und der realen (Massen-)Demokratie als unkontrollierte Diktatur des Volkes gehe, sondern darum anzuerkennen, dass Demokratie weder die schlechteste noch beste Regierungsform ist, sondern eben gar keine Regierungsform, aber eine Subjektivierungsweise des Politischen, die eine Regierungsordnung daran hindern soll, sich als polizeiliche Ordnung in sich zu schließen.¹⁶⁵

163 Vgl. Ranciere 2010, S. 127.

164 Ebda. S. 154.

165 Ebda. S. 155.

4.2 Strukturelle Krise des Spätkapitalismus - Die Krisentheorien der Siebzigerjahre

*„Was als Liberaldemokratie bezeichnet wird, findet seine wahre Beschaffenheit in einem politischen Zustand, der von der Verfassung selbst festgeschrieben wird. Ihre richtige Bezeichnung lautet: konstitutionelle Oligarchie. Alle andere Bezeichnung fällt in den Bereich einer fraglos sinnvollen, weil konsensbildenden und damit friedensstiftenden, lügenhaften Publizität.“*¹⁶⁶

Um die Diskussion zur Krise der Demokratie von linker Seite in den Siebzigern nachzuskizzieren, stütze ich mich auf die Vertreter Claus Offe, Jürgen Habermas, Johannes Agnoli und Nicos Poulantzas.

Gemeinsamer Ausgangspunkt der Neomarxisten ist nach Schäfer die Analyse einer veränderten Funktion des Staates, der immer tiefer gehende Eingriffe in die Ökonomie leisten muss, um sowohl den in einer kapitalistischen Ökonomie stets vorhandenen Klassenantagonismus zu entschärfen, als auch auf die immer wiederkehrenden ökonomischen Krisen zu reagieren.¹⁶⁷ Während letzteres weiterhin eine elementare Aufgabe des Staates bleibt, beispielhaft an der ab 2008 akut werdenden Weltwirtschaftskrise zu beobachten war und ist, spielt ersteres eine weitaus marginalere Rolle als zu Zeiten des sozialdemokratischen Konsens bzw. wird zunehmend auf traditionelle Weise mit Unruhen verfahren. Grund dafür ist u.a. die in den 70er Jahren sich durchsetzende konservative Krisentherapie, also die Perspektive der rechten Sozialstaatskritik.¹⁶⁸

Habermas verwendet den Begriff des Spätkapitalismus synonym für einen organisierten Kapitalismus, bei ihm sind die zwei Hauptmerkmale der Konzentrationsprozess der Unternehmen bis hin zu jenen auf multinationaler Ebene, und damit verbunden die Organisierung der Märkte; was zum Ende des Konkurrenz-Kapitalismus führte; zum anderen der interventionistische Staat, der durch sein Eingreifen die wachsenden Funktionslücken des Marktes füllt, und damit das Ende des Liberalkapitalismus bedeutet.¹⁶⁹

Er beschrieb 1973 die bürgerlichen Ideologien als jene, die

„eine universalistische Struktur annehmen und an verallgemeinerungsfähige Interessen appellieren (können), weil die Eigentumsordnung die politische Form abgestreift hat und in ein Produktionsverhältnis überführt worden ist, das sich (...) selber legitimieren kann: Die Institution des Marktes kann sich auf die dem Äquivalententausch innewohnende Gerechtigkeit stützen. Deshalb wird nun der bürgerliche

¹⁶⁶ Agnoli 1998, S. 208.

¹⁶⁷ Vgl. Schäfer 2008, S. 12.

¹⁶⁸ Vgl. bpsw. Schäfer 2008, S. 6ff.

¹⁶⁹ Vgl. Habermas 1973, S. 50f.

Verfassungsstaat (...) an den legitimen Verhältnissen der Produktion gerechtfertigt.“¹⁷⁰

Mit den Krisenerscheinungen des Marktes sieht Habermas nun die bürgerliche Ideologie des gerechten Tausches auseinanderbrechen. Zudem muss auch der Staat, der aktiv in die Ökonomie eingreift und an den sie rückgekoppelt ist, sich zusätzlich legitimieren. Die passiert durch die Einrichtung formal-demokratischer Elemente wie allgemeinen Wahlen, die Massenloyalität schaffen und Partizipation ausschließen sollen, da Partizipation

„den Widerspruch zwischen der administrativ vergesellschafteten Produktion und einer nach wie vor privaten Aneignung und Verwendung des Mehrwerts zu Bewusstsein bringen (müßte).“¹⁷¹

Diese entpolitisierte Öffentlichkeit wird, wie bereits in Kapitel 3 behandelt, im Wesentlichen durch die demokratischen Elitentheorien bzw. technokratische Systemtheorien gerechtfertigt, und als Ersatz für die tatsächliche Partizipation der BürgerInnen an den sie betreffenden Entscheidungen sollte der Wohlfahrtsstaat ihnen materielle Sicherheit und steigenden Wohlstand gewähren.¹⁷²

In Bezug auf die ökonomische Krise meinte Habermas 1973, dass die Möglichkeit bestehe, dass diese auf Dauer abgefangen werden könne, jedoch nur dadurch, dass sie ins politische und darüber hinaus ins soziokulturelle System verschoben wird, und somit andere Krisentendenzen auslöst. Der dem Kapitalismus inhärente Klassenantagonismus nimmt somit nach Habermas wieder politische Form an, jedoch nicht die von Marx erwartete des revolutionären Klassenkampfes, sondern durch sich verstetigende Auseinandersetzungen um den Klassenkompromiss, der vom Staat organisiert wird.¹⁷³ Auf die Diskussion um die Rolle des kapitalistischen Staates kann hier nicht näher eingegangen werden¹⁷⁴, Habermas wendet sich aber begründeterweise wie andere von dem marxistisch-leninistischen Denken ab, welches ihn rein instrumentell begreift. Der Staat greift in die Ökonomie ein und braucht gleichzeitig Massenloyalität im Rahmen formeller Demokratie, was durch eine entpolitisierte Öffentlichkeit erreicht werden soll.¹⁷⁵

Durch die Verlagerung der ökonomischen Krise auf die politische Ebene muss das administrative vom legitimatorischen System weitgehend unabhängig gemacht werden, was durch Strategien wie der Personalisierung von Sachfragen, Expertenurteilen oder dem Rückgriff auf Reklametechniken

170 Habermas 1973, S. 38.

171 Ebda. S. 54f.

172 Ebda. S. 55ff.

173 Ebda. S. 60.

174 Vgl. hierzu die Schriften von Joachim Hirsch, Bob Jessop, Nicos Poulantzas und Johannes Agnoli.

175 Vgl. Habermas 1973, S. 84.

zur Erzeugung oder Verminderung von Aufmerksamkeit passieren kann.¹⁷⁶

Bei der Verschiebung der Grenze zwischen politischem und soziokulturellem System wiederum kommt es zu einer Politisierung von Lebensbereichen, die bisher eher der Privatsphäre zugerechnet waren und einen Gegenpol bzw. eine Gefahr für den staatsbürgerlichen Privatismus bildet. Dies zeigte sich für Habermas u.a. am Anstieg von Bürgerinitiativen und den sogenannten NSB.¹⁷⁷

Dass Habermas später diese Kritik an der Entpolitisierung auf der Grundlage des Wohlfahrtsstaates zu einer Evolution des Rechtsstaates affirmativ wendete, braucht uns hier nicht zu beschäftigen.¹⁷⁸

Wesentlich ist aber Habermas Beitrag zur Radikalisierung der Demokratietheorie, indem die Beschränkung auf Wahlen kritisiert und der demokratische Prozess auf öffentliche Auseinandersetzung fokussiert, zu der auch Protest und ziviler Ungehorsam gezählt werden, somit die Rolle von sozialen Bewegungen im und für den demokratischen Prozess anerkannt werden.¹⁷⁹

Auch Offe sieht mit dem Zerbröckeln der bürgerlichen Ideologie des Äquivalententauschs als Basis sozialer Gerechtigkeit das politische System und die Wirksamkeit seiner legitimatorischen Mechanismen, insbesondere mit den Mitteln von Manipulation und Repression, gefragt bei der Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse¹⁸⁰. In diesem politischen System identifiziert er institutionell verankerte Selektionsmechanismen, u.a. auf der Strukturebene, auf der festgelegt ist, was überhaupt zum Gegenstand staatlicher Politik gemacht werden kann, oder auf der Prozessebene, auf der formale Regelstrukturen

„als solche den möglichen Inhalt bzw. das mögliche Resultat des jeweiligen Prozesses (präjudizieren). Sie tun das, indem sie bestimmte Politikinhalt mit erhöhten Durchsetzungschancen ausstatten, bestimmten Interessen einen Vorsprung einräumen, ihnen zeitliche Priorität, relativ günstigere Koalitionschancen oder die Möglichkeit zum Einsatz spezifischer Machtmittel gewähren.“¹⁸¹

Offe spricht auch mit Bezug auf Agnoli von einer „Transformation parlamentarisch-repräsentativer Verfassungsorgane zu Filterinstitutionen und PR-Agenturen der Exekutive.“¹⁸² Administrative Planung nimmt im Spätkapitalismus eine immer wichtigere Rolle ein und damit in Verbindung auch die administrative Öffentlichkeitsarbeit zur Beschaffung von Massenloyalität, die sich als

176 Vgl. Habermas 1973, S. 98f.

177 Ebda. S. 101ff.

178 Vgl. Demirovic 2007, S. 102.

179 Ebda. S. 106.

180 Vgl. Offe 1980, S. 60.

181 Ebda. S. 79ff.

182 Ebda. S. 184.

demokratische Legitimation ausübt. Damit in direktem Zusammenhang steht auch jene Methodisierung des Demokratiebegriffs, die unabhängig vom jeweiligen Inhalt und dem Zustandekommen von Entscheidungen unter Demokratie nur die Methode der Entscheidungsfindung verstehen.¹⁸³ Offe spricht sich auch dagegen aus, dass dieser Methodisierung durch Partizipation begegnet werden könne, da bestimmte Formen von Partizipation von dem administrativen System durchaus gewünscht sind, zur Effizienzsteigerung und quasi als Frühwarnsystem¹⁸⁴ (man denke nur an die Proteste von Stuttgart21). Eine Partizipation, die eine tatsächliche demokratische Legitimation der Planung schaffen würde, müsste in der Lage sein, eine Art Gegenmacht zum herrschenden Konsens herauszubilden und es schaffen, dass

„die Formen der Beteiligung den Effekt haben, eine Verflüssigung der externen und internen Prämissen asymmetrischer Interessengewichtung zu bewirken, die der politischen Planung im Kapitalismus: ihrem Ursprung, ihren Verlaufsformen und daher auch ihrem Ergebnis, anhaftet.“¹⁸⁵

Eine derartige, im bestehenden institutionellen Rahmen mögliche, Partizipation sah Offe allerdings auch zum Zeitpunkt einer Hochkonjunktur von sozialen Bewegungen und Bürger_inneninitiativen nicht.¹⁸⁶

Nicos Poulantzas fasste die in den 1970er Jahren beobachtbaren Veränderungen in Ermangelung eines besseren Begriffs als autoritären Etatismus zusammen.¹⁸⁷

„Ein gesteigertes Ansichreißen sämtlicher Bereiche des ökonomisch-gesellschaftlichen Lebens durch den Staat artikuliert sich mit dem einschneidenden Verfall der Institutionen der politischen Demokratie sowie mit drakonischen und vielfältigen Einschränkungen der sogenannten »formalen« Freiheiten, die man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden.“¹⁸⁸

Die Form der politischen und repräsentativen Demokratie scheint nach Poulantzas in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus überholt zu sein, und der autoritäre Etatismus verweist sowohl auf diese politische Krise, als auch auf die des Staats, der dabei sowohl gestärkt als auch geschwächt wird.¹⁸⁹ Im Gegensatz zum faschistischen Staat handelt es sich dabei aber nicht um einen Ausnahmezustand, sondern um „die neue »demokratische« Form der bürgerlichen Republik in

183 Vgl. Offe 1980, S. 132ff.

184 Ebda. S. 127ff.

185 Ebda. S. 139.

186 Ebda. S. 151.

187 Poulantzas 2002, S. 231.

188 Ebda. S. 231ff.

189 Ebda. S. 233

der gegenwärtigen Phase.“¹⁹⁰ In dieser Phase konstatiert Poulantzas eine massive Zunahme ökonomischer Ungleichheiten, die sich nicht alleine auf die Arbeiter_innenklasse beschränkt, sondern auch bei der traditionellen Kleinbourgeoisie zum Ausschluss in großer Zahl führt, speziell bei Alten, Jungen und Frauen.¹⁹¹ Durch die Intensivierung der Ungleichheiten kommt es zu einer zunehmenden Distanz zwischen politischer und gesellschaftlicher Demokratie:

„Ökonomische, soziale und kulturelle Lebensbedingungen von weiten Teilen der Bevölkerung bleiben nicht nur weit hinter den rechtlich-politischen Vorstellungen von Gleichheit zurück. Ihre Teilnahme an den Institutionen der politischen Demokratie wird vielmehr immer problematischer.“¹⁹²

Genauer geht er auf Transformation der Rolle der öffentlichen Verwaltung und Staatsbürokratie und des politischen Parteiensystems im autoritären Etatismus ein, da aus geschichtlicher Sicht der Pluralismus politischer Parteien gegenüber der Bürokratie in einem wesentlichen Zusammenhang mit dem Funktionieren politischer Freiheiten steht.¹⁹³

Durch die immer weitergehenden ökonomischen Interventionen des Staates kommt es zu einer Verschiebung der politischen und legislativen Macht vom Parlament zur Exekutive:

„Die im Parlament verkörperte Legitimation, deren Bezugsrahmen eine universelle Rationalität war, gleitet in die Legitimation einer Ordnung der instrumentalistischen Rationalität der Effektivität über, die von Exekutive und Verwaltung verkörpert wird.“¹⁹⁴

Gesetze werden nicht mehr auf Initiative des Parlaments beschlossen, sondern treten erst nach Konkretisierung und Spezifizierung durch die Exekutive in Kraft, und sind somit nicht mehr einem vorgestellten *volonté general* verpflichtet, sondern kurzfristigen Wirtschaftsinteressen.¹⁹⁵

Verbunden mit dem Verfall des Parlaments ist auch eine Transformation der Rolle der Parteien, einer Transformation hin zu sog. Volksparteien, die offiziell keine Ideologie mehr vertreten:

„Die Parteien sind nun kaum noch Orte der politischen Formulierung und Ausarbeitung von Kompromissen und Bündnissen auf der Grundlage von mehr oder weniger präzisen Programmen, und auch kaum noch Organismen, die wirkliche repräsentative Beziehungen zu den gesellschaftlichen Massen haben. Sie sind echte Transmissionsriemen für Entscheidungen der Exekutive.“¹⁹⁶

190 Poulantzas 2002, S. 237.

191 Ebda. S. 240.

192 Ebda. S. 245.

193 Ebda. Dies gilt für Poulantzas grundsätzlich, also auch bei einem möglichen Übergang hin zu einer sozialistischen Gesellschaft und ist für ihn eine Lehre aus dem bolschewistischen Experiment. Somit kritisiert er die linksradikale Konzeption einer reinen Räte-demokratie, wie sie von Anarchist_innen und Theoretiker_innen wie bspw. Agnoli vertreten werden.

194 Ebda. S. 247.

195 Ebda. S. 258.

196 Ebda. S. 259.

Diese Entwicklung betrifft im Übrigen nicht alleine die klassischen Parteien der sog. Mitte, sondern würden aus Sicht von Poulantzas auch linke Parteien, wenn sie auf eine grundsätzliche Transformation des Staates verzichten, von der Macht des Faktischen überrollt werden.¹⁹⁷

Wie aus dem Eingangs-Zitat zu diesem Kapitel bereits ersichtlich ist, sieht auch Agnoli die derzeitige Form, die gemeinhin als demokratisch beschrieben wird, im Kern als Oligarchie an, durch den Ausschluss der *multitudo*, jenem spinozistischen Subjekt des Gemeinwesens, von der Macht, durch Abgabe mittels Repräsentation und weiters durch deren Zuspitzung auf die Exekutive.¹⁹⁸

Agnoli, der Zeit seines Lebens die „autoritären Knochen Marx und Bakunin“¹⁹⁹ zusammenbringen wollte, also eine Synthese von Anarchismus und Marxismus, sieht die Demokratie klar jenseits des Staatlichen angesiedelt, ihre Aufgabe ist die Überwindung des politischen Staates durch Massenemanzipation, um so den tatsächlichen demokratischen Zustand zu erreichen, in dem alle die Verwaltung und Regelungen ihrer eigenen öffentlichen Angelegenheiten verwirklichen.²⁰⁰

Er vermeidet dabei, wie auch Rancière, genauer auf die Beschreibung dieses Zustandes und des Wegs dorthin einzugehen, also die Formulierung einer konkreten Utopie, sondern legt sein Hauptaugenmerk auf die Negation des Bestehenden, insbesondere auf die Kritik der Politik (verstanden im klassischen, nicht im postmarxistischen Sinne), als Ergänzung der Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Dies geschieht nicht allein aus der schieren Unmöglichkeit heraus, gesellschaftliche Veränderung auf dem Reißbrett zu antizipieren, sondern ist vielmehr eine generelle Absage an die Forderung (der Herrschenden), ein Alternativmodell präsentiert zu bekommen wie eine Ware, bei der dann die scheinbar plötzlich souverän gewordenen Wähler die freie Wahl hätten, sich für Parlamentarismus oder eine andere Organisationsform der Gesellschaft zu entscheiden:

„Dieser Weg ist nicht nur nicht gangbar, er ist nicht einmal diskussionsfähig. Ein alternativer Gebrauch bestimmter Rechtsinstitute mag möglich sein; einen alternativen Gebrauch des Fetischs Ware gibt es aber nicht. Neue Perspektiven ergeben sich aus Prozessen und Erfahrungen, die zuweilen nicht ohne Härte sind und die sich nur im Kampf gegen die Formen praktisch entwickeln, die es zu überwinden und zu stürzen

197 Poulantzas 2002, S. 268.

198 Vgl. Agnoli 1998, S. 208.

199 Vgl. Agnoli 1999, S. 223

200 Vgl. Agnoli 1967, S. 49.

gilt.“²⁰¹

Im Jahr 1967 erschien das von Agnoli gemeinsam mit Peter Brückner geschaffene Werk *Die Transformation der Demokratie*. Sie hatte insbesondere für die entstehende *Ausser-parlamentarische Opposition (APO)* in Deutschland große Bedeutung, die mit der Forderung nach Demokratisierung (anfangs im Universitätsbereich) begann. Darin attestierte Agnoli eine Involutionstendenz der bestehenden Demokratie als Regierungs- und Herrschaftsform. Kurz zum Begriff der Involution:

„Involution bildet den korrekten Gegenbegriff zu Evolution. Der Terminus hat sich in der politischen Sprache der romanischen Länder eingebürgert und bezeichnet sehr genau den komplexen politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Prozess der Rückbildung demokratischer Staaten, Parteien, Theorien in vor- oder antidemokratische Formen.“²⁰²

In Bezug auf die Theorien haben wir bereits v.a. bei Habermas deren Regression behandelt, auf den Staat und seine Rolle kann nicht ausführlicher eingegangen werden. Hier nur soviel: Agnoli sah eine Involutionstendenz hin zu einem autoritären Staat rechtstaatlichen Typus im Zusammenhang mit einer allgemeineren Disziplinierungstendenz, als spezifischer Weg der parlamentarischen Demokratie, den sozioökonomischen Konflikt, dessen Basis weiterhin als Widerspruch zwischen kollektiver Produktion und individueller Aneignung und Verfügungsgewalt besteht, zu glätten und auszugleichen.²⁰³

Diese Involutionstendenz setze sich nicht gegen die alten Verfassungsformen und –normen durch, sondern versuche sich vielmehr ihrer zu bedienen.²⁰⁴

Wir finden hier erneut die Einschätzung, dass zwar alle traditionellen Einrichtungen einer Demokratie vorhanden sind und auch funktionieren, diese sich in ihrem Wesen jedoch verändert haben. Wie Haffner in seiner Rezension zu Agnolis und Brückners Buch schrieb:

„Einrichtungen, die eigentlich als Transmissionsriemen des Volkswillens nach oben dienen sollen, wirken stattdessen als Transmissionsmechanismus des Herrschaftswillens nach unten. Die Demokratie ist nicht abgeschafft, sie ist transformiert worden.“²⁰⁵

Damals machte Agnoli zwei Grundtendenzen aus, die den Grad der politischen Involution sowie der

201 Agnoli 1977, S. 133.

202 Agnoli 1967, S. 16.

203 Ebda. S. 14, S. 16.

204 Ebda. S. 18.

205 Haffner, in: Agnoli 2004, S. 213.

Möglichkeiten des Widerstandes gegen sie bestimmten: Zum einen die Weiterentwicklung des Kapitalismus vom klassischen liberalen, hin zu einem sozialen, modernisierten, der statt auf direkte Zwangsmittel wie Armee und Polizei auf paternalistische Sozialleistungen setzt, also auch die Rolle des Staates neu definiert. Diese Modernisierung findet zudem im Rahmen einer Organisation des Kapitalismus statt, in dem die freie Konkurrenz zugunsten wirtschaftlicher Profitsicherung und – ausweitung verschwindet. Die zweite Tendenz betrifft den Widerstand gegen diese oligarchische Steuerung und die Zurückweisung der großangelegten Versuche von Integration und Bestechung, und an ihrer Statt die Forderung nach weitergehender Demokratisierung.²⁰⁶ Hier geht es in erster Linie um

„die Integrität und die politische Bewusstheit der gesellschaftlich oppositionellen Klasse, die Ungebrochenheit der sie vertretenden Parteien und die Wirksamkeit einer öffentlich-publizistischen Gegenmanipulation“²⁰⁷

und eben auf der Gegenseite die Programme und Techniken des sozialen Friedens, die den gesellschaftlichen Antagonismus entkräften und die politische Opposition entweder integrieren oder isolieren sollen.

In Bezug auf seine Involutionstheorie und deren Aktualität merkte Agnoli zwanzig Jahre später an, dass sich in der Tat einiges geändert hat, was seine damalige Analyse insbesondere der Rolle des Verfassungsstaates als sozialem und integrativem Staat betraf. Nun bedeutet aber das neoliberale *Credo mehr Markt, weniger Staat* eben nicht die Rückeroberung der öffentlichen Verfügung durch die Gesellschaft, bezeichnet keineswegs den Weg von der Verstaatung der Gesellschaft hin zur gesellschaftlichen Autonomie, sondern im Gegenteil eine Rückbesinnung der politischen Klasse auf ihr eigentliches Geschäft, nämlich Gemeinwohl mit Wirtschaftswachstum gleichzusetzen.²⁰⁸

Zudem meinte Agnoli, dass die damals von ihm beobachtete Tendenz zur Involution nun im Wesentlichen abgeschlossen sei. Verifizierung dafür fand er insbesondere in der Integration des sozialen Protests der Friedens- und Ökologiebewegung, die in der Gründung der Partei Die Grünen, ihrer beginnenden Oppositions- und später auch Regierungsfähigkeit kulminierte, und der damit verbundenen erneuten Aufwertung des Parlaments.²⁰⁹

206 Vgl. Agnoli 1967, S. 24.

207 Agnoli 1967, S. 25.

208 Vgl. Agnoli 1986, S. 140ff.

209 Ebda. S. 154ff., S. 182ff.; Zu dem Wandel der Parteien am Beispiel der bundesdeutschen Grünen vgl. auch Diefurth 2000 und besonders den Sammelband von Kraushaar 1983.

4.3 Partizipation und Direktdemokratie

„Lebendig kann Demokratie nur bleiben, wenn sie durch weitgehende Mitbestimmungsrechte in allen lebenswichtigen Fragen geübt, zur alltäglichen Lebensform und selbstverständlichen Praxis wird. Freie, geheime und direkte Wahlen gehören zum notwendigen Rahmen solcher Alltagspraxis; aber sie reichen – und reichen! – bei Weitem nicht aus, Menschen davor zu bewahren, sich in die großen geschichtlichen Irrtümer autoritärer und totalitärer Systeme aktiv oder durch Duldung verwickeln zu lassen (...).“²¹⁰

Abschließend kommen wir nun noch zur Frage der Partizipation. Wie bereits gezeigt, spielt diese in linken Demokratietheorien, die sich vom Marxismus-Leninismus abgewandt haben bzw. diesem immer schon kritisch gegenüberstanden und auf der Suche nach einem demokratischen Sozialismus waren bzw. sind, eine bedeutende Rolle. Insbesondere Pateman setzte sich in den 1970ern mit dieser Frage auseinander und hob insbesondere die Bedeutung von Partizipation sowohl auf der lokalen politischen Ebene, als auch auf der ökonomischen Ebene für die Entwicklung demokratischen (Selbst-)Bewusstseins und dem Gefühl politischer Wirksamkeit auf der gesamten politischen Ebene hervor.²¹¹ Auch die Bedeutung der Nivellierung ökonomischer Statusunterschiede für eine lebendige Demokratie wird herausgearbeitet.²¹² Wichtig ist zudem ihre Unterscheidung zwischen Pseudo-Partizipation, die rein der Legitimationsbeschaffung bereits getroffener Entscheidungen dient, partieller Partizipation, bei der die letztliche Entscheidung von der höheren Instanz (Management, Regierung) getroffen wird, und voller Partizipation, bei der Entscheidungen unter tatsächlich Gleichen getroffen werden.²¹³

Auch für Negt spielt Partizipation eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung des Menschen als *zoon politikon*, als Ziel eines Lernprozesses.²¹⁴ Dafür braucht es öffentliche Räume passender Nähe und Distanz, um weder in eine individualistische Perspektive zu verfallen, noch dem Gefühl von realer Machtlosigkeit Vorschub zu leisten.²¹⁵

Die Forderung nach Partizipation wird aktuell v.a. unter dem Schlagwort *Direktdemokratie* propagiert, v.a. von rechtspopulistischer Seite. Sie sieht diese mehrheitlich nicht als Erweiterung des Bereichs des Öffentlichen, als erweiterte Demokratie in anderen Bereichen wie der Ökonomie, es geht nicht um eine kritische Infragestellung von Herrschaft und Ausbeutung wie bei den sozialen

210 Negt 2011, S. 507.

211 Vgl. Pateman 1970, S. 46.

212 Ebda. S. 48f.

213 Ebda. S. 68-71.

214 Vgl. Negt 2011, S.13.

215 Ebda. S. 507.

Bewegungen Anfang der 70er Jahre, „der Sachzwang“ der ökonomischen Logik als „historische Notwendigkeit“ wird in diesen Diskursen kaum hinterfragt, sondern vielmehr als gegeben vorausgesetzt. Somit geht es um verstärkte Möglichkeiten politischer Einflussnahme mächtiger Privater und privater Organisationen, direkt und durch Umgehung von Parteien und Parlamenten, um möglichst effizient, also handlungsfähig regieren zu können. Vorschläge wie die Direktwahl der politischen Führung machen dies mehr als deutlich, wo noch stärker als bisher der charismatische Führer anstatt konkreter Inhalte im Mittelpunkt des politischen Prozesses stehen:

„In unseren Tagen steht man vor einem Paradox: Diejenigen, die die Parole ‘Direkte Demokratie’ ausgeben – natürlich nicht eine, die in den Fabriken und an den Arbeitsplätzen zum Zuge käme, versteht sich, sondern jene, die ohne die Vermittlung der Parteien auskommt – sind ausgerechnet die Anhänger des Soft-Bonapartismus, nach deren Auffassung der leader (...) von einem atomisierten, seiner, wenn auch bescheidenen, Mittel zu einer autonomen geistigen und politischen Produktion beraubten und wehrlos der totalen Übermacht der monopolistischen Massenmedien der Großbourgeoisie ausgelieferten Volk direkt bestimmt werden soll.“²¹⁶

Nach Rancière wäre diese heute vorgestellte Form von Direktdemokratie, die sich in mehr oder weniger regelmäßigen Volksbefragungen und -abstimmungen erschöpft, sogar ein zentraler Bestandteil dessen, was er als Postdemokratie definierte, nämlich jene konsensuelle Demokratie, die den Dissens abschafft, indem sie vorgibt, die Gesamtheit der öffentlichen Meinung erfassen und berechnen zu können und mit dem Volk ident zu setzen:

„Nichts kann sich von nun an mehr unter dem Namen des Volkes ereignen außer der Auszählung von Meinungen und Interessen seiner genau zählbaren Teile.“²¹⁷

Und auch Offe betonte bereits Anfang der 70er Jahre die Bedeutung von Volksbefragungen für die Bindung passiver Loyalität:

„Der Widerspruch zwischen der höchst begrenzten prognostischen Tauglichkeit und der häufigen und extensiven Verwendung des Instruments der politischen Umfrageforschung legt die Vermutung nahe, dass die Meinungsdaten, die scheinbar bloß erhoben werden sollen, in Wirklichkeit gesteuert werden. (...) Viele Befragungen im kommunalen Bereich lassen schon von ihrer primitiven methodischen Anlage her den Schluss zu, dass ihre Absicht vornehmlich im Demonstrations- und Agitationseffekt liegt; die Befragungssituation zwingt zur Beschäftigung mit einem Gegenstand, dessen kontextuelle Verpackung Alternativen ausblendet und zugleich affirmative Reaktionen konditioniert.“²¹⁸

216 Vgl. Losurdo 2008, S. 381.

217 Rancière 2010, S. 141.

218 Offe 1980, S. 148.

Crouch hingegen sieht in dem Bemühen der Politik, ihre politische Agenda aus Meinungsumfragen und Volksbefragungen abzuleiten, und dem damit verbundenen Trend zu Offenheit und Transparenz zumindest oberflächlich betrachtet die einzig positive Auswirkung des Neoliberalismus auf den Zustand der Demokratie, der jedoch durch gegenläufige Tendenzen wie einer verstärkten Sicherheits- und Geheimhaltungspolitik, insbesondere nach dem 11. September 2001, konterkariert werde.²¹⁹

Mit Agnoli, der durch sein Ableben vor dem Hype der Direktdemokratie sich dazu nicht mehr direkt äußerte, kann zudem argumentiert werden, dass es sich hierbei in erster Linie um ein Befriedungsinstrument handelt, dass als Zusatz wirken soll zur liberal-demokratischen Repräsentation auf parlamentarischer Ebene, nachdem dieses eben nicht mehr im selben Ausmaß den gesellschaftlichen Antagonismus verdecken kann wie zu Zeiten des sozialdemokratischen Konsens. Reale Gefahr des Eindringen des Antagonismus und der Verlagerung des Klassenkampfes auf die politische, staatliche Ebene scheint dabei noch weniger zu bestehen als beim parlamentarischen Prinzip, da Fragestellungen entweder von oben vorgegeben werden, oder sich zumindest in die von oben vorgegebenen Kriterien einfügen müssen. Tatsächliche Partizipation im Sinne von materieller Demokratie hingegen würde, wie bereits mit Habermas in Kapitel 4.2 angemerkt, den Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts ins Bewusstsein bringen, woran den Herrschenden nicht gelegen sein kann und daher in dieser Form wohl kaum von oben umgesetzt werden wird.

4.4 Resümee des Theorieteils

Wir haben in den vorigen Kapiteln gesehen, dass der jetzige Zustand sowohl von marxistischer wie postmarxistischer²²⁰ Position aus nicht als tatsächlich demokratisch benannt wird, als Annäherung an das Ideal der möglichst breiten Partizipation aller an den sie betreffenden Entscheidungen bei weitgehend gleichen gesellschaftlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten der Einflussnahme, sondern entweder als Oligarchie mit Adjektiven, als autoritärer Etatismus oder als Postdemokratie. Die Gründe hierfür liegen, neben bzw. aufbauend auf dem grundsätzlichen Antagonismus in einer Klassengesellschaft, dem Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung, bei unterschiedlicher Akzentsetzung, in der Abtrennung der Politik als autonomer

219 Vgl. Crouch 2008, S. 23.

220 Aus Platzgründen musste auf die Darstellung postmarxistischer Positionen verzichtet werden. Vgl. hierzu bspw. Mouffe 2007 und Laclau/Mouffe 2012.

Sphäre von den anderen Sphären der Gesellschaft und in ihrer zusätzlichen Entwertung insbesondere in den letzten Jahrzehnten durch die dominante Sphäre der Ökonomie, in der Ersetzung des Politischen als Streit durch die Politik als Konsens der Eliten, und den damit verbundenen institutionellen und psychosozialen Auswirkungen und Veränderungen.

Die sie durchlaufenden Veränderungen der neuesten Geschichte, jene Erfahrungen der Involution der Demokratie, wie sie begrifflich insbesondere bei Agnoli entwickelt wurden und die er in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als Tendenz sah und später als abgeschlossenen Prozess, aber auch bei Rancière in sogar teils identischen Begriffen entwickelt werden,²²¹ rechtfertigen es, von dem aktuellen Zustand als postdemokratisch zu sprechen, wenn damit nicht eine simple Zeiteinteilung nach dem Augenblick der Demokratie gemeint ist, wie sie Crouch vorschlägt und damit suggeriert, dass die weitestgehende Annäherung an das Ideal der Demokratie bereits existiert hätte, sondern eine Abschaffung bzw. Ersetzung des Politischen, des Streits durch den Konsens (der Eliten) und der Selbstbeschränkung der Politik bzw. Polizei in Rancières Begrifflichkeiten auf den minimalen Spielraum innerhalb der ökonomischen Logik, die über Wohlstand oder Elend entscheiden soll.

Die Rechtfertigung liegt schon allein in dem dahinterliegenden Bestreben, nach den Entwicklungen nach 1989 wieder ein Begriffsinstrumentarium zu entwickeln, das die demokratischen Leidenschaften wiedererwecken soll, dass es ermöglicht, über den bestehenden Zustand hinaus eine Vision von Demokratie zu entwickeln, die sich nicht in den von ökonomischen Notwendigkeiten diktierten Entscheidungen gewählter RepräsentantInnen erschöpft, und ebenso wenig die repräsentative Zwickmühle einfach durch direktdemokratische, besser gesagt plebiszitäre Elemente zu bereichern sucht, wo sie eher als Schaden für das *kratos* des *demos* denn als Bereicherung auszufallen scheint.

Im folgenden empirischen Teil der Arbeit werden nun die bereits vorgestellten Quellen dahingehend untersucht, welchem Diskurs von Demokratie sie anhand der vorgestellten Inhalte, Methoden, Konzepte und aktuellen Problemen der Demokratie Vorschub leisten durch explizite Nennung bzw. weitergehende Erklärungen, und was aus dem Diskurs ausgeklammert bleibt.

221 Vgl. Ranciere 2010, S. 154.

5. EMPIRISCHER TEIL: DIE SCHULBUCHANALYSE

Im folgenden Teil werden nun die Quellen anhand der beschriebenen Methodik bearbeitet, um herauszufinden, welches Wissen zu Demokratie im staatlichen Diskurs präsent ist und welches marginalisiert wird oder unerwähnt, also nicht sagbar ist. Zu Beginn jedes Kapitels wird zuerst eine Tabelle stehen, die die Ergebnisse der quantitativen Analyse anhand des Analyserasters veranschaulicht. Im zweiten Schritt werden die auf diese Weise entdeckten Diskursfragmente genauer analysiert, um herauszuarbeiten, welche Aussagen in den Diskursfragmenten zum Demokratie-Diskursstrang getroffen werden. Unterschieden wird dabei zwischen einem Diskurs, der sich auf die formelle Demokratie bezieht, und einem, der sich auf eine substanzielle bzw. materielle Form von Demokratie bezieht.

In der formellen Demokratie ist der Wahlakt das zentrale Merkmal sowie Wesen und Inhalt, darüber hinausgehende Partizipation wird, abgesehen von direktdemokratischen Mitteln wie Volksbegehren und Volksabstimmung nicht thematisiert. Diese Form von Direktdemokratie wird nach Pateman als Scheinpartizipation gewertet, da es sich hierbei zum einen auch wieder nur um Wahlen mit thematischem Bezug handelt und die Fragestellung von oben vorgegeben wird, die Befragten dabei wieder nur Objekte bleiben und keinen tatsächlichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung, noch weniger aber auf die Umsetzung derselben haben. Andere Methoden als Wahlen kommen in diesem Konzept nicht in Betracht.

Weitere Voraussetzungen als die regelmäßige Durchführung von freien, gleichen und geheimen Wahlen werden, abgesehen von grundsätzlicher (wirtschaftlicher) Stabilität des Systems, nicht genannt. Die Parteien sind in dieser Vorstellung von Demokratie die zentralen bzw. einzigen tatsächlich handelnden Akteure, es herrscht eine strenge Trennung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre, und das Ziel ist die Erreichung eines Konsens der gewählten Eliten. Das Konzept von Volk ist, wenn es überhaupt erläutert wird, jenes des mit sich selbst identen, einheitlichen Staatsvolkes. Die Geschichte der Demokratie wird als lineare Entwicklung von der antiken über die amerikanische Demokratie bis hin zur aktuellen repräsentativen, liberalen Demokratie als vorläufiger Höhepunkt dargestellt.

In der substanziellen Demokratie wird zumindest partielle bis hin zu voller Partizipation als bedeutender Bestandteil des Konzepts genannt, Wahlen bilden weder den wesentlichen Inhalt, noch die alleinige demokratische Methode. Voraussetzungen für das Funktionieren einer Demokratie wie

weitgehende Gleichheit des ökonomischen Status werden thematisiert. Parteien sind Teilnehmer unter anderen im demokratischen Prozess und dienen der Interessensaggregation. Daneben wird aber auch der Zivilgesellschaft und demokratischem Protest von unten Raum geboten. Eine Begrenzung des Verhandelbaren auf eine eng gefasste politische Sphäre findet nicht statt, Ziel ist der Streit gegensätzlicher gesellschaftspolitischer Positionen und Visionen. Die geschichtliche Entwicklung der Demokratie wird weniger als linearer, quasi notwendiger Verlauf dargestellt, sondern als gesellschaftliche Auseinandersetzung über unterschiedliche Interessenlagen des Volkes. Der Begriff Volk wird nicht notwendigerweise mit dem Staatsvolk ident gesetzt, sondern auch sein sozialer Gehalt wird thematisiert.

Die letzte Kategorie fasst unter Postdemokratie jene Veränderungen und kritischen Punkte zusammen, die im krisentheoretischen Teil dargestellt wurden. Hier geht es um die Frage, ob bzw. welche dieser Punkte im Schulbuch thematisiert werden. Dabei geht es allein um Entwicklungen, welche die Demokratie von Innen heraus bedrohen, Gefahren von Außen durch Extremismus fallen nicht in diesen Diskurs.

Im Kategorienraster finden sich ebendiese Definitionen, es müssen dabei nicht alle davon vollständig erfüllt sein, um ein Diskursfragment in eine der genannten Kategorien einordenbar zu machen. Ohnehin wird in der anschließenden Diskursanalyse das Fragment genauer unter die Lupe genommen und begründet, warum das jeweilige Fragment in den jeweiligen Diskurs eingeordnet wurde.

In einem weiteren Kapitel werden zudem noch jene Fragmente eingeordnet, die zwar relevant für das Thema der Arbeit sind, aufgrund fehlender expliziter Bezugnahme aber nicht einordenbar sind in einen Diskurs über Demokratie. Fragmente, die sowohl für einen formellen als auch einen substanziellen Diskurs über Demokratie geeignet erscheinen, werden quantitativ im Raster bei beiden vermerkt, allerdings nur in letzterem diskursanalytisch bearbeitet. Dies passiert deshalb, weil es letztlich darum geht, herauszufinden, was anhand der Quellen sagbar ist, und der substanzielle Diskurs in den zu Beginn formulierten Thesen als weitgehend ausgeklammert aus dem offiziellen Diskurs angenommen wurde.

Dadurch soll sich ein Gesamtbild über den Demokratie-Diskurs in den verwendeten Quellen ergeben, sozusagen die Erzählung von Demokratie, die durch die Quellen befördert wird, und die Themenblöcke, auf die sich die unterschiedlichen Diskurse stützen. Aufgrund der

Gegenüberstellung der beiden am häufigsten verwendeten Lehrwerke soll aber auch eine Aussage hinsichtlich der unterschiedlichen Quantität und Qualität dieser in Bezug auf das Thema der Arbeit getroffen werden können. Aufgrund der Gegenüberstellung werden die Diskursfragmente der Reihe nach, wie sie in den Büchern gefunden wurden, präsentiert. Begonnen wird mit der Reihe *Zeitbilder*, danach wird auf die Reihe *Geschichte Oberstufe (GO)* eingegangen. Im Resümee wird noch einmal genauer auf die thematischen Schwerpunkte der jeweiligen Diskurse eingegangen.

5.1 Der formelle Demokratie-Diskurs

Reihe, Band	Anzahl	Fundstellen
Zeitbilder, Bd. 5	3	S. 24-25; S. 26-27; S. 28-29
Zeitbilder, Bd. 6	2	S. 67; S. 69-71
Zeitbilder, Bd. 7	5	S. 45; S. 48; S. 54; S. 56f.; S. 124f.
Zeitbilder, Bd. 8	12	S. 8-11; S. 18ff.; S. 22, S. 26f.; S. 28ff. S. 34; S. 36-38; S. 42-45; S. 46; S. 50f.; S. 52f.; S. 86
GO, Bd. 5	5	S. 134-136; S. 147; S. 148; S. 150; S. 162
GO, Bd. 6	1	S. 131
GO, Bd. 7	6	S. 12; S. 13; S. 101; S. 110; S. 114; S. 153
GO, Bd. 8	3	S. 111-113; S. 136; S. 172

Das erste für den formellen Demokratie-Diskurs relevante Diskursfragment aus der Reihe *Zeitbilder* im Band 5 beschäftigt sich thematisch mit dem politischen System Österreichs. Dabei wird Österreich als parlamentarische Demokratie benannt, mit Wahlen als zentralem Element der politischen Teilnahme. Parteien werden explizit als die wesentlichen Akteure der Politik benannt, weiters werden noch Medien, diversen Interessensgruppen und Vereinen Einfluss auf das politische Leben zugebilligt, wobei auch der Hinweis nicht fehlt, dass sich dennoch jeder Mensch in seinem persönlichen Umfeld betätigen kann. Ein Schaubild zeigt die unterschiedlichen politischen Ebenen des Systems und die Methode seiner Wahl.²²² Daran anschließend finden sich diverse Arbeitsaufträge zur Analyse des Schaubildes, in denen die Schüler_innen sich mit dem dargestellten politischen System auseinandersetzen sollen. Zudem findet sich ein zweites Schaubild, das Möglichkeiten persönlicher Beteiligung zeigt, durch Teilnahme in einem Verein, einer politischen

²²² Vgl. Zeitbilder 5, S. 24.

Vorfeldorganisation, einer NGO oder für karitative Zwecke, jedoch wird politische Partizipation und deren Bedeutung grundsätzlich nicht thematisiert.²²³ Dieses Fragment fällt aufgrund seines Fokus auf Wahlen und Parteien in die Kategorie des formellen Demokratie-Diskurses.

Das darauf folgende Diskursfragment hat das Thema des Wählens ab 16 und setzt sich mit dem Interesse von Jugendlichen an Politik auseinander, wobei in einem Diagramm zu Beginn klar gemacht wird, dass dieses nur sehr mäßig vorhanden ist. Es folgen Statistiken zu den Vor- und Nachteilen und zur Zustimmung zur Wahlalterssenkung, sowie Arbeitsaufträge, sich mit diesen Statistiken auseinanderzusetzen.²²⁴ Auch dieses Fragment ist mit seinem Fokus auf Wahlen Teil des formellen Demokratie-Diskurses.

Das letzte für diesen Diskurs relevante Fragment im Band 5 stellt die historische attische Demokratiekonzeption der gegenwärtigen österreichischen gegenüber.²²⁵ Da dieses Fragment sowohl für einen formellen als auch substanziellen Diskurs geeignet scheint, wird es genauer im Kapitel zum substanziellen Demokratie-Diskurs behandelt.

Das erste für den formellen Demokratie-Diskurs relevante Fragment in den Zeitbildern 6 beschäftigt sich mit der amerikanischen Revolution und der Verfassungsgebung im Zuge derselbigen. Der Auszug aus der *Unanimous Declaration of the Thirteen United States of America* stellt fest, dass das nicht näher definierte Volk sich eine Regierung gibt und das Recht hat, diese auch wieder abzuändern oder abzuschaffen.²²⁶ Im Kapitel zur Verfassung wird die Gewaltenteilung erwähnt und die darauf fußenden drei Säulen der Regierung, die auch in einem Schaubild dargestellt werden. Die demokratische Methode der Wahl kommt dabei klar zum Ausdruck. Ein Arbeitsauftrag bietet aber zumindest den Schüler_innen die Möglichkeit, die Unabhängigkeitserklärung um fehlende demokratische Ideen zu ergänzen.²²⁷ Dennoch handelt es sich hierbei aufgrund der Zentralität von Wahlen um einen formellen Demokratie-Diskurs.

Das nächste und letzte für diesen Diskurs relevante Fragment des sechsten Bandes der *Zeitbilder* hat die Französische Revolution als Inhalt. Darin wird die Krise der alten Gesellschaft beschrieben und der Aufstieg des dritten Standes, mit einem Auszug aus der Flugschrift von Abbé Sieyès, zudem ein

223 Vgl. Zeitbilder 5, S. 25.

224 Ebda. S. 26.

225 Ebda. S. 28f.

226 Vgl. Zeitbilder 6, S. 66.

227 Ebda. S. 67.

Arbeitsauftrag, in dem das Revolutionäre an den Forderungen aus ihr herauszuarbeiten ist.²²⁸ Danach wird auf die Menschenrechtserklärung eingegangen, mit Auszügen zur rechtlichen Gleichheit, der Meinungsfreiheit und dem Widerstandsrecht.²²⁹ Anschließend wird die Verfassung vom 3. September 1791 dargestellt, das Schaubild dazu zeigt das System mit der Methode der Wahl.²³⁰ Auch für dieses Fragment gilt aufgrund der Zentralität der Methode der Wahl, dass es sich um einen formellen Demokratie-Diskurs handelt.

Das erste relevante Fragment im Band 7 der Zeitbilder bildet jenes zu den Parteien in der ersten österreichischen Republik. Hier wird auf die Verfassung von 1920/1929 eingegangen und anhand eines Schaubildes dargestellt, wie das politische System funktionierte, im Zentrum steht klar die Methode der Wahl.²³¹

Das Fragment zur Radikalisierung der Innenpolitik²³² hingegen bietet die Anschlussmöglichkeiten sowohl an einen formellen als auch substanziellen Demokratie-Diskurs, somit wird es ausführlicher im Folgekapitel dargestellt.

Das Fragment zur gescheiterten Demokratie hingegen zeigt einen klar formellen Demokratie-Diskurs mit seinem Fokus auf die letzten freien Wahlen, die als einzig relevanter Inhalt von Demokratie im Mittelpunkt stehen.²³³

Ein weiteres Fragment zur Gefährdung der Demokratie²³⁴ beschäftigt sich mit aktuellen Problemlagen und wird daher ausführlicher im Kapitel zum postdemokratischen Diskurs dargestellt, es begünstigt mit einem überwiegenden Fokus auf Wahlen und Parteien einen formellen Demokratie-Diskurs.

Im darauf folgenden und letzten relevanten Fragment im Band 7 wird auf den Unterschied zwischen parlamentarischer und sog. Volksdemokratie eingegangen, wobei erste im Wesentlichen charakterisiert wird durch ein Mehrparteiensystem, während letztere als Ein-Parteien-Herrschaften

228 Vgl. Zeitbilder 6, S. 69.

229 Ebda. S. 70.

230 Ebda. S. 71.

231 Vgl. Zeitbilder 7, S. 45.

232 Ebda. S. 48.

233 Ebda. S. 54.

234 Ebda. S. 56f.

unter Führung der KP dargestellt werden.²³⁵ Der Fokus liegt hier klar auf Wahlen und Parteien, somit auf einem formellen Demokratie-Konzept.

Im ersten relevanten Fragment des achten Bandes der *Zeitbilder* zum Wiederentstehen Österreichs wird auf die ersten freien Wahlen und die Konzentrationsregierungen im Jahre 1945 eingegangen, dazu findet sich auch ein Arbeitsauftrag, in dem sich die Schüler_innen über Vor- und Nachteile einer derartigen Regierungsform Gedanken machen sollen.²³⁶ Aufgrund des Fokus auf Wahlen und Parteien handelt es sich hierbei um ein Fragment für einen formellen Demokratie-Diskurs.

Das nächste relevante Fragment beschäftigt sich mit der ersten großen Koalition und dem Beginn der Sozialpartnerschaft. Erwähnt wird auch der Streik anlässlich des 4. Lohn-Preis-Abkommens und auf die Frage eingegangen, ob es sich hierbei um einen kommunistischen Putschversuch gehandelt habe, was nicht eindeutig beantwortet wird. Der Historiker Ernst Hanisch wird an dieser Stelle zitiert:

„Sie [die KPÖ] sah die Chance, über Massenunruhen wieder ins politische Spiel zu kommen, verlorene Positionen in der Gewerkschaft und in der Regierung zurückzuerobern. Genau das war aber auch die Chance von Regierung und Gewerkschaft. Sie antwortete auf die KPÖ-Agitation mit der Parole: Die Kommunisten planen einen Putsch; sie wollen in Österreich eine Volksdemokratie einführen.“²³⁷

Der Historiker Rathkolb hingegen verneint eine derartige Planrichtung der KPÖ explizit.²³⁸ Aufgrund des Fokus auf Parteien(koalitionen) einerseits und der Diskussion des politischen Streiks als quasi antidemokratisches Mittel andererseits ist auch dieses Fragment dem formellen Demokratie-Diskurs zuzuordnen.

Das nächste Fragment zu Alleinregierungen und der Ära Kreisky²³⁹ ist sowohl dem formellen als auch dem materiellen Demokratie-Diskurs zuzuordnen und wird im Folgekapitel genauer behandelt. Selbiges gilt auch für das Fragment zu den Koalitionen der 1980er und 1990er Jahre.²⁴⁰

Das Fragment über den EU-Beitritt Österreichs bis in die Gegenwart beschäftigt sich neben den im

235 Vgl. *Zeitbilder* 7, S. 124f.

236 Vgl. *Zeitbilder* 8, S. 8-11.

237 Hanisch, in: *Zeitbilder* 8, S. 19.

238 Vgl. Rathkolb, in: *Zeitbilder* 8, S. 19.

239 Vgl. *Zeitbilder* 8, S. 22

240 Ebda. S. 26f.

Zuge des Beitritts notwendig gewordenen Sparpaketen v.a. mit der politischen Wende hin zu einer ÖVP-FPÖ-Koalition.²⁴¹ Diese wird als Wende von einer konsensorientierten Verhandlungsdemokratie zu einer konfliktorientierten Wettbewerbsdemokratie dargestellt.²⁴² Dies würde aufgrund der Erkenntnisse im theoretischen Teil der Arbeit für einen materiellen Demokratie-Diskurs sprechen, und politischer Protest wird auch thematisiert.²⁴³ Allerdings wird dieser Wettbewerb im Zeichen der Postdemokratie in erster Linie über Personen geführt, und sehr viel weniger über politische Inhalte, aufgrund der konstatierten Annäherungen der politischen Parteien an eine sog. gesellschaftliche Mitte. Deshalb und aufgrund des starken Fokus auf Wahlen und Parteien wird auch dieses Fragment dem formellen Demokratie-Diskurs zugeordnet.

Der Text zu Politik in Theorie und Alltag könnte Anknüpfungspunkte sowohl an einen materiellen, als auch an einen formellen Demokratie-Diskurs bieten. Ersteren durch Zitate, die Politik als Kampf definieren, z.B.: „Politik ist Kampf um die rechte Ordnung.“²⁴⁴ Oder auch: „Politik ist der Kampf um die Veränderung oder Bewahrung bestehender Verhältnisse.“²⁴⁵ Zweiteres wird allerdings eindeutiger festgelegt, indem in Bezug auf heutige Politik der Machtbegriff folgendermaßen definiert wird:

„In einer Demokratie kann man diese Macht durch periodisch wiederkehrende Wahlen erlangen. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von politischen Gestaltungsmöglichkeiten.“²⁴⁶

Der Text zu Österreich als parlamentarischer Demokratie wiederum bietet klare Anknüpfungspunkte an den formellen Demokratie-Diskurs aufgrund seiner klassisch minimalistischen Demokratie-Definition:

„Die Demokratie ist in Österreich formal schon dadurch garantiert, dass klare Regeln der Machtbestellung, der Machtkontrolle und der Machtablösung bestehen. (...) Die Beherrschten bestimmen selbst, wer sie auch tatsächlich beherrscht. Zumindest theoretisch bestimmen sie, nach welchen Regeln und mit welchen Zielen dies geschieht. In diesem Sinn ist Österreich eine Demokratie.“²⁴⁷

Dasselbe gilt für den Text über die Parteien der zweiten Republik. Zu Beginn wird Kelsen zitiert, der die Notwendigkeit von politischen Parteien für eine Demokratie hervorhebt,²⁴⁸ sowie der Artikel

241 Vgl. Zeitbilder 8, S. 28.

242 Ebda. S. 29.

243 Ebda.

244 Suhr, in: Zeitbilder 8, S. 34.

245 Krockow, in: Zeitbilder 8, S. 34.

246 Zeitbilder 8, S. 34.

247 Pelinka, in: Zeitbilder 8, S. 36.

248 Vgl. Kelsen, in: Zeitbilder 8, S. 42.

In der österreichischen Verfassung, der diese als wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung benennt.²⁴⁹ Zudem bietet er auch Anknüpfungspunkte an einen Diskurs über Postdemokratie.

Das Fragment zur Sozialpartnerschaft²⁵⁰ ist sowohl für einen formellen als auch substanziellen Demokratie-Diskurs geeignet und wird im Folgekapitel behandelt. Dasselbe trifft auf den Text zu Selbstverwaltung und Zivilgesellschaft zu.²⁵¹

Auch das daran anschließende Fragment mit Interviews von dem Journalisten Michael Völker und dem ehem. Bundespräsidenten Heinz Fischer zur Frage der direkten Demokratie definiert diese klar in einem formellen Demokratie-Diskurs, reduziert auf Volksbefragungen und -abstimmungen. Der daran anschließende Arbeitsauftrag, in dem die Schüler_innen herausarbeiten sollen, was unter direkter und repräsentativer Demokratie verstanden wird, verstärkt dies zusätzlich.²⁵² Völker spricht sich für eine stärkere Einbindung direkt-demokratischer Elemente aus, auch wenn er die damit verbundenen Gefahren sieht:

„Das Volk sei nicht qualifiziert genug, um komplexe Entscheidungen treffen zu können. Es sei leicht vom Boulevard (...) beeinflussbar und von den Demagogen verführbar. (...) Tatsächlich kratzen die Modelle, die ÖVP, Grüne oder FPÖ zur Diskussion gestellt haben, an den Grundfesten der repräsentativen Demokratie. (...) Die Frage ist: Was kann dem Volk zugemutet (...) werden? Mehr als jetzt jedenfalls.“²⁵³

In dem letzten für diesen Diskurs relevanten Text über den Vergleich politischer Systeme werden die Grundlagen der westlichen Demokratien dargestellt. In Bezug auf Partizipation wird klargestellt, dass diese durch Wahlen passiert. Bei der daran anschließenden Unterscheidung zwischen repräsentativer und direkter Demokratie wird erneut direkte Demokratie auf Volksentscheide durch Wahlen reduziert.²⁵⁴ Auch hier haben wir es klar mit einem Fragment zu tun, dass dem formellen Demokratie-Diskurs zuzuordnen ist.

Im Band 5 der Reihe *GO* in dem kompakten Block zu Demokratie und Recht finden sich alle relevanten Fragmente für das Thema der Arbeit. Einführend finden sich einige Arbeitsaufträge für

249 Vgl. Zeitbilder 8, S. 42.

250 Ebda. S. 46.

251 Ebda. S. 50.

252 Ebda. S. 53.

253 Völker, in: Zeitbilder 8, S. 52.

254 Vgl. Zeitbilder 8, S. 86.

die Schüler_innen, die einerseits einen starken Fokus auf Wahlen und Parteien haben, andererseits aber auch auffordern, sich mit gegenwärtigen Problemen wie sog. Demokratieverdrossenheit und Demokratieunzufriedenheit auseinanderzusetzen.²⁵⁵ Somit ist dieser Einstiegsteil zum einen für einen formellen Demokratie-Diskurs anschlussfähig, zum anderen auch für einen zur Thematisierung aktueller Problemlagen.

Das nächste relevante Fragment über die *Bill of rights* gibt Ausschnitte derselben wieder, wobei zentral die freien Wahlen der Mitglieder des Parlaments sowie die Rede- und Debattenfreiheit im Parlament hervorgehoben werden.²⁵⁶ Dies eignet sich wieder für einen formellen Demokratie-Begriff.

Der nächste Text setzt sich mit der Entwicklung der modernen Demokratie im Zuge der amerikanischen Revolution auseinander und geht kurz auf die Verfassung ein, wobei zentral die Gewaltenteilung sowie das allgemeine Wahlrecht hervorgehoben werden, wobei auch hier die Exklusion großer Bevölkerungsgruppen angesprochen wird, durch die Begrenzung des Rechts auf erwachsene, männliche Weiße.²⁵⁷ Auch hier kann wieder an einen formellen Demokratie-Diskurs angeschlossen werden.

Das darauf folgende Fragment erlaubt nun einen Vergleich zwischen der attischen und amerikanischen Demokratie,²⁵⁸ ist sowohl für einen formellen als auch einen substanziellen Demokratie-Begriff geeignet, und wird somit ausführlicher im Folgekapitel dargestellt.

Das letzte für diesen Diskurs relevante Fragment zu Schuldemokratie liefert Elemente eines formellen Demokratie-Begriffs durch die Betonung der Zentralität von demokratisch gewählten Entscheidungsgremien für eine demokratische Schule, wie es im Auszug aus der *Europäischen Charta für eine demokratische Schule ohne Gewalt* heißt.²⁵⁹

Im Band 6 der Reihe GO findet sich nur ein Fragment zu den aktuelleren Umbrüchen in der arabischen Welt,²⁶⁰ das sowohl einem formellen als auch substanziellen Diskurs zugeordnet werden

255 Vgl. GO 5, S. 134-136.

256 Ebda. S. 147.

257 Ebda. S. 148.

258 Ebda. S. 150.

259 Ebda. S. 162.

260 Vgl. GO 6, S. 131.

kann und wird im Folgekapitel behandelt.

Im ersten relevanten Fragment des siebten Bandes der Reihe, das sich mit dem Übergang von Demokratien zu Diktaturen beschäftigt, wird das allgemeine gleiche Wahlrecht als wesentlicher Inhalt von Demokratie genannt.²⁶¹ Somit eignet sich dieses Fragment für den formellen Demokratie-Diskurs.

Das daran anschließende Fragment bietet Erklärungsversuche für den Untergang von Liberalismus und Demokratie anhand von Zitaten von zwei Historikern, Eric Hobsbawm und Michael Howard. Hobsbawm hebt v.a. den Kollaps der Werte und auch Institutionen der liberalen Zivilisation hervor, und betont, dass diese damals ausschließlich von der politischen Rechten bedroht wurden. Die Werte beinhalten u.a.:

„(...) die Hinwendung zu einer konstitutionellen Regierungsform mit frei gewählten Regierungen und repräsentativen Parlamenten, die die Rechtsstaatlichkeit garantierten; und ein allgemein anerkannter Grundbestand von Bürger- und Freiheitsrechten, die Redefreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit eingeschlossen.“²⁶²

Howard betont v.a. den ökonomischen Kollaps und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit sowie die Attraktivität der kommunistischen Alternative für die Arbeiter_innenklasse und viele Intellektuelle, während diese von den besitzenden Klassen als Bedrohung aufgefasst wurden und sie faschistische Bewegungen unterstützen ließ.²⁶³ Dieses Fragment lässt sich nicht klar einordnen. Einerseits werden bei den Werten jene genannt, die v.a. für einen formellen Demokratie-Diskurs anschlussfähig sind, andererseits können Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie diskutiert werden, wobei der Fokus auf eine bestimmte historische Situation einen Aktualitätsbezug schwierig werden lässt. Somit wird dieses Fragment nur unter dem formellen Demokratie-Begriff eingeordnet.

Auch im Text zur Demokratie in Österreich, mit der Darstellung desselben in einem Schaubild und dem Fokus auf die Verfassung von 1920, wird klar ein formeller Demokratie-Begriff entwickelt, da die Institutionen im Mittelpunkt stehen und die Methode der Wahl. Auch der Arbeitsauftrag verdeutlicht dies, da die Schüler_innen dabei die Rolle der Bürger_innen anhand des Schaubildes

261 Vgl. GO 7, S. 12.

262 Hobsbawm, in: GO 7, S. 13.

263 Ebda.

herausarbeiten sollen, die nur in den Wahlen der verschiedenen Ebenen liegen kann.²⁶⁴

Der nächste Text setzt sich mit der neuen Parteienlandschaft in Österreich nach 1945, deren Positionen und der Proporzdemokratie auseinander. Ein Arbeitsauftrag verlangt von den Schüler_innen zudem, die damalige Parteienlandschaft mit der heutigen zu vergleichen.²⁶⁵ Aufgrund des Fokus auf Parteien wird dieses Fragment dem formellen Demokratie-Diskurs zugeordnet.

Dasselbe gilt für das Folgefragment, welches die Alleinregierungen behandelt. Hier wird auf die Regierung Klaus und Kreisky eingegangen, wobei auch die beginnende Studentenbewegung kurz erwähnt wird,²⁶⁶ allerdings mit dem Verweis auf ein Folgekapitel, also an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt.

Das letzte relevante Fragment dieses Bandes zum Thema Partizipation in Österreich²⁶⁷ liefert sowohl Möglichkeiten für einen formellen als auch substanziellen Diskurs, wird also im Folgekapitel genauer behandelt.

Im letzten Band der Reihe *GO* finden sich ein Fragment zur Debatte um Postdemokratie und multipler Demokratie, worin einleitend klar gemacht, was der Inhalt von Demokratie zu sein hat:

„Demokratie bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger eines Staates in freier und fairer Wahl bestimmen, wer sie regiert.“²⁶⁸

Zwei weitere Fragmente sind sowohl dem formellen als auch dem substanziellen Demokratie-Diskurs zuzuordnen, werden also im Folgekapitel genauer behandelt.

264 Vgl. GO 7, S. 101.

265 Ebda. S. 110.

266 Ebda. S. 114.

267 Ebda. S. 153.

268 GO 8, S. 136.

5.2 Der substanzielle Demokratie-Diskurs

Reihe, Band	Anzahl	Fundstellen
Zeitbilder, Bd. 5	3	S. 20-23; S. 28-29; S. 30
Zeitbilder, Bd. 6	1	S. 175
Zeitbilder, Bd. 7	3	S. 48; S. 158; S. 167
Zeitbilder, Bd. 8	6	S. 23; S. 26f.; S. 47; S. 50f.; S. 136; S. 154
GO, Bd. 5	4	S. 138f.; S. 142; S. 150; S. 162
GO, Bd. 6	2	S. 129; S. 131
GO, Bd. 7	5	S. 22f.; S. 118; S. 142; S. 145-147; S. 154
GO, Bd. 8	5	S. 66; S. 91-93; S. 112; S. 136-138; S. 170f.

Das erste relevante Diskursfragment für den substanziellen Demokratie-Diskurs aus der Reihe *Zeitbilder* aus dem Band 5 beschäftigt sich mit der Entwicklung der attischen Demokratie.

Hierbei wird der soziale Konflikt zwischen den aufstrebenden Gruppen der Großgrundbesitzer und des Geldadels einerseits und der Masse an Kleinbäuer_innen als Hauptursache für die Verfassungsreform unter Solon angeführt, die neben Schuldenerlass auch den rechtlichen Gleichheitsgrundsatz einführte, allerdings auch die politischen Rechte der Reichen erweiterte und die Besitzlosen von der Regierung ausschloss. Zu diesem Thema gibt es den Arbeitsauftrag für Schüler_innen, über die Abhängigkeit der politischen Mitbestimmung von der Steuerleistung zu diskutieren.²⁶⁹

Daran anschließend wird der Übergang in die *tyrannis* unter besprochen, die sich auf die besitzlosen Bauern stützen konnte, welche durch Solons Reformen keine Besserung ihrer Lebensverhältnisse erreicht hatten und mit einer Landreform befriedet wurden.²⁷⁰

Danach wird die Weiterentwicklung der Demokratie unter Kleisthenes veranschaulicht, durch die auch Besitzlose in die Regierung gelost werden konnten, hier findet das Losverfahren im demokratischen Prozess erstmals Erwähnung. Vom Losverfahren ausgenommen war einzig die Funktion des militärischen Oberbefehlshabers. Auch das Scherbengericht zur Verhinderung einer erneuten *tyrannis* wird kurz genannt. Ein Schaubild zeigt daran anschließend die Struktur der Verfassung von Solon und die Verbindung von Volk (aufgeteilt in vier Klassen), Volksversammlung,

²⁶⁹ Zeitbilder 5., S. 20.

²⁷⁰ Ebda.

dem Volksgericht und dem Rat der 400.²⁷¹

Der Höhepunkt der attischen Demokratie wird unter Perikles gesehen, der einen sog. Sozialstaat in Athen etablierte, in dem für politische Tätigkeiten Diäten eingeführt und so die Ämter auch für Besitzlose de facto geöffnet wurden, sowie allgemein sozialstaatliche Maßnahmen bis hin zu aktiver staatlicher Beschäftigungspolitik eingeführt wurden. Auch hier findet sich wieder ein Arbeitsauftrag, bei dem die Schüler_innen dazu angeregt werden, sich mit sozialen Voraussetzungen für eine Demokratie auseinanderzusetzen.²⁷²

Das Demokratieverständnis von Perikles wird mit einem Zitat aus Thukydides dargelegt:

„Mit Namen heißt sie Volksherrschaft, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf eine größere Zahl gestellt ist. Vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich. Das Ansehen eines Bürgers wird durch seine Leistung und nicht durch seine Herkunft bestimmt. (...) Unsere Bürger kümmern sich um Staatsangelegenheiten genauso wie um ihre Geschäfte; denn in Athen hält man einen Mann, dem die Politik gleichgültig ist, nicht für einen ruhigen Bürger, sondern für einen unnützen Menschen. Unser Volk urteilt und entscheidet selbst in allen politischen Fragen.“²⁷³

Dabei wird allerdings auch darauf hingewiesen, dass diese größere Zahl keineswegs die Mehrheit der in Athen lebenden Menschen umfasste, sondern von schätzungsweise 300.000 Personen höchstens 40.000 Männer über 20 Jahre das volle Bürgerrecht genossen. Im Anschluss an das Zitat findet sich ein Arbeitsauftrag, in dem die Ansprüche an den einzelnen Bürger in der attischen Demokratie unter Perikles herausgearbeitet werden sollen, sowie die konkreten Eigenschaften der Verfassung unter Perikles.²⁷⁴

Danach findet sich erneut ein Schaubild, dass die Funktionsweise der Demokratie unter Perikles veranschaulichen soll, mit einer Darlegung der Methoden der Besetzung der Ämter durch Los oder Wahl, sowie jenen Gruppen, die von dieser Demokratie ausgeschlossen waren.²⁷⁵

Das Diskursfragment schließt mit zwei unterschiedlichen Einschätzungen der attischen Demokratie. Bengtson meint, dass die attische Demokratie zwar dem Volk de jure die Herrschaft des gesamten öffentlichen Lebens übertragen wurde, de facto aber nur die Adelligen, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, sich der Politik als Lebensaufgabe widmen konnten und so einen wirklichen Einblick in deren Funktionsweise bekamen.²⁷⁶ Für Rüstow hingegen ist die attische Demokratie unter Perikles die „vollkommene Selbstverwirklichung wahrhaft liberaler

271 Vgl. Zeitbilder 5, S. 21.

272 Ebda. S. 21.

273 Thukydides, in: Zeitbilder 5, S. 22.

274 Vgl. Zeitbilder 5, S. 22.

275 Ebda. S. 23.

276 Vgl. Bengtson, in: Zeitbilder 5, S. 23.

Demokratie.“²⁷⁷

Daran anschließend finden sich noch Arbeitsaufträge, in denen sich die Schüler_innen mit diesen unterschiedlichen Meinungen auseinandersetzen sollen, die politischen Rechte den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zuordnen sollen, und mit Bezug auf die Gegenwart die Rechte, Pflichten und soziale Lage von Zugewanderten im heutigen Österreich diskutieren sollen.²⁷⁸

Dieses Fragment scheint aufgrund seiner Thematisierung sozialer Voraussetzungen von Demokratie, seiner Thematisierung sozialer Konflikte innerhalb des Volkes sowie seiner expliziten Nennung von Methoden abseits vom Wahlakt geeignet, eine Form von substanzieller Demokratie zu diskutieren.

Das nächste für das Thema relevante Fragment stellt nun die Demokratie-Konzeptionen vom antiken Athen und gegenwärtigen Österreich gegenüber. Hierbei finden sich verschiedene Zitate zu beiden Systemen, die hier nur auszugsweise wiedergegeben bzw. zusammengefasst werden können. Der Historiker Kahrstedt kritisiert an der attischen Demokratie, dass nicht die besten Ansichten im Volk siegten, sondern jene, die sich auf die Instinkte der Masse beriefen, sowie den Zugang, den Staat als Versorgungsinstrument quasi auszunutzen, und die hohe Gefahr von Bestechlichkeit von Amtspersonen.²⁷⁹

Pseudo-Xenophon äußert in seinem Zitat das Misstrauen und die Ablehnung der Demokratie durch die Reichen und Gebildeten, da das einfache Volk durch Armut und Mangel an Bildung und Erziehung zur Schlechtigkeit tendiere.²⁸⁰

Weiss stellt in seinem Zitat die direkte und die repräsentative Demokratie gegenüber:

„Man kann sich diese Modelle anhand einer Skala vorstellen, an deren Enden auf der einen Seite die reine Repräsentative Demokratie steht und auf der anderen die reine Direkte Demokratie. Im ersten Fall wählt das Volk seine Regierung auf bestimmte Zeit und lässt sie dann ohne jeglichen weiteren Input bis zu den nächsten Wahlen arbeiten. Der zweite Fall (...) ist im modernen Staat nicht zu realisieren, weil sie dafür stünde, dass das Volk jede einzelne Entscheidung per Abstimmung zu treffen hat (...).“²⁸¹

Er nennt auf der informellen Ebene neben Meinungsumfragen auch Demonstrationen als direkt-demokratische Instrumente.²⁸²

Ein weiteres Zitat vom amerikanischen Politikwissenschaftler Barber definiert eine starke Demokratie als jene, in der die Bürger_innen sich selbst regieren mittels Partizipation, nicht

277 Rüstow, in: Zeitbilder 5, S. 23.

278 Vgl. Zeitbilder 5, S. 23.

279 Vgl. Kahrstedt, in: Zeitbilder 5, S. 28.

280 Vgl. Pseudo-Xenophon, in: Zeitbilder 5, S. 28.

281 Weiss, in: Zeitbilder 5, S. 28.

282 Ebda.

notwendigerweise immer und auf allen Ebenen, aber ausreichend häufig, wobei als Mittel neben unterschiedlichen Abstimmungsformaten auch ein landesweites Netz von Nachbarschaftsversammlungen vorgeschlagen wird.²⁸³

Am Ende des Fragments finden sich wieder diverse Arbeitsaufträge, darunter jene, mithilfe derer sich die Schüler_innen mit den Merkmalen und Vor- bzw. Nachteilen von direkter und repräsentativer Demokratie auseinandersetzen sollen.²⁸⁴

Dieses Fragment scheint geeignet, sowohl einen formellen als auch einen substanziellen Demokratiebegriff zu entwickeln, da zwei unterschiedliche Systeme gegenübergestellt werden und auch gegenwärtige Partizipation sowie ihre Bedeutung thematisiert werden. Durch die Möglichkeit, einen substanziellen Diskurs zu fördern, also durch die Sagbarkeit desselben, wird das Fragment auch in letzterem eingeordnet.

Das letzte für das Thema der Arbeit relevante Fragment in diesem Band beschäftigt sich mit der Gesellschaft und dem Recht in der attischen Polis. Darin wird noch einmal auf die Eigenheiten der attischen Demokratie eingegangen, wie dem Ausschluss von Metöken_innen und Frauen aus dem politischen Leben. Es wird aber auch erneut auf den Gegensatz von repräsentativer und direkter Demokratie eingegangen und letztere genauer erklärt:

„Die etwa vierzig Volksversammlungen pro Jahr dauerten zumeist einen ganzen Tag. Jeder Bürger hatte dabei das Recht auf freie Rede sowie das Recht Anträge zu stellen. Abgestimmt wurde entweder durch Handheben oder geheim (...). Freilich war es gerade den Bauern zur Erntezeit nicht immer möglich, an diesen im Freien abgehaltenen Versammlungen teilzunehmen.“²⁸⁵

Dieses Fragment kann aufgrund der Thematisierung von Partizipation und von sozialen Voraussetzungen für Demokratie für einen Diskurs über materielle Demokratie dienen.

In den Zeitbildern 6 findet sich nur ein für diesen Diskurs unter Vorbehalten brauchbares Fragment, dieses behandelt die Entstehung der modernen Massenparteien. Dabei wird ein Auszug aus dem Hainfelder Programm geboten, dass u.a. folgende Passage beinhaltet:

„Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form von Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie (die Partei, Anm. d. Verf.) das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper

283 Vgl. Barber, in: Zeitbilder 5, S. 29.

284 Vgl. Zeitbilder 5, S. 29.

285 Zeitbilder 5, S. 30.

mit Diätenbezug anstreben.“²⁸⁶

Dieses Fragment scheint zumindest geeignet, über materielle Voraussetzungen von Demokratie zu diskutieren, auch wenn der Fokus der Partizipation auf Parteien beschränkt bleibt. Es wäre sogar möglich, damit einen Diskurs über heutige Probleme der Demokratie anzustreben, wobei dafür zumindest ein Arbeitsauftrag nötig wäre, der einen Gegenwartsbezug herstellt.

Im Band 7 der Reihe *Zeitbilder* findet sich das erste für diesen Diskurs relevante Fragment zur Radikalisierung der österreichischen Innenpolitik in der Zwischenkriegszeit und zitiert u.a. Auszüge aus dem Linzer Programm der Sozialdemokratie:

„Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Eroberung der Herrschaft in der demokratischen Republik, nicht um die Demokratie aufzuheben, sondern um sie in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen (...), um dem Großkapital und dem Großgrundbesitz die in ihrem Eigentum konzentrierten Produktions- und Tauschmittel zu entreißen und sie in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes zu überführen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie ausüben. Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung (...) widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“²⁸⁷

Dieses Fragment eignet sich dazu, über Voraussetzungen für eine funktionsfähige Demokratie zu diskutieren sowie über ein Konzept von sowohl formeller als auch materieller Demokratie.

Das letzte Hauptkapitel des siebten Bandes der Reihe *Zeitbilder* beschäftigt sich schließlich mit den vielfältigen sozialen Protest-Bewegungen. Das erste Fragment beschreibt die Protestbewegung der 1968er. Ihr antiautoritärer Charakter wird hervorgehoben und neben anderen Themen und gesellschaftlichen Zielen wird genannt: „Das Ziel war: mehr gesellschaftliche Gleichstellung durch basisdemokratische Beteiligung.“²⁸⁸ Hier wird Partizipation von unten ebenso thematisiert wie neue soziale Bewegungen als demokratische Akteure und Protest als demokratische Methode, woraus sich ein materielles Demokratie-Konzept ableiten lässt. Ähnliches gilt auch für den Text zu den Umweltbewegungen.²⁸⁹

286 *Zeitbilder* 6, S. 175.

287 Frass, in: *Zeitbilder* 7, S. 48.

288 Ebda. S. 158.

289 Ebda. S. 166f.

Das erste relevante Fragment für den substanziellen Demokratie-Diskurs in den *Zeitbildern* 8 findet sich zur Alleinregierungen und der Ära Kreisky. Dieses Fragment ist sowohl dem formellen als auch dem materiellen Demokratie-Diskurs zuzuordnen, da einerseits ein starker Fokus auf Parteien, Regierung und Wahlen gelegt wird,²⁹⁰ andererseits aber auch die Bewegungen um das AKW Zwentendorf thematisiert werden, die Bürger_inneninitiativen und Vorläufer der Grünen und deren Wirkung auf den demokratischen Prozess.²⁹¹

Selbiges gilt auch für das Fragment zu den Koalitionen der 1980er und 1990er Jahre. Auch hier stehen einerseits natürlich Wahlen, Parteien und Regierungskoalitionen im Vordergrund,²⁹² andererseits wird die Umweltbewegung und der Kampf um die Hainburger Au thematisiert und ein Arbeitsauftrag fordert die Schüler_innen auf, sich mit zivilem Ungehorsam auseinanderzusetzen.²⁹³

Das Fragment zur Sozialpartnerschaft bietet ebenso Möglichkeiten, sowohl einen formellen als auch einen materiellen Demokratie-Begriff zu diskutieren. Ersteres durch die Sozialpartner an sich, in denen weiterhin die Parteien durch ihre Mitglieder die dominanten Akteure bleiben.²⁹⁴ Letzteres durch den Arbeitsauftrag, bei dem sich die Schüler_innen mit Formen des Arbeitskampfes beschäftigen sollen.²⁹⁵

Dasselbe trifft auf den Text zu Selbstverwaltung und Zivilgesellschaft zu. Während unter ersterem keine basisdemokratischen Konzepte verstanden werden, sondern schlicht die Ebenen des Staates, die mit Recht zur Selbstentscheidung und Selbstverantwortung durch eigene Organe ausgestattet sind, also bspw. die Gemeinden,²⁹⁶ wird zweitens direkt der sog. Zuschauerdemokratie gegenübergestellt. Die Rolle von Bürger_inneninitiativen, die seit den 1970ern auch in Österreich vermehrt auftreten, wird folgendermaßen definiert:

„Diese Menschen sind davon überzeugt, dass Politik nicht nur *von oben* gesteuert und von einer (Parteien-)Elite ausgeübt werden darf. Ihr Ziel ist immer noch: Weg von einer *Zuschauerdemokratie*, in der die Mehrheit der Bevölkerung nur passiv politische Entscheidungen zur Kenntnis nimmt, und hin zu selbst organisiertem, politischem Handeln.“²⁹⁷

290 Vgl. *Zeitbilder* 8, S. 22.

291 Ebda. S. 23.

292 Ebda. S. 26f.

293 Ebda. S. 26f.

294 Ebda. S. 46.

295 Ebda. S. 47.

296 Ebda. S. 50.

297 Ebda. S. 51.

Dass neben der Würdigung von solchen zivilgesellschaftlichen Initiativen die direkte Demokratie v.a. in Form von den klassischen Mitteln der Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Volksbegehren in staatlicher Form gewährleistet gesehen wird, führt uns wieder zurück zum formellen Demokratie-Diskurs.²⁹⁸

Im Fragment zu Herausforderungen der Gegenwart wird Ulrich Brand zitiert zu der *Occupy-Bewegung*, die er v.a. dadurch ausgezeichnet sieht, dass sie politische Repräsentation generell in Frage gestellt hat.²⁹⁹ Hier kann neben den aktuellen Problemlagen auch an einen Diskurs über materielle Demokratie über die Frage von Repräsentation und Partizipation angeknüpft werden.

Das letzte relevante Fragment, das zu Mediendemokratie Inhalte liefert, kann sowohl für einen Diskurs über das postdemokratische Phänomen, als auch für einen Diskurs über materielle Demokratie dienen. Zweiteres kann thematisiert werden durch die vorgestellte Rolle der sozialen Medien, die neue Formen von Partizipation und Widerstand ermöglichen.³⁰⁰ Diese Möglichkeiten wurden ihnen durch die Ereignisse, die als Arabischer Frühling bekannt wurden, zugeschrieben.

Das erste im Band 5 der Reihe GO relevante Fragment beschäftigt sich mit der Entwicklung der Demokratie in Athen. Dabei wird der Bogen von Solon über Kleisthenes bis hin zu Perikles geschlagen. Bei Solon wird der zarte Beginn von Mitsprache für bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt gestellt:

„Mithilfe einer neuen Verfassung verteilte er die politische Macht neu: Entsprechend ihrem Besitz und dem Vermögen, sich für den Krieg zu rüsten, erhielten männliche freie Bürger mehr oder weniger Mitspracherecht. Die hohen Ämter standen z.B. nur den Angehörigen der ersten Klasse offen, das Wahl- und Stimmrecht jedoch erhielten alle freien athenischen Männer. Frauen, Fremde, Kinder, Sklavinnen und Sklaven hatten keine Bürgerrechte. Die Adeligen hatten das Privileg der Rechtssprechung. Außerdem führte Solon, zum ersten Mal in der Geschichte, ein einheitliches, gleiches Recht für alle Bürger ein.“³⁰¹

Bei Kleisthenes wird v.a. hervorgehoben, dass er die Macht des Adels zerschlug durch eine Neuaufteilung der Verwaltungsbezirke (und dadurch seine eigene Macht festigte). Zudem wird die Neuaufwertung der Volksversammlung, des *Rats der 500*, genannt und das Scherbengericht zur

298 Vgl. Zeitbilder 8, S. 51.

299 Ebda. S. 136.

300 Ebda. S. 154.

301 GO 5, S. 138.

Eingrenzung des Machthungers Adelige³⁰².

Bei Perikles wird der weitere Ausbau der Demokratie besprochen und auch das Losverfahren angesprochen, wenn auch nicht begründet. Zudem wird aber auch die weiterhin vorherrschende Macht der Adligen in Form der Führer der Volksversammlungen thematisiert und die schmale Basis der attischen Demokratie, die sich auf 5-10% der Bevölkerung stützte.³⁰³

Abschließend werden noch einmal die zentralen Elemente der Demokratie in Athen dargestellt. Es wird das Majoritätsprinzip genannt, ebenso die Form der direkten Demokratie im Sinne der persönlichen Teilnahme aller Wahlberechtigten an den Abstimmungen und das Losverfahren zur Auswahl der Amtsträger. Zudem werden Vorzüge und Nachteile dieser Staatsform genannt, wie die Gewährleistung individueller Freiheit und Durchsetzungschancen ohne Abhängigkeit von Stand und Einkommen. Aus Sicht der Gegner wird thematisiert, dass der Großteil der Bevölkerung aufgrund mangelnder Bildung für Mitbestimmung ungeeignet sei, sie leicht zu verführen oder käuflich seien, und dass der Freiheitsdrang sich auf andere Lebensbereiche ausweiten würde.³⁰⁴ Insgesamt eignet sich dieses Fragment aufgrund des Fokus auf volle Partizipation der Wahlberechtigten, der Thematisierung sozialer Voraussetzungen sowie der Nennung alternativer demokratischer Methoden durchaus für einen materiellen Demokratie-Begriff.

Dasselbe gilt für das folgende kurze Fragment, in dem anhand einer Textquelle von Herodots Verfassungsdebatte die Arbeit mit Textquellen geschult werden soll. Folgender Auszug ist dabei relevant:

„Die Herrschaft des Volkes aber hat vor allem schon durch ihren Namen – Gleichberechtigung aller – den Vorzug; zweitens aber tut sie nichts von all dem, was ein Alleinherrscher tut. Sie bestimmt die Regierung durchs Los, und diese Regierung ist verantwortlich; alle Beschlüsse werden vor die Volksversammlung gebracht. So meine ich denn, das wir die Alleinherrschaft abschaffen und das Volk zum Herrscher machen; denn auf der Masse beruht der ganze Staat.“³⁰⁵

Ein weiteres Fragment des Bandes erlaubt nun einen Vergleich zwischen der attischen und amerikanischen Demokratie, wobei die direkte attische der repräsentativen amerikanischen kurz gegenübergestellt wird. Zudem wird thematisiert, welche demokratischen Elemente von ersterer in letztere übernommen wurden, wie das Mehrheits- und Rotationsprinzip. Auch Vorzüge und Defizite werden thematisiert. Als einer der Vorzüge der Demokratie wird die John Locke zugeschriebene Vorstellung der tatsächlichen Gleichstellung aller Menschen genannt, während als alleiniges Defizit

³⁰² Vgl. GO 5, S. 138.

³⁰³ Ebda. S. 139.

³⁰⁴ Ebda.

³⁰⁵ Herodot, in: GO 5, S. 142.

der Ausschluss der afro-amerikanischen und indigenen Bevölkerung thematisiert wird.³⁰⁶ Dieses Fragment eignet sich aufgrund der Gegenüberstellung von direkter und repräsentativer Demokratie sowohl für einen formellen, als auch für einen materiellen Demokratie-Diskurs. Bedeutender sind allerdings noch die Arbeitsaufträge dazu, die eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichen. Im ersten Arbeitsauftrag sollen die Abschnitte zur attischen und amerikanischen Demokratie verglichen werden, anhand von Punkten wie den Grundlagen der Gleichheitsidee, der Art der Demokratie und der demokratischen Elemente, den Ausweitungen der Rechte oder den Vorzügen und Defiziten aus zeitgenössischer Sicht. Im zweiten Arbeitsauftrag sollen die Schüler_innen sich selbstständig über die Demokratieentwicklung im heutigen Österreich informieren.³⁰⁷

Der letzte für diesen Diskurs relevante Text setzt sich mit dem Thema der Schuldemokratie auseinander und scheint gut geeignet für die Thematisierung eines materiellen Demokratie-Begriffs, aufgrund der Thematisierung der Mitbestimmung über Wahlen hinausgehend und einer Kritik an der Reduktion des Demokratiebegriffs:

„Demokratie wird allgemein als Mitbestimmungsrecht des Volkes definiert, aber oft auf die Wahl von Parlament und staatlichen Amtsträgerinnen und Amtsträgern reduziert. Doch Demokratie ist auch das Recht, das Umfeld und den eigenen Lebensraum mitzugestalten, um bessere Lebensbedingungen zu schaffen.“³⁰⁸

Das erste im Band 6 der Reihe GO relevante Fragment über friedliche Revolutionen mit dem Fokus auf die ehem. DDR bietet Anschluss an einen Diskurs über materielle Demokratie, mit der Herausarbeitung der Bedeutung von politischem Protest und Massendemonstrationen auf einen autoritären Staat sowie die Individuen selbst:

„Das erwachende Selbstbewusstsein der Protestierenden, die Angst vor Polizeigewalt, die Aufbruchstimmung, die beklemmende Ungewissheit über den Demonstrationsausgang – und schließlich das begeisternde Erlebnis von Solidarität und Mitmenschlichkeit.“³⁰⁹

Ähnliches gilt für das zweite und letzte in diesem Band relevante Fragment über die Umbrüche in

306 Vgl. GO 5, S. 150.

307 Ebda.

308 Ebda. S. 162.

309 GO 6, S. 129.

der arabischen Welt, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Bandes noch Anlass zur Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung gaben. Auch hier stehen die Proteste im Mittelpunkt sowie die Forderungen der Protestierenden nach mehr Freiheit, Gleichheit und Demokratie. Demokratie wird in diesem Textfragment allerdings auch klar auf freie Wahlen und freie Meinungsäußerung festgelegt,³¹⁰ insofern bietet dieses Fragment sowohl für einen formellen als auch für einen materiellen Demokratie-Begriff Anknüpfungspunkte.

Das erste relevante Fragment des siebten Bandes der Reihe *GO* setzt sich mit jenen Ländern auseinander, in denen faschistische Strömungen erfolglos blieben. Dies wird v.a. damit begründet, dass dort die demokratischen Regierungen bestimmte Prinzipien des Liberalismus aufgaben und Elemente des Sozialismus übernahmen, und sich auf diese Weise der Wohlfahrtsstaat herausbildete. Dieses Fragment eignet sich für einen materiellen Demokratie-Begriff aufgrund seines Fokus auf Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie.

Das nächste relevante Fragment beschäftigt sich mit Protest als demokratischem Mittel. Am Ende dieser Entwicklung steht zwar erneut eine Partei – die Grünen – es wird aber auch von einer Änderung des Demokratieverständnisses in Österreich im Zuge der Proteste in Hainburg gesprochen.³¹¹ Hier kann ein Diskurs über materielle Demokratie ansetzen, durch die Thematisierung der Bedeutung von Protest für eine Demokratie.

Auch das Folgefragment, das sich mit dem Themenkreis Emanzipation und Zivilgesellschaft beschäftigt, fällt in diese Kategorie. In einem Interview mit der Politikwissenschaftlerin Rosenberg wird der Frage nachgegangen, ab wann man Menschen als emanzipiert einstufen könne, und dabei wird von ihrer Seite betont, dass es dafür soziale Rahmenbedingungen brauche, die es überhaupt erst erlauben, emanzipiert leben zu können.³¹² Auch der Hinweis auf die Definition von Zivilgesellschaft ist hier relevant:

„Unter Zivilgesellschaft versteht man in erster Linie jenen Bereich der Gesellschaft, der nicht staatlich-(partei-)politisch ist, sondern sich freiwillig und öffentlich in gesellschaftlichen und politischen Fragen engagiert.“³¹³

310 Vgl. *GO* 6, S. 131.

311 Vgl. *GO* 7, S. 118.

312 Vgl. Rosenberg, in: *GO* 7, S. 142.

313 Ebda.

Zudem werden auch neben Wahlen andere politische Aktivitäten wie ziviler Ungehorsam als wichtiges politisches Korrektiv betont.³¹⁴ Dieses Fragment kann also dem materiellen Demokratie-Diskurs zugeordnet werden aufgrund des Fokus auf politisches Engagement außerhalb von Parteien und der Thematisierung sozialer Voraussetzungen für Demokratie.

Ebenso das Fragment über Außerparlamentarische Opposition (APO) und Studentenbewegung passt in diese Kategorie. Es wird thematisiert, dass diese Bewegungen mithilfe der Provokation die traditionellen Herrschaftsverhältnisse überwinden wollten,³¹⁵ und die Student_innen des Pariser Mai 1968 sich nach Regeln der direkten Demokratie organisierten.³¹⁶ Ebenso werden die Folgen bzw. Wirkungen dieser Bewegungen als gesellschaftliche Liberalisierung und kritischem Umgang mit Autoritäten benannt.³¹⁷

Der letzte relevante Text beschäftigt sich mit der Rolle der Partizipation in Österreich und stellt fest, das bis in die 1960er Jahre diese auf Teilnahme an Wahlen beschränkt war und stellt dann neue Instrumente der Partizipation vor, die sich allerdings selbst wieder auf Wahlen beschränken, nämlich die bekannten Formen von Volksbefragung, -begehren und -abstimmung.³¹⁸ Da diese bestenfalls partielle, wenn nicht Scheinpartizipation sind, müsste dieses Fragment dem formellen Demokratie-Diskurs zugeordnet werden. Allerdings werden in einem weiteren Schritt auch neue Beteiligungsformen thematisiert, in denen Bürger_innen außerhalb der traditionellen Institutionen politisch wirksam wurden, als Beispiel wird das *Lichtermeer* 1993 genannt.³¹⁹ Somit kann dieses Fragment auch dem materiellen Demokratie-Diskurs zugeordnet werden.

Im ersten relevanten Fragment im Band 8 der Reihe *GO* zu den Umbrüchen im arabischen Raum, damals noch hoffnungsvoller als Revolutionen bezeichnet, werden vom Politikwissenschaftler Gene Sharp diverse Formen gewaltlosen Widerstands aufgelistet, die im Gegensatz zum Guerrillakampf eher die Möglichkeit einer Transformation eines autoritären Regimes in eine Demokratie bieten. Dabei werden vielseitige Möglichkeiten von Besetzungen und sozialem Ungehorsam bis hin zum Generalstreik thematisiert.³²⁰ Aufgrund des Fokus auf vielseitige demokratische Methoden kann dieses Fragment einem materiellen Demokratie-Begriff zugeordnet werden.

314 Vgl. GO 7, S. 143.

315 Ebda. S. 145.

316 Ebda. S. 146.

317 Ebda. S. 147.

318 Ebda. S. 153.

319 Ebda. S. 154.

320 Sharp, in: GO 8, S. 66.

Dasselbe trifft für das Fragment über *Occupy* als Protest der Zivilgesellschaft zu. Darin wird zum einen die Bewegung an sich sowie ihre Aktionsformen als sozialer Protest dargestellt, zum anderen werden auch die Hintergründe thematisiert:

„Die Protestierenden traten gegen die zunehmende soziale und ökonomische Ungleichheit und den großen Einfluss von Konzernen und Lobbyisten auf und forderten eine Politik, die die Interessen der breiten Bevölkerung respektieren sollte.“³²¹

Dazu wird auch einer der Initiatoren, der Ethnologe David Graeber, interviewt, der den Fokus bei *Occupy* auf das Experimentieren mit Möglichkeiten direkter Demokratie legt, die über klassische Formen staatlicher direkter Demokratie hinausgeht.³²² Und auch ein Protestforscher, Simon Teune, wird zu den Hintergründen befragt, der die aktuellen Probleme der repräsentativen Demokratie in den Mittelpunkt stellt:

„Die Leute haben das Gefühl, dass die Demokratie nicht mehr richtig funktioniert und große Konzerne oder die Finanzmärkte zunehmend bestimmen, welche Entscheidungen getroffen werden.“³²³

Dazu gibt es auch passende Arbeitsaufträge, bei denen die dargestellte Bewegung bspw. mit anderen sozialen Bewegungen verglichen werden soll.³²⁴ Insgesamt eignet sich dieses Fragment also sowohl als Anknüpfungspunkt an einen materiellen Demokratie-Diskurs, als auch an einen Diskurs über das Phänomen Postdemokratie.

Das Fragment zum politischen System in Österreich hingegen verrät schon im Zwischentitel, Wahlen und Wählen – Kennzeichen einer Demokratie, wo es einordenbar ist. Dabei wird auf das Wahlrecht in Österreich eingegangen³²⁵ und auf Parlament und Parlamentarismus.³²⁶ Dabei werden aber auch andere Formen demokratischer Beteiligung erörtert, und auch auf unkonventionelle Formen eingegangen, wie bspw. Demonstrationen und Bürger_inneninitiativen.³²⁷ Insofern ist dieses Fragment sowohl dem formellen als auch dem materiellen Demokratie-Diskurs zuzuordnen

Ein weiteres Fragment zur Postdemokratie wurde bereits kurz erwähnt beim formellen Demokratie-Diskurs aufgrund seiner inhaltlichen Festlegung von Demokratie auf freie und faire Wahlen. Es

321 Vgl. GO 8, S. 91.

322 Vgl. Graeber, in: GO 8, S. 92.

323 Teune, in: GO 8, S. 93.

324 Vgl. GO 8, S. 93.

325 Ebda. S. 111.

326 Ebda. S. 113.

327 Ebda. S. 112.

wird aber eben auch auf den Begriff der Postdemokratie, wie ihn Crouch geprägt hat, eingegangen, in dem die Macht bei privilegierten Eliten liege und Politiker_innen von Sachzwängen Getriebene seien, das demokratische System nur noch Fassade sei.³²⁸ Dem wird die multiple Demokratie von Paul Nolte gegenübergestellt, der v.a. neue Formen der Partizipation und Mitsprache ins Feld führt, wobei eingeräumt wird, dass diese v.a. von der besser situierten Mittelschicht getragen werden.³²⁹ Insgesamt eignet sich dieses Fragment somit für alle drei Kategorien.

Das letzte relevante Fragment beschäftigt sich mit den neuen technischen Möglichkeiten und ihr Verhältnis zur Demokratie, wobei wieder Facebook und Twitter im Zusammenhang mit den Umbrüchen im arabischen Raum genannt werden. Dabei wird der Ausschnitt einer Rede von Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, abgedruckt:

„Natürlich verändert die Nutzung von Social Media die Kommunikation, die Organisation, die Struktur, vor allem auch die Geschwindigkeit und die Öffentlichkeit von Protesten. (...) Dadurch werden aber die bisher wichtigen Elemente von Protest oder Revolution weder ersetzt noch überflüssig. Weiterhin bedarf es der Präsenz auf der Straße (...) und die digitale Vernetzung wirkte bisweilen wie ein Brandbeschleuniger. (...) Das ist nun im Prinzip nichts Neues, sondern die digitalisierte Version der alten basisdemokratischen Idee – eine diskursive Aushandlung von Positionen im (...) herrschaftsfreien Raum.“³³⁰

Dazu gibt es den Arbeitsauftrag an Schüler_innen, den Begriff Basisdemokratie zu ermitteln.³³¹ Zudem werden auch die Partei *Die Piraten* dargestellt, die im Zuge der digitalen Revolution die Möglichkeit der Weiterentwicklung von Demokratie durch gestärkten Mitbestimmungsmöglichkeiten sehen.³³² Daneben wird aber auch der Kommentar von Stefan Schulz aus der FAZ abgedruckt, der sich mit folgendem Satz gegen die Euphorie verstärkter Partizipation wendet: „Erfolgreiche Politik wird nicht mit den Bürgern gemacht, sondern für sie.“³³³ Somit kann auch dieses Fragment wieder sowohl für einen formellen als auch materiellen Demokratie-Begriff dienen.

328 Vgl. GO 8, S. 136.

329 Ebda.

330 Krüger, in: GO 8, S. 170f.

331 Vgl. GO 8, S. 171.

332 Ebda. S. 172.

333 Schulz, in: GO 8, S. 172.

5.3 Der Diskurs zur Postdemokratie

Reihe, Band	Anzahl	Fundstellen
Zeitbilder, Bd. 5	0	-
Zeitbilder, Bd. 6	0	-
Zeitbilder, Bd. 7	1	S. 56f.
Zeitbilder, Bd. 8	3	S. 44; S. 136; S. 154
GO, Bd. 5	1	S. 135
GO, Bd. 6	0	-
GO, Bd. 7	1	S. 12
GO, Bd. 8	3	S. 91-93; S. 118; S. 136f.

Das erste für den postdemokratischen Diskurs relevante Fragment taucht erst in den *Zeitbildern* 7 auf und handelt von den aktuellen Gefährdungen der Demokratie. Dabei werden neben extremistischen und terroristischen Gruppen allgemein, sowie rechtsextremen Einstellungen im Besonderen auch Wirtschaftskrisen, große soziale Gegensätze und Populismus angesprochen, neben einer allgemeinen Politik- und Parteienverdrossenheit.³³⁴ Dies sind teilweise vereinfachte Punkte, die auch hier im theoretischen Teil eine Rolle spielten. Dieses Fragment lässt also einen Diskurs über gegenwärtige Problemlagen der Demokratie zu. Zudem stützt es mit einem überwiegenden Fokus auf Wahlen und Parteien einen formellen Demokratie-Diskurs.

Das nächste Fragment findet sich im Band 8 der Reihe *Zeitbilder* als Anknüpfungspunkt für gegenwärtige Problemlagen der Demokratie durch die Feststellungen zum Transformationsprozess der Parteien in sog. Allerweltparteien oder Volksparteien,³³⁵ wie es auch im Theorieteil der Arbeit ausgearbeitet wurde, damit zusammenhängend zur Frage von Volksabstimmungen:

„Ein Reflex der Parteien auf die Schwierigkeit, Gegenwartsprobleme zu lösen, besteht augenscheinlich darin, politische Entscheidungen in Form von Volksabstimmungen zunehmend den Wählern selbst zu überantworten. (...) Was die Bevölkerung im Grunde mehr wünscht, als eine Ja-Nein-Demokratie, sind klare Orientierungen, politischer Vorausblick und die Erkennbarkeit von Konzepten.“³³⁶

Ein weiteres Fragment im selben Band beschäftigt sich mit den Herausforderungen der Gegenwart. Darin wird bspw. Stephane Hessel zitiert, der zum Thema folgendes meint:

³³⁴ *Zeitbilder* 7, S. 56f.

³³⁵ Vgl. *Zeitbilder* 8, S. 44.

³³⁶ IMAS 2011, in: *Zeitbilder* 8, S. 44.

„Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es so weit gebracht hat, Frieden und Demokratie zu gefährden.“³³⁷

Das letzte relevante Fragment in diesem Band, das zu Mediendemokratie Inhalte liefert, kann für einen Diskurs über das postdemokratische Phänomen durch die Thematisierung von Inszenierung und Personalisierung von Politik dienen:

„Unter Mediendemokratie versteht man, dass sich die Politik immer mehr an den Wünschen und Vorgaben von Massenmedien orientiert. (...) Ein anderes Kennzeichen von Mediendemokratie ist die Inszenierung von bestimmten Ereignissen, wie beispielsweise von Wahlkampfauftritten. (...) Gefährlich wird diese Entwicklung dann, wenn diese Inszenierungen die politischen Inhalte in den Hintergrund drängen. (...) Eine Folge der Personalisierung, Inszenierung und Dramatisierung von Politik durch die Medien ist die Konzentration auf einige wenige Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker und Themen, die für das Publikum als attraktiv eingeschätzt werden (...). Personalthemen lassen Sachthemen in den Hintergrund rücken.“³³⁸

Im Band 5 der Reihe GO im bereits erwähnten kompakten Block zu Demokratie und Recht finden sich einige Arbeitsaufträge für die Schüler_innen, die u.a. auch auffordern, sich mit gegenwärtigen Problemen wie sog. Demokratieverdrossenheit und Demokratieunzufriedenheit auseinanderzusetzen. Zusätzlich startet der Block mit einer Pro- und Conraliste zum Thema Wählen ab 16.³³⁹ Somit ist dieser Einstiegsteil für einen Diskurs zur Thematisierung aktueller Problemlagen geeignet.

Im siebten Band der Reihe GO in einem Fragment, dass sich mit dem Übergang von Demokratien zu Diktaturen beschäftigt, wird das allgemeine gleiche Wahlrecht als wesentlicher Inhalt von Demokratie genannt.³⁴⁰ Dazu gibt es aber auch einen Arbeitsauftrag, in dem die Schüler_innen sich mit den Gefahren und Herausforderungen für heutige Demokratien beschäftigen sollen, wobei neben rechts- und linksradikalen Tendenzen und Terrorismus auch die Macht der Medien und unregulierte Finanzmärkte genannt werden.³⁴¹ Somit eignet sich dieses Fragment zum einen für

337 Hessel, in: Zeitbilder 8, S. 136.

338 Zeitbilder 8, S. 154.

339 Vgl. GO 5, S. 135.

340 Vgl. GO 7, S. 12.

341 Ebda.

einen formellen Demokratie-Begriff, zum anderen für einen Diskurs über aktuelle Problemlagen der Demokratie.

Im achten Band der Reihe GO finden sich drei Fragmente, die für einen Diskurs zu Postdemokratie anschlussfähig sind. Das erste zu aktuellen Problemen der repräsentativen Demokratie aus Sicht des Protestforschers Simon Teune³⁴² wurde bereits im vorhergehenden Kapitel erwähnt.

Beim Fragment über Mediendemokratie wird die Inszenierung von Politik thematisiert und deren Folgen, wie das Zurücktreten von Inhalten und die Personalisierung von Politik, sowie die Umwandlung von politischen Themen in politische Unterhaltung.³⁴³ Auch dieses Fragment lässt sich klar dem Diskurs über Postdemokratie zuordnen.

Das letzte relevante Fragment zu Postdemokratie und multipler Demokratie³⁴⁴ wurde bereits im vorhergehenden Kapitel behandelt und ist selbstverständlich auch für den hier nachgezeichneten Diskurs relevant.

5.4 Weitere relevante nicht-zuordenbare Diskursfragmente

Reihe, Band	Anzahl	Fundstellen
Zeitbilder, Bd. 5	0	-
Zeitbilder, Bd. 6	3	S. 108f.; S. 116; S. 120
Zeitbilder, Bd. 7	6	S. 12; S. 26f.; S. 28-31; S. 153-155; S. 160f.; S. 168f.
Zeitbilder, Bd. 8	0	-
GO, Bd. 5	1	S. 143f.
GO, Bd. 6	6	S. 44; S. 110f.; S. 118; S. 122-124; S. 151f.; S. 155f.
GO, Bd. 7	3	S. 24f.; S. 103; S. 162f.
GO, Bd. 8	2	S. 45f.; S. 139-141

342 Vgl. GO 8, S. 93.

343 Ebda. S. 118.

344 Ebda. S. 136.

An dieser Stelle werden weitere thematisch relevante Diskursfragmente aus den Quelle angeführt, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in die in dieser Arbeit verwendeten Diskurse eingeordnet werden konnten.

Das erste Fragment dieser Art stammt aus den Zeitbildern 6 zum Thema Sozialismus, gibt kurz die Ideen der Frühsozialisten wieder und geht ausführlicher auf die Ideen von Karl Marx ein³⁴⁵, auch die Diktatur des Proletariats wird erwähnt, sowie die Möglichkeit von revolutionärem und evolutionärem Übergang in den Sozialismus.³⁴⁶ Die chartistische Strömung wird sehr kurz erwähnt und der Kampf der Arbeiter_innenparteien um politische Mitbestimmung, eine Verortung in einem Konzept von Demokratie findet allerdings nicht statt. Somit kann das Fragment weder einem Konzept von formaler noch materieller Demokratie zugeordnet werden, eine demokratietheoretische Auseinandersetzung oder Bezug zur Gegenwart findet nicht statt. Dasselbe gilt für das folgende Fragment zum Liberalismus³⁴⁷ und zu den Revolutionen von 1848/49, bei denen aber sowohl der Kampf ums allgemeine Wahlrecht sowie für soziale Besserstellungen ganz kurz erwähnt werden.³⁴⁸

Das nächste nicht zuordenbare Fragment stammt aus den Zeitbildern 7, relativ zu Beginn des Bandes, behandelt die Oktoberrevolution und gibt einen Auszug aus Lenins Staat und Revolution:

„Der Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne politische Übergangsperiode, und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein. Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus (...) bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, ihr Widerstand muss gebrochen werden (...).“³⁴⁹

Der Arbeitsauftrag verlangt von den Schüler_innen zwar, sich mit Lenins Verständnis der *Diktatur des Proletariats* auseinanderzusetzen, jedoch nicht mit Lenins Begriff des *Demokratismus*, eine demokratietheoretische Auseinandersetzung findet hier also nicht statt.

Dasselbe gilt zum Fragment über die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen. Es wird zwar thematisiert, dass die Krise wesentlich für die Zerstörung der Demokratie in der Weimarer Republik

345 Vgl. Zeitbilder 6, S. 108.

346 Ebda. S. 109.

347 Ebda. S. 116.

348 Ebda. S. 120.

349 Lenin, in: Zeitbilder 7, S. 12.

ausschlaggebend war und v.a. den Mittelstand in die Hände der Nazis trieb, während radikalisierte Arbeiter_innen zur KPD tendierten, aber auch hier findet sich keine Einordnung in ein Konzept von Demokratie.³⁵⁰ Ebenso betrifft dies generell die Auseinandersetzung mit den entstehenden faschistischen Regimes und den spanischen Bürgerkrieg.³⁵¹

In einem weiteren Fragment wird auf die Entwicklung der Menschenrechte eingegangen, jedoch ohne einen expliziten Bezug zu demokratietheoretischen Überlegungen.³⁵² Dasselbe gilt für den Text zur zweiten Frauenbewegung³⁵³ und zur Anti-Atom- und Friedensbewegung.³⁵⁴

Ein weiteres nicht zuordenbares Fragment aus dem fünften Band der Reihe *GO* beschäftigt sich mit der Entwicklung des Parlamentarismus in England. Die *Magna Charta* wird als feudales Dokument für den Beginn des Parlamentarismus verantwortlich gemacht. Zudem wird kurz auf die Entwicklung des Parlamentarismus im Spätmittelalter eingegangen und der zunehmenden Bedeutung des Unterhauses.³⁵⁵ Dieses Fragment eignet sich nicht unbedingt für die Entwicklung eines Demokratie-Begriffs, auch wenn der englische Parlamentarismus als ursprünglich feudale Institution benannt wird und die Rolle von Standesunterschieden kurz thematisiert wird.

Ähnlich wie in den Zeitbildern 6 findet sich auch in *GO* 6 eine Darstellung wichtiger Ereignisse auf dem Weg der Weiterentwicklung der Demokratie, wie die Französische Revolution,³⁵⁶ die Revolutionen von 1848³⁵⁷ und die beginnende Demokratisierung in Österreich,³⁵⁸ jedoch erneut ohne eine Verortung in einem Konzept von Demokratie. Somit sind diese Fragmente nicht relevant für das Thema der Arbeit.

Ein weiteres Fragment bildet der methodische Abschnitt zu einer Pro-Contra-Debatte, in dem Streit als wesentlicher Inhalt von Demokratie dargestellt wird.³⁵⁹ Allerdings bleibt auch dieses Fragment zu vage, um es einem Konzept formeller oder materieller Demokratie oder dem Themenbereich

350 Vgl. Zeitbilder 7, S. 26f.

351 Ebda. S. 28-31.

352 Ebda. S. 153-155.

353 Ebda. S. 160f.

354 Ebda. S. 168f.

355 Vgl. *GO* 5, S. 143f.

356 Vgl. *GO* 6, S. 110f.

357 Ebda. S. 118.

358 Ebda. S. 122-124.

359 Ebda. S. 44.

Postdemokratie zuzuordnen.

Dasselbe gilt für die Fragmente, die sich mit den entstehenden politischen Ideologien beschäftigen. Der Liberalismus wird als die Vision des Bürgertums benannt und ein Auszug aus John Lockes *Zwei Abhandlungen über die Regierung* argumentiert für das Majoritätsprinzip,³⁶⁰ für die liberale Ära in Österreich werden die Staatsbürgerrechte der Dezemberverfassung dargestellt und der Niedergang der Liberalen durch Ausweitung des Wahlrechts auf ärmere Schichten thematisiert.³⁶¹ Auch sozialistische Ideologien vom Frühsozialismus über Marxismus bis Anarchismus werden kurz genannt,³⁶² aber ein Zusammenhang mit der demokratischen Entwicklung wird nicht hergestellt.

Auch im siebten Band der Reihe GO finden sich einige nicht zuordenbare Fragmente. Das Fragment über das Scheitern der Weimarer Republik setzt sich mit der November-Revolution und der sog. Dolchstoß-Legende auseinander und dem politischen Mord als Mittel zur Lösung politischer Konflikte.³⁶³ Ein Konzept oder Inhalt von Demokratie wird nicht dargestellt, somit lässt es sich nicht einem Diskurs zuordnen.

Das Fragment zu Wirtschaftskrisen und Krisen der Demokratie könnte für einen materiellen Demokratie-Diskurs anschlussfähig sein, bietet aber keine inhaltlichen Punkte für denselben. Es setzt sich mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Radikalisierung der politischen Lager auseinander. In einem Arbeitsauftrag sollen die Schüler_innen zudem eine Verbindung zwischen den wirtschaftlichen Bedingungen und dem politischen und sozialen Klima damals herstellen.³⁶⁴ Hier könnte auch ein Aktualitätsbezug hergestellt werden und somit gegenwärtige Problemlagen diskutiert werden. Da es sich aber nur um eine Möglichkeit handelt und kein dementsprechender expliziter Arbeitsauftrag oder Texthinweis besteht, wird dieses Fragment nicht zugeordnet.

Das letzte Fragment behandelt den Zusammenhang von Digitalisierung und Demokratie und setzt sich kurz mit der Rolle der sozialen Netzwerke auseinander.³⁶⁵ Inhalte oder Konzepte von Demokratie werden dabei allerdings nicht genannt, somit lässt sich dieses Fragment nicht ins Schema einordnen.

360 Vgl. GO 6, S. 151.

361 Ebda. S. 152.

362 Ebda. S. 155f.

363 Vgl. GO 7, S. 24f.

364 Ebda. S. 103.

365 Ebda. S. 162ff.

Im letzten Band der Reihe GO finden sich zwei nicht einordenbare Fragmente. Das erste relevante Fragment im Band stellt die Frage, ob Russland eine Scheindemokratie ist. Dabei wird die politische Entwicklung Russlands von Gorbatschow über Jelzin bis hin zu Putin dargestellt und die Verdrängung der Wirtschaftseliten und Schwächung der Regionen durch letzteren thematisiert, sowie den weiteren Zuschnitt des politischen Systems auf seine Person.³⁶⁶ Es werden allerdings kein Konzept oder Inhalt von Demokratie geliefert, somit kann dieses Fragment nicht zugeordnet werden.

Das Fragment zu politischem Extremismus schließlich thematisiert natürlich Gefahren für die Demokratie von Außen,³⁶⁷ da die Arbeit aber auf Gefahren von Innen fokussiert, wird dieses Fragment nicht berücksichtigt.

6. RESÜMEE

Nach der Analyse der beiden Quellen lässt sich zuerst einmal feststellen, dass beide Lehrwerke in unterschiedlicher Intensität durchaus unterschiedliche Konzepte von Demokratie vorstellen und zum Teil auch diskutieren lassen. Es werden eben nicht alleine Parteien als wesentliche Akteure dargestellt, breiten Raum wird auch unterschiedlichen sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft im Allgemeinen geboten, oft aber ohne direkten Bezug zur Funktionsweise bzw. als Voraussetzung für das Funktionieren von Demokratie. Wenn hingegen von Demokratie als System gesprochen wird, stehen v.a. Parteien bzw. die Regierung im Fokus, allenfalls wird noch auf parteinahe Vereine, Kammern oder Vorfeldorganisationen verwiesen. Die Methode der Wahl ist in diesem Fall dann unumstritten. Für ein Konzept von materieller Demokratie eignen sich v.a. jene Stellen, die explizite Voraussetzungen für das Funktionieren einer Demokratie thematisieren.

Das Thema Partizipation wird breit diskutiert, sehr oft zwar beschränkt auf klassische Formen der institutionell vermittelten Partizipation wie Volksbefragungen u.ä., aber auch unkonventionellen Formen wie Protest oder Beteiligung an der Basis und im Lokalen wird Raum geboten, wobei auch hier dasselbe gilt bezgl. der Bedeutung für die Demokratie wie beim ersten Punkt.

Auch gegenwärtige Problemlagen von westlichen demokratischen Systemen werden in

³⁶⁶ Vgl. GO 8, S. 45f.

³⁶⁷ Ebda. S. 139-141.

unterschiedlicher Intensität behandelt, in *Geschichte Oberstufe* sogar mit dem Auszug eines Interviews mit Colin Crouch, der den Begriff zwar nicht prägte, aber seine Konzeption populär gemacht hat. Oft werden die Probleme allerdings außerhalb der Demokratie gesehen und unter Schlagworte wie Totalitarismus subsummiert, der sowohl linke, rechte, als auch religiös-fundamentalistische Strömungen umfassen soll, was durchaus diskussionswürdig ist.

Somit lässt sich einmal festhalten, dass die eingangs aufgestellten Hypothesen viel zu pessimistisch waren, eine Auseinandersetzung mit vergangenen und gegenwärtigen Theorien zur Demokratie finden in den untersuchten Schulbüchern durchaus statt.

Bei genauerer thematischer Betrachtung stützt sich der formelle Demokratie-Diskurs v.a. auf die deskriptive Beschreibung bestehender demokratischer Systeme der Gegenwart, sowie der allgemeinen Entwicklung dieser Form von Demokratie im historischen Verlauf. Der substanzielle Demokratie-Diskurs hingegen kann sich v.a. auf die historische Beschreibung der attischen Demokratie stützen, was hinsichtlich der demokratischen Methode der Entscheidungsfindung für die Gegenwart vermittelt, dass alleine die Wahl als Methode demokratisch akzeptiert und praktikabel bleibt. Beim Thema Partizipation wird allerdings, wie bereits erwähnt, dem Protest durchaus Raum gewährt. Eine weitere Stütze des materiellen Demokratie-Diskurses sind die materiellen Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie. Dies hängt wahrscheinlich auch mit der traditionell wichtigen Rolle des Sozialstaats in Österreich zusammen, somit werden soziale Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie breiter diskutiert.

Daher wäre für eine breiter angelegte Arbeit ein synchroner Vergleich zwischen Lehrwerken in Österreich und einem anderen Staat mit stärkerer liberaler Tradition, wie bspw. den USA zielführend. Auch ein diachroner Vergleich zwischen Lehrwerken vor und nach 1989, jenem Jahr, das nach Ranciere die Hypothek der Demokratie entsorgt hat, wäre möglich, da es sich hier um ein Kollektivsymbol handelt,³⁶⁸ das einen möglichen Bruch oder zumindest eine Änderung im Diskurs anzeigen könnte. Dasselbe gilt für das Jahr 1968, Lehrwerke davor sollten weniger stark auf Partizipation und Protest als demokratische Methode eingehen, was zu überprüfen wäre.

Bei der direkten Gegenüberstellung beider Lehrwerke fällt jedoch auf, dass auf quantitativer Ebene das Schulbuch Zeitbilder stärker auf den formellen Demokratie-Diskurs fokussiert als das Lehrbuch *Geschichte Oberstufe*. Auch das Phänomen Postdemokratie wird in letzterem öfter behandelt. Der Unterschied ist aber nicht nur quantitativer Natur, sondern auch qualitativ spricht vieles für das

368 Vgl. Jäger 2015, S. 60ff.

Lehrbuch Geschichte Oberstufe. Zum einen liefert es die notwendigen Informationen zum Thema systematisch geordneter und nicht so verstreut wie das zweite Lehrwerk, zum anderen geht es thematisch auch tiefer und liefert in bestimmten Bereichen wie dem zur Postdemokratie weitaus mehr Informationen, auch aus erster Hand durch die verschiedenen abgedruckten Interviews zum Thema.

Eine grundsätzliche Kritik trifft allerdings auf beide Lehrwerke zu, und zwar jene eingangs kurz erwähnte von Hans-Jürgen Pandel:

„Aus dem allwissenden ist in der Geschichtsschreibung der fragende Autor geworden. Diese Wende haben Schulbuchtexte nicht mitgemacht. Wissenschaftskritische Elemente fehlen, und die Verfassertexte deuten weder sprachlich an, dass aus einer Perspektive erzählt wird, noch machen sie Andeutungen zur Plotstruktur. So wird das Schulbuch doktrinär; es trägt keinen erwägenden Charakter und redet sich damit heraus, dass ab und an einmal multiperspektivische Quellen abgedruckt sind. Nicht nur, dass Verfassertexte den allwissenden Autor beibehalten, der aus der modernen Geschichtsschreibung verschwunden ist, sie transformieren narrative Texte auch in Zustandsbeschreibungen.“³⁶⁹

Diese Beibehaltung des allwissenden Autors mag stellenweise gar nicht auffallen, vor allem bei Themen und Bereichen, die uns scheinbar unstrittig erscheinen. Problematisch ist es bereits hier, richtiggehend gefährlich wird es allerdings bei Punkten, die keineswegs unstrittig sind bzw. bei Punkten, die man sogar als falsch ansehen könnte. Hier nur ein Beispiel für einen solchen Punkt anhand des Lehrwerkes Zeitbilder 7. Dort findet sich im Kapitel über den spanischen Bürgerkrieg folgender Satz:

„General Franco strebte als Führer der faschistischen Falange-Partei die Umgestaltung Spaniens in einen totalitären Staat an.“³⁷⁰

SchülerInnen werden diesen Satz als gegeben hinnehmen und gegebenenfalls auch auswendig lernen, wenn dies von der Lehrkraft gefordert wird. Dabei ist es mehr als strittig, Francisco Franco als Faschisten im eigentlichen Sinne zu charakterisieren, und nicht vielmehr als einen sehr altmodischen Autoritären und Antikommunisten, und dasselbe trifft auf die Umwandlung der spanischen Gesellschaft in einen totalitären Staat zu, wo es vielleicht doch eher darum ging, die traditionelle Elite aus Klerus, Militär und Landadel an der Macht zu halten.³⁷¹

In diesem Sinne müssen zukünftige Schulbücher noch viel stärker daran arbeiten, eigene Perspektiven klar zu kennzeichnen und strittige Themen auch multiperspektivisch darzustellen.

369 Pandel 2011, S. 22.

370 Zeitbilder 7, S. 30.

371 Vgl. bspw. Hobsbawm 2007, S. 148.

7. ANHANG

Kategorie	Definition	Ankerbeispiele	Kodierregeln
Formelle Demokratie	Wahlen sind zentrales Merkmal von Demokratie, Parteien zentrale Akteure		Handlungsmacht abseits vom Wahlakt wird allein Parteien zugeschrieben Wahlakt als zentrales Kennzeichen von Demokratie Keine Form von partieller oder voller Partizipation Ziel ist Konsens der gewählten Eliten
Substanzielle Demokratie	Bedeutung von partieller oder voller Partizipation abseits des Wahlaktes wird hervorgehoben, Parteien nicht alleinige Akteure auf politischer Ebene, soziale Voraussetzungen für funktionierende Demokratie werden genannt		Handlungsmacht wird nicht alleine Parteien zugeschrieben Partizipation wird als zentrales Merkmal von Demokratie thematisiert Einflußnahme auch abseits des Wahlaktes wird angesprochen Soziale Voraussetzungen wie weitgehende ökonomische Gleichheit für eine funktionierende Demokratie werden thematisiert Ziel ist Streit über gegensätzliche gesellschaftspolitische Positionen
Postdemokratie	Kritische Punkte wie Machtverschiebung von Politik zu Ökonomie, gesellschaftliche Fragmentierung, Abschottung der Politik von Bevölkerung		Kritische Punkte werden explizit genannt und ev. auch diskutiert

8. LITERATURVERZEICHNIS

Quellen:

Fachdidaktikzentrum Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung: Lehrplan AHS Oberstufe, abgerufen von: <http://www.geschichtsdidaktik.eu/index.php?id=88&L=0>; abgerufen am: 30.9.2016

Melichar, Franz et al. (2013): Geschichte Oberstufe 5; Verlag E. Dorner, Wien.

Melichar, Franz et al. (2012): Geschichte Oberstufe 6; Verlag E. Dorner, Wien.

Melichar, Franz et al. (2013): Geschichte Oberstufe 7; Verlag E. Dorner, Wien.

Melichar, Franz et al. (2014): Geschichte Oberstufe 8; Verlag E. Dorner, Wien.

Scheipl, Josef et al. (2013): Zeitbilder 5 – Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Von den frühen Hochkulturen bis zum Ende des Mittelalters; ÖBV, Wien.

Scheipl, Josef et al. (2013): Zeitbilder 6 – Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Vom Beginn der Neuzeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges; ÖBV, Wien.

Scheipl, Josef et al. (2014): Zeitbilder 7 – Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart; ÖBV, Wien.

Scheipl, Josef et al. (2014): Zeitbilder 8 – Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung; ÖBV, Wien.

Sekundärliteratur:

Adorno, Theodor: Einleitung, in: Adorno u.a.: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie; Soziologische Texte 58. Berlin 1971.

Agnoli, Johannes (o.J.): „Jenseits von Liberalismus und Sozialismus“ – Korporatives System, Kapitalismus und Faschismus in Italien, in: Agnoli, Johannes (1997): Faschismus ohne Revision, Ca Ira-Verlag, Freiburg.

Agnoli, Johannes (1967): Die Transformation der Demokratie, in: Agnoli, Johannes (2004): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Konkret Literatur Verlag, Hamburg.

Agnoli, Johannes (1977): Wahlkampf und sozialer Konflikt, in: Agnoli, Johannes (2004): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Konkret Literatur Verlag, Hamburg.

Agnoli, Johannes (1986): Zwanzig Jahre danach. Kommemorativabhandlung zur `Transformation der Demokratie', in: Agnoli, Johannes (2004): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Konkret Literatur Verlag, Hamburg.

Agnoli, Johannes (1998): Der Markt, der Staat und das Ende der Geschichte, in: Agnoli, Johannes (2004): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Konkret Literatur Verlag, Hamburg.

Agnoli, Johannes (1999): Subversive Theorie – „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte. Ca Ira-Verlag, Freiburg.

Badiou, Alain (2012): Das demokratische Wahrzeichen, in: Agamben, Giorgio et al (2012): Demokratie? Eine Debatte. SV, Frankfurt.

Badiou, Alain & Rancière, Jacques (2010): Politik der Wahrheit. 2. Auflage, Turia + Kant Verlag, Wien.

Bensaid, Daniel (2012): Der permanente Skandal, in: Agamben, Giorgio et al (2012): Demokratie? Eine Debatte. SV, Frankfurt.

Brown, Wendy (2012): Wir sind jetzt alle Demokraten...; in: Agamben, Giorgio et al (2012): Demokratie? Eine Debatte. SV, Frankfurt.

Canfora, Luciano (2006): Eine kurze Geschichte der Demokratie – Von Athen bis zur Europäischen Union; Papy Rossa Verlag, Köln.

Castoriadis, Cornelius (2006): Autonomie oder Barbarei. Ausgewählte Schriften Bd. 1. Edition AV, Lich.

Christophe, Barbara (2015): Kulturwissenschaftliche Schulbuchforschung – Trends, Ergebnisse und Potentiale, in: Mitnik, Phillip/Kühberger, Christoph (2015): Empirische Geschichtsschulbuchforschung in Österreich; Studien Verlag, Innsbruck.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. SV, Frankfurt.

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. SV, Frankfurt.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4/08, S. 4-7.

Dauvé, Gilles/Nesic, Karl (2008): A contribution to the critique of political autonomy; in: Troploin Newsletter 6/2008.

Demirovic, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven. Westfälisches Dampfboot, Münster.

- Demirovic, Alex/Hirsch, Joachim/Jessop, Bob (2002): Einleitung der Herausgeber, in: Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA, Hamburg.
- Deppe, Frank (2003). Politisches Denken im 20. Jahrhundert - Band II Politisches Denken zwischen den Weltkriegen. VSA-Verlag, Hamburg.
- Derrida, Jacques (1995): Marx' Gespenster – Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.
- Ditfurth, Jutta (2000): Das waren die Grünen – Abschied von einer Hoffnung. Econ, München.
- Fisahn, Andreas (2008): Herrschaft im Wandel – Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates; Papy Rossa Verlag, Köln.
- Fotopoulos, Takis (2003): Umfassende Demokratie – Die Antwort auf die Krise der Wachstums- und Marktwirtschaft; Trotzdem Verlag, Grafenau.
- Fukuyama, Francis (1989): The End of History. aus: The National Interest 16, S. 3-18.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte – Wo stehen wir?. Kindler Verlag GmbH, München.
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. SV, Frankfurt.
- Haffner, Sebastian (1968): Sebastian Haffners Monatslektüre, in: Agnoli, Johannes (2004): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Konkret Literatur Verlag, Hamburg.
- Hall, Stuart (1999): Kodieren/Dekodieren, in: Bromley et al.(1999): Cultural Studies – Grundlagentexte zur Einführung; zu Klampen Verlag, Lüneburg.
- Handro, Saskia/Schönemann, Bernd (2011): Zeitgeschichte – Zeitverständnis Bd. 16. Geschichtsdidaktische Schulbuchforschung; LIT Verlag, Berlin.
- Harrington, Michael (4-1981): Marxism and Democracy. In: Praxis International (1:1), abgerufen von: <http://anselmocarranco.tripod.com/id25.html>; abgerufen am: 12.10.17.
- Held, David (4-1993): Anything but a dog's life? Further comments on Fukuyama, Callinicos, and Giddens. aus: Theory and Society Vol. 22, No. 2; abgerufen von: <http://www.jstor.org/pss/657775>; abgerufen am: 20.09.2011.
- Hobsbawm, Eric (2007): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts; dtv, München.

Höffe, Ottfried (2009): Ist die Demokratie zukunftsfähig?; Verlag C.H.Beck, München.

Hubatschke, Christoph (2012): Der politische Körper als Simulacrum – Zwischen Postdemokratie, Simulation und ´organlosem Körper´. Diplomarbeit, Universität Wien.

Jäger, Siegfried (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung; Unrast Verlag, Münster.

Kühberger, Christoph (2015): Welt- und globalgeschichtliche Aspekte in österreichischen Geschichtsschulbüchern; in: Mittnik, Phillip/Kühberger, Christoph (2015): Empirische Geschichtsschulbuchforschung in Österreich; Studien Verlag, Innsbruck.

Kraushaar, Wolfgang (1983): Was sollen die Grünen im Parlament?. Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main.

Laclau, Ernesto & Mouffe, Chantal (2012): Hegemonie und radikale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus. 4. Auflage, Passagen Verlag, Wien.

Losurdo, Domenico (2008): Demokratie oder Bonapartismus – Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts. PapyRossa Verlag, Köln.

Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. SV, Frankfurt.

Marx, Karl (1972): Das Kapital Bd. 1 – Kritik der politischen Ökonomie. MEW 23, Dietz Verlag, Berlin.

Marx, Karl (1972): Das Kapital Bd. 3 – Kritik der politischen Ökonomie. MEW 25, Dietz Verlag, Berlin.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken; Beltz, Basel.

Meiksins Wood, Ellen (2010): Demokratie contra Kapitalismus – Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus. ISP Verlag, Köln.

Mittnik, Phillip (2015): Die Darstellung des Genozids an Jüdinnen und Juden in englischen, deutschen und österreichischen Schulbüchern im diachronen Vergleich; in: Mittnik, Phillip/Kühberger, Christoph (2015): Empirische Geschichtsschulbuchforschung in Österreich; Studien Verlag, Innsbruck.

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion. SV, Frankfurt.

Negt, Oskar (2011): Der politische Mensch – Demokratie als Lebensform. Steidl Verlag, Göttingen.

Nitsche, Martin (2015): In- and outside the EU – Historische EU-Schulbucherzählungen in Österreich und der Schweiz

(1997-2007); in: Mittnik, Phillip/Kühberger, Christoph (2015): Empirische Geschichtsschulbuchforschung in Österreich; Studien Verlag, Innsbruck.

Offe, Claus (1980): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. 5. Auflage, SV, Frankfurt.

Offe, Claus (2008): Wie der Markt die Politik vergiftet; in: FAZ 22.09.2008.

Pandel, Hans-Jürgen (2011): Was macht ein Schulbuch zu einem Geschichtsbuch? Ein Versuch über Kohärenz und Intertextualität; in: Handro, Saskia/Schönemann, Bernd (2011): Zeitgeschichte – Zeitverständnis Bd. 16. Geschichtsdidaktische Schulbuchforschung; LIT Verlag, Berlin.

Pateman, Carole (1970): Participation and Democratic Theory; Cambridge University Press, Cambridge.

Polanyi, Karl (1978): The great transformation – Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen; SV, Frankfurt.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA, Hamburg.

Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. SV, Frankfurt.

Rancière, Jacques (2012): Der Hass der Demokratie. 2. Auflage, August Verlag, Berlin.

Rosenberg, Arthur (1962): Demokratie und Sozialismus. EVA, Frankfurt am Main.

Ross, Kristin (2012): Demokratie zu verkaufen. in: Agamben, Giorgio et al (2012): Demokratie? Eine Debatte. SV, Frankfurt.

Salomon, David (2012): Demokratie. Papy Rossa Verlag, Köln.

Schäfer, Armin (2008): Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie. MPIfG Discussion Paper 08/10, Köln.

Schmitthenner, Horst (2008): Notstand der Demokratie, in: Deppe, Frank et. al. (2008): Notstand der Demokratie. Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? VSA, Hamburg.

Schumpeter, Joseph (1976): Capitalism, Socialism, and Democracy. Allen & Unwin, New York.

Sperber, Manès (1976): Wie eine Träne im Ozean. Europaverlag, Wien.

Stein, Gerd (2003): Schulbücher in berufsfeldbezogener Lehrerbildung und pädagogischer Praxis; in: Wiater, Werner

(2003): Schulbuchforschung in Europa – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven; Klinkhardt Verlag, Heilbrunn.

Vandersitt, Sigrid (2015): Ein Schulbuch ist ein Schulbuch – Ein Essay aus der Praxis über die Produktion eines österreichischen Unterrichtsmittels, in: Mittnik, Phillip/Kühberger, Christoph (2015): Empirische Geschichtsschulbuchforschung in Österreich; Studien Verlag, Innsbruck.

Wagner, Thomas (2011): Demokratie als Mogelpackung – Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus. Papy Rossa Verlag, Köln.

Windischbauer, Elfriede (2015): Das Geschlechterthema in österreichischen Geschichtsschulbüchern; in: Mittnik, Phillip/Kühberger, Christoph (2015): Empirische Geschichtsschulbuchforschung in Österreich; Studien Verlag, Innsbruck.

Zizek, Slavoj (2012): Das unendliche Urteil der Demokratie, in: Agamben, Giorgio et al (2012): Demokratie? Eine Debatte. SV, Frankfurt.

9. ABSTRACT

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Inhaltsdimension der Demokratietheorie im Medium Schulbuch. Es soll der Frage nachgegangen werden, welche Konzepte, Inhalte, Methoden, Akteur_innen und Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie im Schulbuch vorgestellt werden und ob auf aktuelle innere Probleme der repräsentativen Demokratie eingegangen wird, die im wissenschaftlichen Diskurs unter dem Stichwort Postdemokratie präsent sind. Somit handelt es sich trotz des Fokus auf Schulbücher nicht um eine didaktische, sondern um eine inhaltliche und ideologiekritische Analyse.

Im theoretischen Teil der Arbeit wird zuerst auf die Demokratie-Theorie aus historischer Perspektive eingegangen, sowie ein Fokus auf liberale und sozialistische Demokratie-Theorie gelegt. Daran anschließend wird auf die Krisentheorien der Demokratie seit den 1970er Jahren eingegangen. Daraus leiten sich die Kategorien für die Arbeit mit den Quellen ab.

Für die Arbeit mit den Quellen wird methodisch zum einen die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring verwendet, um einen groben Überblick über die untersuchten Quellen zu bekommen. Daran anschließend folgt eine kritische Diskursanalyse nach Jäger, in der die einzelnen Fragmente genauer unter die Lupe genommen werden. Ziel der Arbeit ist es, herauszufinden, was zur bzw. über Demokratie im Schulbuch gesagt wird bzw. werden kann, und was nicht gesagt werden kann.

Die Quellen selbst werden zwei der am meisten verwendeten Schulbuchreihen in der Sekundarstufe II in Österreich sein, die Reihe Zeitbilder und die Reihe Geschichte Oberstufe.

Die vorläufige These, die im Rahmen dieser Arbeit überprüft werden soll, ist, dass im Schulbuch der wesentliche Inhalt sowie die einzige Methode der Demokratie jene der Wahl ist, als Hauptakteur_in steht die Partei im Zentrum und gegenwärtige Problemlagen der Demokratie werden nicht angesprochen. Dadurch wird ein Diskurs staatlich gefördert, der in dieser Arbeit als formeller Demokratie-Diskurs benannt wird, im Unterschied zu einem substanziellen Demokratie-Diskurs.